



Jahresrückblick 2011

Bildnachweis

Seite 20: „Kranker Mann Europa“, ©Hawliitschka/Silhavy
Seite 22: „Botschafter Wolfgang Ischinger...“, ©eventfotografen.com Berlin/Basel
Seite 23: „Zur Zukunft des Nahostfriedensprozesses...“, ©eventfotografen.com Berlin/Basel
Seite 28: „Long Term Patrol (LTP)“, ©Bundeswehr/Kazda
„Zinsen aller Länder in der Eurozone für 10-jährige Staatsanleihen in Prozent.“, ©Spitzl
„A demonstration in the city of Banyas, Syria at the ‚Friday of rage‘ in 29. April 2011.“,
©Syria-Frames-Of-Freedom
„Demonstrators on Army Truck in Tahrir Square, Cairo“, ©Ramy Raoof
„ATALANTA Einsatz“, ©Bundeswehr/PIZ Marine Djibouti
Seite 30: „Die Facebook-Bewegung auf dem Tahir-Platz in Kairo“, ©Essam Sharaf
Seite 52: „Blick ins Plenum während der Haushaltsdebatte. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,
CDU/CSU, MdB, bei ihrer Rede.“, ©Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger
Seite 60: „Unisphere closeup“, ©llahbocaj & „Panama Business and Investment“, ©thinkpanama
Seite 68: „Sprachfamilien und wichtigste Sprachen in Nigeria“, ©Ulamm

Impressum

HERAUSGEBER

BUNDESAKADEMIE FÜR SICHERHEITSPOLITIK

KONTAKT

Schlossanlage Schönhausen
Ossietzkyst. 44/45
13187 Berlin
Tel.: 030 / 40046 - 420
Fax: 030 / 40046 - 421
e-Mail: info@baks.bund.de
Internet: <http://www.baks.org>

REDAKTION

Björn Hawliitschka, Zentrum für technologiegestützte Bildung an der
Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr
Michael Summerer, Bundesakademie für Sicherheitspolitik
Kerstin Voy, Bundesakademie für Sicherheitspolitik

LAYOUT

Björn Hawliitschka, Zentrum für technologiegestützte Bildung an der
Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr

DRUCK

Bundesamt für Wehrverwaltung ZA 9 – Zentraldruckerei Köln / Bonn

© Der Inhalt dieser Broschüre unterliegt dem Urheberrecht.

Jahresrückblick 2011



Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Resümee und Ausblick | 5 |
| Weiterentwicklung: Übergreifend und langfristig | 8 |
| Wechsel der Präsidentschaft | 10 |
| Die Virtuelle Studienplattform | 13 |
| Seminar für Sicherheitspolitik 2011 | |
| Rückblick auf 2011: Das Flaggschiff vor dem Kurs..... | 15 |
| Ausblick auf 2012: Inhalte und Themen..... | 17 |
| Seminarübergreifende Aufgabe: Zur strategischen Bedeutung der Türkei..... | 18 |
| Festakt zum Abschluss des Seminars: Feierliche Verabschiedung..... | 19 |
| Jahresthema 2011 – Kranker Mann der Weltpolitik? | |
| Europa und die globalen Herausforderungen | |
| Medienforum: Europa als kranker Mann der Weltpolitik..... | 21 |
| Hochwertlehrgang: Europäisches Sicherheits- und Verteidigungskolleg..... | 24 |
| Fachtagung: Der Euro als Stabilitätsanker für Europa..... | 26 |
| Aktuelle Herausforderungen | |
| Alumni-Treffen 2011: Der Umbruch in der arabischen Welt..... | 29 |
| Berliner Colloquium: Der vordere Orient im Umbruch..... | 31 |
| Trierer China-Gespräche: Modernisierung der chinesischen Streitkräfte..... | 38 |
| Expertenworkshop: Schutz von Kindern in bewaffneten Kindern in Konflikten..... | 45 |
| Die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands | |
| Fachtagung: Die Cyber-Sicherheitsstrategie Deutschlands..... | 53 |
| Aktuell 2011: Die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands..... | 54 |
| Follow-Up S10/11: Die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands in der Europäischen Union..... | 56 |

Vernetzung und Strategieentwicklung

| | |
|---|----|
| Staatliche Sicherheitsvorsorge Follow-Up: Strategische Risikokommunikation..... | 61 |
| Referatsleitertagung: Kooperation sicherheitspolitischer Akteure..... | 62 |
| Vorbereitungsseminar: Grundlagen des Afghanistan-Einsatzes..... | 65 |
| Dialog Ministerien – Zivilgesellschaft: Engagement in Konflikt..... | 66 |
| Szenarioworkshop: Nigeria..... | 67 |
| Dialog Behörden und Wirtschaft: Reisesicherheit..... | 69 |
| 66. Attachélehrgang des Auswärtigen Amts: | |
| Das Konzept der umfassenden Sicherheit..... | 70 |
| Militärattachélehrgang 2011..... | 71 |
| Staatliche Sicherheitsvorsorge: Strategische Risiko- und Krisenkommunikation..... | 72 |
| Expertengespräch: Fünf Jahre Vernetzte Sicherheit..... | 73 |

Internationaler Dialog

| | |
|--|----|
| Besuch des Joint Services Command and Staff College..... | 74 |
| Besuch des NATO Defense College Rom..... | 75 |
| Lehrgang der Niederländischen Verteidigungsakademie..... | 76 |
| Delegation der Pakistanischen National Counter Terrorism Authority..... | 76 |
| Delegation der Pakistanischen National Defence University Islamabad..... | 77 |
| Delegation der Vietnamesischen Streitkräfte..... | 77 |

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

| | |
|--|----|
| Hintergrundgespräche: BAKS unter 3..... | 78 |
| Schönhauser Lesungen: Kulturbeitrag in Pankow..... | 80 |
| Ausstellungseröffnung: Die Mauer ist weg – die Stele ist da..... | 82 |
| Das 12. Kunstfest in Pankow: Die BAKS war wieder dabei..... | 83 |
| Gastbeitrag: Unterricht für zukünftige Führungskräfte | 84 |

BAKS intern

| | |
|---|----|
| Personalwechsel 2011: Besetzungskarussell auf allen Ebenen..... | 86 |
| Planungsklausur und Sommerfest..... | 88 |
| Akademiestruktur..... | 89 |
| Ansprechpartner..... | 90 |

Resümee und Ausblick



*Liebe Freunde
der Bundesakademie
für Sicherheitspolitik*

Gerade im Jahre 2011 hatte die BAKS – über die bewährten Formate hinaus – aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen Rechnung zu tragen. So fanden z.B. Veranstaltungen zum großen Bereich „Cyber“ und den politischen Umwälzungen im arabischen Raum statt. Aber auch der Themenkomplex „Europa“, das aufgrund der Finanzkrise vor besonderen Herausforderungen steht, befand sich ganz oben auf der Agenda. Zuletzt hatte am 8. Dezember 2011 der Bundesminister der Finanzen, Herr Dr. Schäuble, an der Veranstaltung „Der Euro als Stabilitätsanker für Europa – Sicherheitspolitische Aspekte der Währungsunion“ teilgenommen.

Stolz ist die BAKS auch darauf, 2011 den E-Learning-Award gewonnen zu haben. Die neue Studienplattform der BAKS, die seit 2010 im Online-Betrieb läuft, ist ein umfassendes Informationssystem für einen ausgewählten Personenkreis während der Seminarphase und darüber hinaus. Die Plattform bietet neben der Bereitstellung von Informationen und Dokumenten die Möglichkeit, unabhängig von Präsenzveranstaltungen im Dialog und Austausch mit den strategischen Partnern der BAKS in Bund und Ländern sowie anderen relevanten Bereichen der sicherheitspolitischen Community zu bleiben.

20 Jahre BAKS

Das Jahr 2012 wird für die BAKS ein ganz besonderes. Vor genau 20 Jahren wurde sie gegründet und zog in die Rosenberg bei Bonn



Präsident Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann

ein. Im Jahre 2004 fand sie ihre Wirkungsstätte in der Schlossanlage Schönhausen in Berlin. 20 Jahre – im Vergleich zu anderen Institutionen ein eher „jung“ anmutendes Alter. Wenn aber die zahlreichen sicherheitspolitischen Veränderungen berücksichtigt werden, die sich in dieser Zeit ergeben haben, dann zeugen 20 Jahre schon von einer reichhaltigen Erfahrung. Nichtsdestotrotz hat die BAKS sich ihre „jugendliche Frische“ bewahrt. Sie ist Grundvoraussetzung für die Flexibilität, die die BAKS an den Tag legen muss, um den sich ändernden Herausforderungen Rechnung zu tragen. Dies trifft für die Auswahl von Themenkomplexen und Feldstudien für das halbjährige Seminar für Sicherheitspolitik wie auch die übrigen Veranstaltungen zu.

Das zwanzigjährige Bestehen soll in diesem Jahr nicht nur durch einen Rückblick bedacht

werden. Auch eine kritische Bestandsaufnahme und ein Ausblick dürfen nicht fehlen. Dem werden in diesem Jahr einige ausgewählte Veranstaltungen in Form von Schönhauser Foren gewidmet. Darüber hinaus wird sich auch eine Jubiläumsschrift mit der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft deutscher Sicherheitspolitik allgemein wie der BAKS im Besonderen beschäftigen. Sichtbares Zeichen unseres Jubiläumsjahres ist ein Logo, das sich auf zahlreichen Dokumenten befinden wird.

Europäische Sicherheit

Einer meiner Schwerpunkte im neuen Amt wird die Weiterentwicklung der europäischen Sicherheit sein. Als Diplomat konnte ich mich immer wieder mit Sicherheitspolitik befassen. Sei es als politischer Gesandter in Frankreich und den USA oder in den Planungsstäben des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums der Verteidigung.

Aktuelle Entwicklungen, wie z. B. die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Handlungsfähigkeit von Regierungen, beweisen, dass nur ein vernetzter, ressortübergreifender Ansatz in der Sicherheitspolitik anhaltenden Erfolg ver-

spricht. Nur im Verbund mit anderen Staaten Europas wird sich unser Land den globalen Herausforderungen erfolgreich stellen können. Orientierung bietet die Europäische Sicherheitsstrategie. Sie war 2003 ein guter Ansatz, bedarf jetzt aber der Aktualisierung. Die Erarbeitung eines ressortübergreifenden deutschen Beitrags ist eine Chance, auch in der Sicherheitspolitik zu europäischen Lösungen von Problemen zu kommen, die schon lange nicht mehr national gelöst werden können. In diesem Sinne gibt es also viel zu tun für die europäische Sicherheit – für uns alle und insbesondere für die BAKS.

Kommunikation strategischer Themen

Um sich an der Diskussion über aktuelle Themen mit strategischer Reichweite wie die europäische Sicherheit führend und kompetent zu beteiligen, bedarf es verschiedener „Wegmarken“, also Veranstaltungen, bei denen ressortübergreifend nationale Entscheidungsträger zusammengebracht werden. Die „strategic community“ muss sich aber auch dem öffentlichen Diskurs stellen. Die BAKS sollte Fragen der Medien nicht ausweichen. Hierbei kommt es nicht nur auf Aktualität an. Die BAKS sollte Themen von übergeordneter strategischer Bedeutung aufgreifen. Es gilt: „Das Ganze, vor den Teilen zu sehen.“, um es mit den Worten des preußischen Reformers Scharnhorst zu sagen.

Sicherheitspolitisches Kompetenzzentrum

Die BAKS sollte sich zu einem Kompetenzzentrum entwickeln, das dieses Verständnis einer vernetzten, strategischen Sicherheitspolitik in Lehre, Forschung und Politikberatung praktiziert. Dies wird seitens der politischen Führung von der BAKS erwartet. Hierzu wird



Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann im TV-Interview

Resümee und Ausblick



in diesem Jahr erstmals eine sicherheitspolitische Informationsveranstaltung durchgeführt, die sich ausdrücklich an alle Mitglieder des deutschen Bundestags und nicht nur an den sicherheitspolitischen Experten wendet. Die Teilnehmersmeldung ist hoch und zeigt auf, dass ein großer Bedarf für ein derartiges, vom parteipolitischen Alltag gelöstes Format besteht. Schließlich sind es alle Abgeordnete, die durch ihr Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag über den sicherheitspolitischen Kurs und somit auch über Deutschlands Handlungsfähigkeit mitentscheiden.

Ein Kompetenzzentrum mit dem Alleinstellungsmerkmal eines ressortübergreifenden, vernetzten Ansatzes bedarf der Entwicklung von Forschungskapazitäten, die zu Zwecken der Bedarfsforschung eingesetzt werden könnten.

Aber die Strukturreform der Bundeswehr, auf die sich die BAKS im Unterbau organisatorisch abstützt, geht auch an unserer Institution nicht vorbei. Zusammen mit dem Wegfall der Wehrpflicht verschärft sich zukünftig das Personalproblem. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass mit 66 Veranstaltungen, die im Jahre 2011 durchgeführt worden sind, die Leistungskapazität erreicht ist. Hier gilt es, zukünftig neue Wege zu beschreiten.

Danksagung

Abschließend möchte ich im Namen der Akademie allen Freunden der BAKS Dank sagen, die uns im letzten Jahr in jeder Hinsicht tatkräftig unterstützt haben:

- die Beiratsmitglieder, die sich als Referenten oder in Diskussionen für uns engagierten,
- der Freundeskreis, der uns stets mit Rat und Tat zur Seite stand,
- die Alumni, die untereinander ein festes

- Netzwerk bilden und uns unterstützten, die Praktikanten, die sich sehr gewinnbringend in die tägliche Arbeit unserer Akademie einbrachten,
- und unsere regionalen Partner, durch deren nachbarschaftliche Aufnahme die Arbeit der BAKS nicht in der gewohnten erfolgreichen Arbeit möglich gewesen wäre.

Nochmals herzlichen Dank an alle, auch an die, die jetzt nicht genannt wurden, ohne deren Zutun unsere Arbeit nicht in der Form möglich gewesen wäre!

Mit herzlichen Grüßen aus der Schlossanlage
Schönhausen

Übergreifend und langfristig

Wolfgang Geist



Direktor Lehre und Chef
des Stabes, Oberst i.G.
Wolfgang Geist

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik steht 2012 vor ihrem 20-jährigen Jubiläum. Da ist es im Rückblick auf 2011 durchaus angebracht, einzelne Aspekte zu beleuchten, die sich quasi als roter Faden durch 2011, aber auch die Jahre davor, gezogen haben.

Die Idee der Gründungsväter der Bundesakademie für Sicherheitspolitik war, das Personaltableau der Akademie vom Gesamtansatz her auf eine ressortübergreifende Basis zu stellen. Ziel war es, eben keine ressortinterne Expertise für Spezialthemen zu entwickeln – diese können die jeweiligen Ministerien viel besser. Durch die tagtägliche, ja alltägliche Gemeinschaftsarbeit von ressorterfahrenen Personen an einem Arbeitsort sollte hingegen kontinuierlich ein umfassendes Denken gefördert und ein permanent übergreifender Ansatz für die Umsetzung in sicherheitspolitische Weiterbildung angeregt werden.

Daher wurde neben dem durch das BMVg gestellten Servicebereich, Unterstützungsbereich genannt, ein Studienbereich eingerichtet, der aus Personal der inzwischen sieben Ressorts des Bundessicherheitsrats (BSR) an der BAKS besteht. Jedes dieser Ministerien soll mindestens einen Ressortangehörigen für die gemeinsame Arbeit an der BAKS zur Verfügung stellen. Neben der genannten Hauptzielsetzung der permanenten, alltäglichen ressortübergreifenden Perspektive können einerseits ressortspezifische Belange in die

BAKS eingebracht und andererseits Erkenntnisse und Impulse der Akademie unmittelbar aufgenommen werden.

Soweit die Theorie

In der Praxis gelingt die Umsetzung der Absicht gut, hängt aber unmittelbar von der Bereitschaft der Ressorts zur Erfüllung der Selbstverpflichtung ab. Deutlich spiegelt sich dazu das Interesse, Selbstverständnis und Selbstbewusstsein der einzelnen Ressorts im Zusammenhang mit der Sicherheitspolitik Deutschlands wider.

Es gibt Ressorts, welche die Bedeutung Ihres Beitrags für die Sicherheitspolitik, die sicherheitspolitische Weiterbildung, aber auch für den eigenen Ressortnutzen unterschätzen. Andere halten ihr personelles Engagement bei der Abstellung von Studienleitern und Studienreferenten an die BAKS über die Jahre hoch oder haben es sogar erhöht (z.B., BMI, BMVg).

Richtigkeit und Weitblick der Gründungsväter mit ihrem gewählten Ansatz werden durch die inhaltliche Qualität der Weiterbildungspalette der Akademie bestätigt. Diese Qualität könnte noch deutlich größer sein, würden alle Ressorts diese gemeinsam beschlossenen personellen Verpflichtungen erfüllen. Das vom Bundessicherheitsrat 2008 gebilligte Akademiekonzept bestätigt die jeweils übernommenen Beiträge und ihre Bedeutung. Die Akademie arbeitet geduldig am Abbau dieser langjährigen Umsetzungsdefizite, wirbt kontinuierlich bei den Ministerien und ist dem Bundeskanzleramt für seine Unterstützung in diesen Bemühungen dankbar.

Die tagtägliche ressortübergreifende Zusammenarbeit der Studienleiter und –referenten



an der Akademie, mit „dem unmittelbaren Draht“ in die Ministerien und dem permanenten direkten internen Austausch von Informationen und Meinungen an der BAKS, ist ausschlaggebend für den Überblick der Akademie bezüglich sicherheitspolitisch relevanter Belange Deutschlands, insbesondere auch jenseits der „alten Hüter der Sicherheitspolitik“.

Generalisten, nicht Spezialisten

Mit diesem breiten Überblick (nicht mit der Tiefe der Fachexpertise!) erarbeitet das heterogen zusammengesetzte Personal gemeinsam und im Diskurs Möglichkeiten und Notwendigkeiten für Erhalt und Steigerung der Qualität der Weiterbildungsveranstaltungen. Diese Kernaufgabe der Akademie, die Weiterbildung von Führungskräften, fordert die BAKS in ihrer derzeitigen Struktur umfassend und ohne jegliche Redundanz. Umso wichtiger ist die Bereitstellung des gesamten Personalkörpers durch alle BSR-Ressorts.

Neben den Bemühungen um Einhaltung der personellen Ressortverpflichtungen zur Umsetzung der Absicht der Gründerväter und des BSR hat die Arbeit der Akademie in ihrem Weiterbildungsauftrag ein Potenzial sichtbar gemacht, das bei geringer Anpassung eine weitere deutliche Qualitätssteigerung verspricht.

Verfolgung langer Linien der Sicherheitspolitik

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik ist vom Grundansatz her auch prädestiniert für das Erkennen, Verfolgen und Bewerten langfristig relevanter sicherheitspolitischer Themen („lange Linien“), jenseits der Tagesaktualität und Vier-Jahres-Rhythmen. Daraus könnten systematisch ressortübergreifende Folgerungen für die deutsche Sicherheitspolitik gezogen und weitergegeben werden. Dies

gelingt derzeit nur sporadisch, da das Personal im Kernauftrag, der Entwicklung und Realisierung von Weiterbildungsveranstaltungen, gebunden ist. Eine Reduzierung der Zahl dieser Veranstaltungen brächte keine Lösung. Einerseits würde die Weiterbildung leiden, andererseits wäre die kontinuierliche Beschäftigung mit zentralen Themenbereichen über eine längere Zeit hinweg („lange Linien“) dadurch nicht wirklich ermöglicht. Ferner würde die Herauslösung einzelner Referenten die ressortübergreifende Entwicklung und Realisierung der Weiterbildung (unser Alleinstellungsmerkmal!) wieder auflösen, da jedes BSR-Ressort sich ja „nur“ zur Abstellung eines Referenten für die gemeinsame Arbeit verpflichtet hat. Somit verbietet sich ein Herauslösen einzelner Personen aus dem Studienbereich, weil damit sofort eine Lücke in den Ressortverbund bei der Kernaufgabe, der Weiterbildung, gerissen würde.

Eine Option sehen wir in der Abordnung einzelner Referenten aus den Ministerien zur Akademie. Diese Personen könnten als Grundsatzreferenten einige dieser „langen Linien“ kontinuierlich verfolgen und auch wertvolle Hinweise für unsere Weiterbildungsveranstaltungen entwickeln. Gleichzeitig würden sie den Präsidenten der Akademie bei der kontinuierlichen Förderung der sicherheitspolitischen Diskussion in der „community“ und auch in der breiten Öffentlichkeit („sicherheitspolitische Stimme der BAKS“) unterstützen können.

Mit diesen beiden Schritten, Bereitstellen der Mitarbeiter für die ressortübergreifende Lehre gemäß dem Akademiekonzept und Abstellen einiger Grundsatzreferenten zur „Verfolgung der langen Linien“ würden die ressortübergreifende Weiterbildung der Akademie deutlich gestärkt und die Bearbeitung sicherheitspolitischer Langfristthemen ermöglicht.

Festakt

Wechsel der Präsidentschaft an der Akademie

Kerstin Voy

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik hat einen neuen Präsidenten. Im Wechsel stellen das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und das Auswärtige Amt (AA) einen Amtsträger. Am 26. August 2011 folgte Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann Generalleutnant a. D. Kersten Lahl in das Amt des Präsidenten der BAKS.

Der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière verabschiedete Präsident Lahl im Rahmen eines Festaktes. Lahl habe sich besonders durch seine Arbeit im militärischen Bereich und die Förderung eines ressortübergreifenden Sicherheitsansatzes ausgezeichnet.

Staatssekretärin des Auswärtigen Amtes Dr. Emily Haber würdigte die bisherigen Erfolge des neuen Präsidenten. Botschafter Dr. Heumann bringe ein gutes Fachwissen für das Amt mit. Seine Arbeit als Ständiger Vertreter im Europarat und seine Teilnahme am Seminar für Sicherheitspolitik 2005 hätten ihn gut auf die Tätigkeit an der BAKS vorbereitet.

Drei-Lücken-Theorie als Vermächtnis

In seiner Abschiedsrede sprach Lahl von den Zielen der BAKS und aktuellen Herausforderungen, auf welche sich die zukünftige Arbeit der Weiterbildungseinrichtung konzentrieren müsse. Heute rücken andere sicherheitspolitische Fragestellungen in die öffentliche Wahrnehmung. Im 21. Jahrhundert schließen sich Länder zusammen und antworten auf Bedrohungen in Bündnissen.

Die militärischen Gegebenheiten haben sich aufgrund der globalen Verflechtungen geändert. Konflikte sind in einem Zeitalter, in dem Cyberkrieg den virtuellen Raum angreift und

Drohnen im Luftraum eingesetzt werden, nicht mehr so, wie man sie noch aus dem 20. Jahrhundert kennt. Angesichts der modernen Herausforderungen weise die deutsche Sicherheitspolitik allerdings drei Schwachstellen auf: Eine Kommunikationslücke, eine Organisationslücke und eine Strategielücke.

Es fehle ein sicherheitspolitischer Dialog, bei der der Bürger eingebunden und an der Diskussion beteiligt wird. Das führt dazu, dass ein Diskurs über deutsche Sicherheitsinteressen kaum stattfindet. Für eine bessere Organisa-



Der neue Präsident Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann neben Staatssekretärin Dr. Emily Haber, Bundesminister Dr. Thomas de Maizière und seinem Amtsvorgänger Generalleutnant a.D. Kersten Lahl (v.l.n.r.)

tion solle ein Kompetenzzentrum geschaffen werden, das die sicherheitspolitische Lage bewerten kann und das Entscheidungen vorzubereitet. Außerdem vermisste Lahl eine Strategie, bei der für alle sicherheitspolitischen Akteure ein verbindliches Gesamtkonzept gelte.

„Solche zyklisch zu überarbeitenden Vorgaben würden einen verbindlichen Kompass liefern, die Schnittstellen wie etwa zwischen Aspekten der inneren und äußeren Sicherheit

Präsidentenwechsel



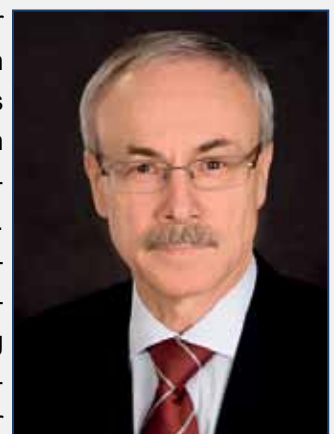
Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann

Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann wurde 1950 in Celle geboren. Er studierte Musik und Politische Wissenschaft in Köln bzw. Berlin und Bonn. 1978 legte er das Staatesexamen in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Bonn ab. Die Promotion zum Dr. phil folgte 1982 bei Prof. Dr. Bracher. In den Dienst des Auswärtigen Amtes trat Dr. Heumann 1980. Innerhalb des Amtes war Dr. Heumann im Referat für Zentralamerika, im Referat für Rüstungskontrolle und Abrüstung, im Planungsstab sowie als Leiter im Parlaments- und Kabinettsreferat tätig. Viele seiner Verwendungen führten ihn in die USA, sei es bei der Deutschen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York, als Politischer Gesandter an der Deutschen Botschaft in Washington, als Resident Fellow am Institute for East-West Security Studies in New York oder als Visiting Professor an der Georgetown University in Washington. Im Planungsstab des Bundesministeriums der Verteidigung hatte Dr. Heumann die Funktion des Referatsleiter NATO inne. In Moskau sowie als Politischer Gesandter in Paris hatte er weitere Verwendungen bei Deutsche Botschaften. 2005 nahm Dr. Heumann am Seminar für Sicherheitspolitik an der BAKS teil. Zuletzt wurde er als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat 2009 nach Straßburg entsandt. Seit dem 26. August 2011 ist Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann der sechste Präsident der BAKS.



Generalleutnant a.D. Kersten Lahl

Generalleutnant a.D. Kersten Lahl wurde 1948 in Bielatal geboren. Er trat 1967 in die Bundeswehr ein und absolvierte die Offizierausbildung in München. 1978 schloss er das Studium der Betriebswirtschaftslehre als Diplom-Kaufmann ab. Die Generalstabsausbildung absolvierte Lahl an der Führungsakademie der Bundeswehr von 1981 bis 1983, die US-Generalsstabsausbildung von 1985 bis 1986 in Ft. Leavenworth in Kansas. Mehrere Verwendungen führten ihn ins Bundesministerium der Verteidigung, so als Referent im Führungsstab der Streitkräfte und als Unterabteilungsleiter in der Abteilung Personal Offiziere Heer sowie in der Abteilung Personal-, Sozial- und Zentralangelegenheiten für den Bereich Personalführung. Einen besonderen Dienstposten hatte Lahl als Militärischer Adjutant des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker von 1991 bis 1994 inne. Als Befehlshaber des Streitkräfteunterstützungskommandos in Köln-Wahn wurde Lahl 2008 in den Ruhestand verabschiedet. Seit dem 01. April 2008 war Generalleutnant a.D. Kersten Lahl fünfter Präsident der BAKS. Er erhielt am 14. November 2010 für seine geleistete Arbeit und Verdienste das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik.



besser definieren und vor allem zu einem breiteren Dialog über den sicherheitspolitischen Kurs unseres Landes anregen“, sagte Lahl.

Replik zu Dialog, Organisation und Strategie

Bundesminister Dr. de Maizière ging in seiner Rede auf Lahls Lückentheorie ein. Eine Kommunikationslücke sehe er ebenfalls. Die sicherheitspolitische Community sei einerseits nicht groß, gleichwohl finde ein Dialog mit der Bevölkerung kaum statt. Ebenfalls spiele Sicherheitspolitik als Thema in den Medien nur eine untergeordnete Rolle. In Deutschland gebe es außerdem keine großen Forschungsinstitute, die politische Konzepte der Öffentlichkeit im Rahmen von sogenannten Think Tanks zugänglich machen und auch Universitäten leisten kaum einen Beitrag zur Förderung des sicherheitspolitischen Verständnisses.

Die von Lahl beschriebene Organisationslücke ist nach Ansicht des Ministers hingegen nur zum Teil vorhanden. Zum Einen könne ein Nationaler Sicherheitsrat als übergeordnete Instanz in Deutschland nicht die richtige Lösung sein. „Das passt nicht in unsere bisherige Kultur und Sozialisation“, so der Verteidigungsminister. Vielmehr forderte er die Schaffung eines Kompetenzzentrums. Dort kann Sicherheitspolitik ressortübergreifend und unter Verknüpfung verschiedener Dienststellen des Bundes bearbeitet werden. Zum Anderen wies De Maizière darauf hin, dass in einem erweiterten Sicherheitsverständnis heute Institutionen wie das Bundesumweltamt, das Statistische Bundesamt oder die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit zu zählen sind, die wertvolle Beiträge leisten können.

Eine Strategielücke sah der de Maizière nicht.

Er wies vielmehr darauf hin, dass bereits vorhandene Strategiepapiere gerade von der sicherheitspolitischen Community die verteidigungspolitischen Richtlinien mehr öffentlich diskutiert werden sollten.

Grundsätzlich liege aber das Problem bei Strategiepapieren darin, dass sie entweder zu ab-



Bundesminister der Verteidigung Dr. Thomas de Maizière

strakt und damit folgenlos oder zu festgelegt und damit schnell kurzlebig seien. Eine Strategie, die auf einen bestimmten Fall angewendet wird, greife in einer anderen Situation nicht mehr, was sich bereits in Libyen gezeigt habe: Gaddafi sei zuerst stark unterschätzt und dann stark überschätzt worden. Außerdem rechneten Experten zunächst damit, dass es lange dauern würde, Gaddafi zu stürzen, und eine Woche später war Tripolis erobert.

Abschied und Ankunft

Die Abschiedsveranstaltung bot den geladenen Gästen die Möglichkeit Abschied vom alten Präsidenten zu nehmen und den neuen kennenzulernen. Gäste aus Bund und Ländern, Wirtschaft, Kirchen, Wissenschaft und Medien waren gekommen, auch aus dem Beirat und dem Freundeskreis.

Virtuelle Studienplattform



Die Virtuelle Studienplattform Angebot im Netzwerk für das Netzwerk

Ursula Blanke

Seit 2010 arbeitet die BAKS mit einer neuen Studienplattform auf Basis der Open-Source-Software OLAT (Online Learning and Training). 677 Nutzer haben sich inzwischen auf der internetbasierten Plattform angemeldet. Dabei handelt es sich um ein umfassendes Lernmanagement-System (LMS), mit dem grundsätzlich alle wesentlichen Funktionalitäten der Information und Kommunikation im Netz abgedeckt sind.

Zielsetzung

Wesentliche Zielsetzung der virtuellen Studienplattform ist es, das Seminar für Sicherheitspolitik und andere Veranstaltungen der BAKS durch Bereitstellung von Dokumenten und Informationen zu unterstützen, die Netzwerkbildung vor, während und nach den Veranstaltungen zu fördern sowie orts- und zeitunabhängig Dialog und Austausch mit den strategischen Partnern der BAKS in Bund und Ländern sowie anderen relevanten Bereichen der sicherheitspolitischen Community zu ermöglichen.

Der Infoblog

Auch unabhängig von bestimmten Veranstaltungen erhalten die Nutzer der Plattform aktuelle sicherheitspolitische Informationen. So gibt das Team Studienplattform der BAKS viermal im Jahr einen Infoblog heraus. Dabei handelt es sich um einen Newsletter mit jeweils drei Schwerpunktthemen. Diese werden anhand von Texten, Interviews und kurzen Filmbeiträgen so aufbereitet, dass sich der Leser auf die Schnelle einen Überblick über die wesentlichen Aspekte des Themas machen kann. Außerdem weist der Infoblog auf bevor-

stehende Veranstaltungen der BAKS und Veränderungen beim Akademiepersonal hin.

Online-Diskussion

Das Team Studienplattform experimentiert auch mit Online-Diskussionen. Naturgemäß haben nicht immer alle Eingeladenen die Möglichkeit, an Veranstaltungen teilzunehmen. Eine aktive Beteiligung soll aber auch unabhängig von der Präsenz möglich sein. So haben wir anlässlich unserer Alumni-Veranstaltung im Juni 2011 ein Skype-Interview zwischen dem Präsidenten der BAKS und einer Journalistin aufgezeichnet, die live aus Kairo über die dortige Protestbewegung berichten konnte. Das Interview wurde nach der Veranstaltung auf der Studienplattform eingestellt und eine Online-Diskussion mit der Journalistin eröffnet.

BAKS Sommer-Quiz

„Kein Urlaub ohne Sicherheitspolitik!“ Unter diesem Motto stand ein Sommerquiz, welches das Team Studienplattform in der veranstaltungsfreien Zeit der BAKS für die Nutzer der Plattform vorbereitet hatte. Vom 15. Juli bis 19. August 2011 wurde jeweils freitags die nächste von insgesamt sechs Fragerunden eröffnet, die immer einen Bezug zur Sicherheitspolitik hatten. In jeder Runde wurde ein Lösungswort bzw. eine Buchstabenfolge gesucht. Die Lösung einer Fragerunde war das Passwort, um die Frage der nächsten Runde zu öffnen. Die Lösung der sechsten und letzten Runde war die entscheidende, um als Gewinner aus dem Quiz hervorzugehen. Im genannten Zeitraum war es jederzeit möglich, in das Quiz einzusteigen.

Seminar für Sicherheitspolitik

2011



Das Seminar für Sicherheitspolitik 2011 mit Staatsminister Eckart von Klaeden anlässlich der Vorstellung der Seminarübergreifenden Aufgabe im Bundeskanzleramt.

Die Sicherheitspolitik steht vor neuen Herausforderungen. Der Ausbruch des arabischen Frühlings und die ungewisse Zukunft der Länder im Nahen Osten verdeutlichen einmal mehr, wie wichtig langfristige nationale Strategien im Bereich der Sicherheitspolitik sind. Das Seminar für Sicherheitspolitik (SP) stellt sich der Aufgabe, Sicherheitspolitik besonders umfassend an derzeitige und zukünftige Führungskräfte zu vermitteln. Innerhalb einer sechsmonatigen Fortbildung bot die Bundesakademie letztes Jahr wieder ein umfangreiches Veranstaltungsangebot mit aktuellen Themen.

Seminar für Sicherheitspolitik



Rückblick auf 2011

Das Flaggschiff vor dem Wind

Gerhard Bahr

Vom 4. Januar bis zum 24. Juni 2011 nahmen 31 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Seminar für Sicherheitspolitik teil. Auf Ebene der Bundesressorts stammten die Führungskräfte aus den Ministerien Auswärtiges Amt, dem Bundesministerium der Verteidigung und des Innern sowie dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Weitere Anwesende kamen aus oberen Bundesbehörden, den Bundesländern Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen, aus Regierungsorganisationen sowie aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Auch die alliierten Länder Frankreich, Lettland und die Türkei waren vertreten.

Aufbau und Themen

Das Seminar bestand aus neun ein- bis vierwöchigen Modulen. Feldstudien und Ausbildungsreisen führten nach Brüssel (NATO, EU), in die USA (Washington, D.C., New York), nach Moskau, in die Türkei (Ankara, Istanbul), nach Paris sowie in den Nahen Osten (Ägypten, Libanon und Israel einschließlich Palästinensischer Gebiete). Ein einwöchiges Medienmodul fand an der Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr in Strausberg statt. Zu den sicherheitspolitischen Gesprächspartnern vor Ort gehörten die deutschen Botschafter, Regierungs- und Parlamentsvertreter der besuchten Länder, Vertreter von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen sowie Vertreter von Medien, von Stiftungen, des Bereichs Religion/Kirchen und aus der Wirtschaft.

Themen, die in diesem Jahr besonders aufmerksam und intensiv diskutiert wurden, waren das Verhältnis zu Russland und den USA, die Rolle der Türkei als Regionalmacht und als



Die Teilnehmer im UN-Sicherheitsrat, New York

strategischer Partner sowie die sicherheitspolitische Analyse von wirtschaftlichen Abhängigkeiten. Außerdem beschäftigten sich die Führungskräfte mit der Bedeutung von Handelswegen sowie der Rolle des Föderalismus und der Bundesländer in der Sicherheitspolitik. Sie untersuchten den Nahen Osten als Krisenherd, aber auch als Ort des Aufbruchs und von Demokratiebewegungen.

Die in der Türkei und im Nahen Osten gewonnenen Erkenntnisse dienten der Berarbeitung der Seminarübergreifenden Aufgabe. Diese stand in diesem Jahr unter dem Thema „Europa und der Vordere Orient – Zur strategischen Bedeutung der Türkei aus deutscher Sicht“. Das Ergebnis der Arbeit wurde am 20. Juni 2011 im Bundeskanzleramt vorgestellt, am 22. Juni 2011 in einer Konferenz mit Fachpublikum diskutiert und in einer Broschüre veröffentlicht.

Eindrücke vor Ort

Die Anwesenden beurteilten die Studienreisen und Feldstudien als besonders wichtige und unverzichtbare Elemente. Sie ermöglichten Erfahrungen und Gespräche, die nur vor Ort zu realisieren sind. Hintergründe für Krisen und Zusammenhänge unterschiedlicher

Bereiche der Sicherheit veranschaulichte das Seminar besonders eindrucksvoll am Beispiel des Nahost-Konflikts. Ein Höhepunkt mit sehr großem Lerneffekt waren die Reisen nach Ägypten, in den Libanon, nach Israel und in die palästinensischen Gebiete. Besondere Eindrücke hinterließen Kairo und der Blick auf die politische Situation in der Region. Auch die Einweisung in die UNO-Aufgaben auf dem Golan und im Südlibanon sowie die Gespräche in Jerusalem, Tel Aviv, Ramallah und in Hebron waren von großem Interesse.

Planspiel

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik führte Planspiel im abschließenden Modul erneut mit großem personellen und materiellen Aufwand durch. Grundlage bildete ein immer wieder weiterentwickeltes fiktives und umfassendes Szenario. In der Übung führen religiös und ethnisch bedingte Unruhen im Ausland zur Gefährdung von deutschen Staatsbürgern und einem regionalen Konflikt. Damit verbunden waren Terrordrohungen und -anschläge auch in Deutschland, so dass die Teilnehmer sowohl außen- als auch innenpolitische Krisenlagen zu bewältigen hatten. Der Leitungsbereich wurde erneut erheblich mit Fachpersonal aus den unterschiedlichen staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Bereichen verstärkt. So konnte das Seminar ressortübergreifende Szenarien bearbeiten. Die Seminarteilnehmer lobten das Planspiel wegen seiner Komplexität und des großen Erkenntnisgewinns.

Virtuelle Studienplattform

Die weiter ausgebaute virtuelle Studienplattform OLAT (Online Learning and Training) bot einen Zugang zu den Arbeitsmaterialien, Vortragsmanuskripten und Wochenplänen und ermöglichte allen Anwesenden immer aktuell und umfassend über das Seminarsgeschehen

informiert zu sein. Der Kontakt zwischen den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern dieses Jahrgangs und zu früheren Jahrgängen wird auch nach Seminarende mit Hilfe des virtuellen Netzwerks auf der Studienplattform weiter gepflegt.

Fazit

Die ausgewählten Kandidaten bildeten bereits nach kurzer Zeit eine leistungsstarke, geschlossene Gruppe, deren gegenseitiger Umgang miteinander sehr freundschaftlich war. Am 24. Juni 2011, nach sechs Monaten intensiver, persönlich fordernder und auch anstrengender gemeinsamer Weiterbildung, überreichte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium des Innern Dr. Ole Schröder in einer festlichen Abschlussveranstaltung allen 31 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ihre Teilnahmezertifikate.

Die Ergebnisse aus intensiven, seminarbegleitenden Evaluationen belegen erneut, dass sich die Form des Seminars gut bewährt hat. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schätzten die gesammelten Erfahrungen als außerordentlich wertvoll ein. Das Seminar war somit ein großer Erfolg. Auch aus Sicht der Akademieleitung kann die Bundesakademie den ihr für das Seminar gegebenen Auftrag gut erfüllen. Dazu tragen ein kontinuierlich weiterentwickeltes Curriculum sowie eine gute Projektstruktur und Akademieorganisation bei.



Die Seminarteilnehmer mit Leitung und Mitarbeitern der BAKS vor dem Haus Bonn.

Seminar für Sicherheitspolitik



Ausblick auf 2012

Inhalte und Themen

| | |
|----------------|---|
| Modul 1 | Grundlagen und Rahmenbedingungen deutscher und internationaler Sicherheitspolitik (inkl. Studienreise nach Brüssel) |
| Modul 2 | Handlungsfelder nationaler Sicherheitsvorsorge (inkl. Studienreisen nach Hamburg und Swiecko, Polen) |
| Modul 3 | Elemente globaler Ordnung und die Rolle der USA (inkl. Studienreise nach New York und Washington, D.C.) |
| Modul 4 | Konstanten und Verschiebungen im globalen Kräfteverhältnis (inkl. Studienreise nach Moskau) |
| Modul 5 | Krisen und Krisenmanagement in medialer Vermittlung (inkl. eines Medientrainings an der AIK Strausberg) |
| Modul 6 | Regionale Herausforderungen (inkl. Feldstudie nach Kairo) |
| Modul 7 | Umgang mit Krisen (inkl. Feldstudie nach Jordanien, in die palästinensischen Autonomiegebiete und nach Israel) |
| Modul 8 | Transfer - Anforderungen an die deutsche Sicherheitspolitik und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit (inkl. Planspiel, Transferworkshop sowie Präsentation der Seminarübergreifenden Aufgabe im Bundeskanzleramt und vor einer breiten sicherheitspolitischen Öffentlichkeit) |

Seminarübergreifende Aufgabe

Zur strategischen Bedeutung der Türkei

Louisa Opitz

Teamarbeit ist Trumpf. Das zeigte sich dieses Jahr wieder in der gemeinsam erarbeiteten Seminarübergreifende Aufgabe (SüA), an dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Sicherheitspolitischen Seminars mitwirkten. Die diesjährige Veranstaltung stand unter dem Titel „Europa und der Vordere Orient – zur strategischen Bedeutung der Türkei aus deutscher Sicht“.

Am Mittwoch, den 22. Juni 2011 fand die Abschlusspräsentation der Seminarübergreifenden Aufgabe im Rosenburgsaal der BAKS statt. Zwei Tage zuvor hatten die Seminarteil-



Die Teilnehmer Thomas Dolpp, Klaus Streicher und Uwe Heye während der Präsentation.

nehmer ihre Arbeit bereits im Bundeskanzleramt Staatsminister Eckart von Klaeden vorgestellt und mit diesem einen lebhaften Dialog geführt.

In dem mehrere Monate umfassendem Teamarbeitsprozess brachten die Teilnehmer neben dem Input aus den zahlreichen Vorträgen sowie den Eindrücken der Türkeireise auch ihr durch Eigenstudium und seminarinterne Diskussionen angereichertes Wissen über die Türkei mit ein und formulierten entsprechende Handlungsempfehlungen.

Die SüA gliederte sich in die vier Themenschwerpunkte Nahostkonflikt, Iran, Energiesicherheit sowie Migration und Integration. Als ein für alle Themenfelder geltendes Fazit hielten die Seminarteilnehmer ihre Empfehlung fest, wonach Deutschland den politischen Dialog ebenso wie die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Türkei unbedingt pflegen und gar intensivieren sollte.

Die BAKS hatte ein Expertenpublikum aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien zur Abschlusspräsentation der SüA geladen. Dabei übernahm Herr Cemal Karakas von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung als ausgewiesener Türkei-Experte die Kommentierung der SüA im Anschluss an die Präsentation durch die Teilnehmer. Herr Karakas lobte dabei die inhaltlich sehr umfassende sowie in ihren Wertungen gut durchdachte Arbeit und vermochte es, aus seiner wissenschaftlichen Perspektive die Darstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu ergänzen und die Präsentation in eine äußerst interessierte und aspektreiche Diskussion überzuleiten.



Cemal Karakas von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung gab den Teilnehmern nach der Präsentation ein fundiertes Feedback zur SüA.

Seminar für Sicherheitspolitik



Festakt zum Abschluss des Seminars Feierliche Verabschiedung

Dr. Boris Bovekamp

Am 24. Juni 2011 verabschiedete die BAKS das Seminar für Sicherheitspolitik mit einem Festakt.

Präsident Kersten Lahl betonte während der Abschiedsfeier, dass es im Seminar darum ginge, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen zu „überzeugten Förderern und Anwendern der Prinzipien einer modernen Sicherheitspolitik“ auszubilden. In den letzten sechs Monaten, in denen das Seminar stattfand, sollten die Führungskräfte die Fähigkeit zu strategischem Denken entwickeln und übergreifender Zusammenhänge verstehen lernen. Außerdem hatte das Seminar den Auftrag komplementäre wie konkurrierende Interessen auszubalancieren. Ziel war es, eine operative Handlungskompetenz in komplexen kritischen Lagen zu erwerben. Lahl verglich die sicherheitspolitischen Prinzipien mit einem Fußballspiel, wobei er betonte: „Die Begriffe ‚gewinnen und verlieren‘, ‚Sieg und Niederlage‘ sind einer heutigen Sicherheitspolitik nicht mehr angemessen. Vielmehr sprechen wir statt von Nullsummenspielen besser von Zielen wie Frieden, Stabilität und Partnerschaft.“

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium des Innern, Herr Dr. Ole Schröder, wies in seiner Festrede auf die sicherheitspolitischen Auswirkungen der Globalisierung hin: „Diese Grenzenlosigkeit, von der

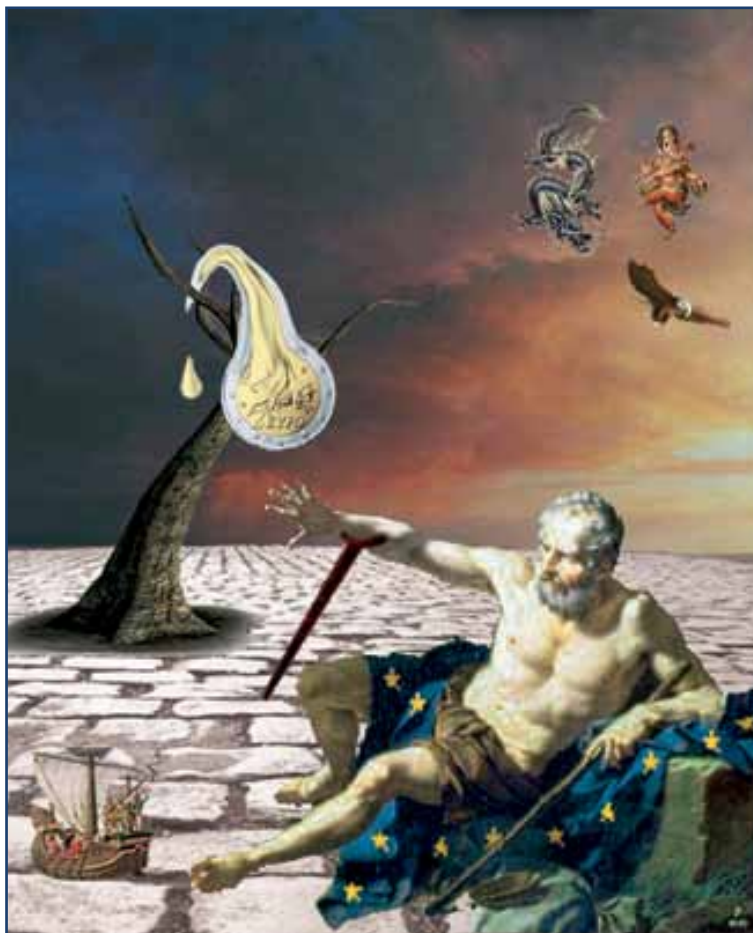
wir alle auch profitieren, macht es notwendig, dass wir viel enger zusammenarbeiten – national und international.“ Ferner verdeutlichte Dr. Schröder welche Konsequenzen die weltweiten Verflechtungen für den deutschen Einsatz im Ausland haben: „Die Untrennbarkeit von innerer und äußerer Sicherheit in einer globalisierten Welt erfordert es, dass unsere innere Sicherheit zunehmend von Auslandsengagement abhängt. Asymmetrische Konflikte sind allein militärisch nicht zu gewinnen, sondern entscheiden sich vor allem auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet. Deswegen können wir die Konflikte nicht allein mit Waffengewalt lösen.“

Der Sprecher des Seminars, Herr Roland Hemeling, bestätigte, dass die Akademie ihr Weiterbildungsziel voll erreicht habe. Bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern habe eine wesentliche Veränderung stattgefunden: „Anstelle einer gewissen Naivität in der Beurteilung politischer Prozesse ist die Erkenntnis gereift, dass sich hinter plakativen Schlagzeilen häufig äußerst komplexe Sachverhalte verbergen und vielschichtige Mechanismen zu berücksichtigen sind.“ Zum Schluss bedankte er sich bei allen, die das Seminar ermöglicht haben, besonders beim Bundeskanzleramt.

Die Teilnehmer bekamen die Urkunden vom Staatssekretär Dr. Ole Schröder überreicht.



Kranker Mann der Weltpolitik? Europa und die globalen Herausforderungen



Als die Akademie sich im November 2010 für das Jahresthema entschied, wurde der erste Teil des Titels mit einem Fragezeichen versehen. Nach 2011 scheint diese Frage auf den Finanzmärkten aktueller denn je zu sein. Die Bewältigung der Schuldenkrise hat den Blick auf die Europäische Union verändert und stellt die bislang schwerste Bewährungsprobe für sie dar. Gleichwohl bietet die Krise Anlass zur Hoffnung hinsichtlich des europäischen Einigungsprozesses. Eine Fiskalunion ist nicht mehr allein Bestandteil von Debatten sondern als Weg und Ziel von einer übergroßen Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vereinbart worden. Auch wenn der Weg dorthin sich weiterhin als langwieriger Prozess gestalten wird, die Hoffnung liegt darin, dass die Strahlkraft dieses Prozesses sich auch auf die anderen Säulen der Europäischen Union positiv auswirkt, wie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, wenn es zum Beispiel um die Schaffung einer europäischen Armee geht.



Medienforum

Europa als kranker Mann der Weltpolitik

Matthias Hieber

Das Thema Europa ist zweifellos zu einem heißen Eisen geworden. Kaum ein anderes Thema sorgt in der öffentlichen Wahrnehmung für solch eine Verunsicherung und Turbulenzen, wie die Frage nach dem „Gesundheitszustand“ Europas. Einige sehen Europa längst im Sterben; angestrebte Maßnahmen seien höchstens nur noch palliativer Natur. Andere sehen Europa wiederum als „Adonis“ der internationalen Beziehungen: gesund, dynamisch, energiegeladen, omnipotent, aber manchmal vielleicht noch etwas unreif für größere Taten.

„Europa als kranker Mann der Weltpolitik“ ist sicherlich vor allem als provokative These zu verstehen. Europa ist nicht mehr im Zentrum der Welt, aber es ist auch keine Randfigur in den internationalen Beziehungen. In diesem Kontext sollten auch die zentralen Gedanken des Botschafters Wolfgang Ischinger verstanden werden. Europa laufe nicht mehr ganz rund; wir Europäer, und damit auch wir Deutschen verhielten uns in diesem Gefüge mehr reaktiv als proaktiv, so Ischinger. Die Bundesrepublik Deutschland sei selbstgefällig und träge geworden; Veränderungen sind kaum mehr spürbar. Seit der Wiedervereinigung scheine die Bundesrepublik auf den Erhalt ihres Status Quo bedacht zu sein und ein tiefes Gefühl mache sich breit, dass wir Deutschen nichts Neues mehr brauchen. Dennoch sei eine latente, schwer greifbare Unzufriedenheit spürbar. Dieser Zustand führe teilweise zu falschen Richtungen der Politik. Angesichts des „Rise of the Rest“, mit dem auch das aufstrebende China gemeint ist, sei es völlig unangebracht, wenn die Bundesregierung so tue, als wäre nichts gewesen. Als treffendes



Das Medienforum richtet sich speziell an Journalisten.

Beispiel nannte Ischinger hier das Streben der Bundesrepublik nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Aber auch ganz Europa scheine den Zug wohl verpasst zu haben, wie man deutlich an der Entwicklung von der G8 hin zur den G20 sehen könne. Wir sollten uns eingestehen, dass Europa große Schwierigkeiten hat, mit den massiven weltpolitischen Veränderungen mitzuhalten, so der Botschafter.

Europas Motor

Dagegen bestätigte Ischinger die alte Weisheit, dass Europa Handlungsfähigkeit von der Einigkeit des deutsch-französischen Tandems abhängt. Das solle aber nicht heißen, dass Deutschland und Frankreich aus dem Klub der 27 durch Alleingänge hervorstechen sollen, ihre Antriebswirkung sei aber unverkennbar. Diese besondere Rolle beider Staaten sei allerdings in letzter Zeit gemessen an den Beispielen der Finanzkrise, der Intervention in Libyen oder auch in der Nuklearfrage nur unzureichend genutzt worden.

Auch im Bezug zur Nahost-Problematik solle hinterfragt werden, ob wir als Europäer ein-

greifen müssen, so Ischinger. Haben wir eine Responsibility to Protect (R2P) und hat Europa dazu überhaupt eine einheitliche Meinung? Die UN-Resolution 1973 sei zwar die erste operative Auswirkung der R2P. Dennoch bleiben Kohärenz und die Voraussetzungen dieses Prinzips weiter unklar. Natürlich sollte es nicht dahingehend verstanden werden, dass die Staaten dazu verpflichtet werden zu handeln. Aber wie und womit sollten die Europäer uns sonst leiten lassen? Botschafter Ischinger sieht hierfür kein allgemein gültiges Rezept. Er sieht vier Kriterien: Erstens muss der Einsatz durch ein Mandat der Vereinten Nationen gedeckt sein. Zweitens sollte die Region, in welcher der Einsatz durchgeführt werden soll, ihren Konsens hierfür mitteilen. Das bedeutet, dass Staaten und Bevölkerung des betroffenen Gebietes in die Entscheidungsfindung miteingebunden werden sollte. Drittens sollte der Einsatz auf einem stabilen politisch-militärischen Konzept fundieren um das Problem zu lösen. Das Konzept sollte also in sich schlüssig sein, damit der Einsatz von Anfang bis zum Ende durchdacht ist. Viertens sollte die Frage dennoch nicht unbeantwortet bleiben, ob die Intervention den Interessen des Bundesrepublik bzw. Europas entspricht.

Europäische Streitkräfte

Europa hat mehr Soldaten als die Vereinigten Staaten von Amerika, aber reicht mitnichten an deren Kampfkraft. Betrachtet man den gesamt-europäischen Wehretat, so kann das Problem auch nicht daran liegen, dass wir in Europa zu wenig für die Verteidigung und Sicherheit ausgeben. Wo liegt also das grundsätzliche Problem?

Es gibt wohl kaum ein Bereich im europäischen Gefüge, der eher dazu geeignet wäre Synergien zu entwickeln, als die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wir sollten uns fragen, ob es sinnvoll ist, wenn jeder



Botschafter Wolfgang Ischinger in seiner Keynote zur Diagnose des europäischen Patienten.

Staat sein eigenes Ausbildungs-, Rüstungs-Beschaffungs- oder Trainingsprogramm aufrecht erhält. Es wäre also wichtig, Duplizierungen und Verschwendungen in diesem Bereich abzuschaffen. Problematisch für die Optimierung des sicherheitspolitischen Gefüges Europas ist die parlamentarische Zustimmungspraxis in Deutschland. Hier bleibe Deutschland aus Sicht der anderen Europäer eher ein unsicherer Kantonist.

Im 21. Jahrhundert gehe die wahre Bedrohung für uns Europäer weniger von den starken, sondern von den schwachen, korrumpierbaren und vor dem Kollaps stehenden Staaten aus. Es ist entscheidend für das europäische Verteidigungsvorhaben zwischen den Staaten Vertrauen zu schaffen. Dies entwickelt sich nur durch entsprechendes Verhalten und Kooperation. Wir brauchen eine konkrete Zusammenarbeit im militärischen Sicherheitsbereich, um das Projekt Europa voranzubringen, so Botschafter Ischinger in seinem Schlussplädoyer.

Europa und der Nahe Osten

In der sich anschließenden Paneldiskussion kamen sowohl Botschaftsvertreter, als auch Vertreter aus Wissenschaft und Presse zu Wort. Dabei wurde Europas Rolle im Nahost-



Friedensprozess und im Hinblick auf die arabischen Revolutionen hinterfragt. Aus palästinensischer Sicht kommt Europa vor allem eine Unterstützerrolle zu, den Frieden voranzutreiben. Priorität habe nach wie vor die Erreichung der Unabhängigkeit der palästinensischen Autonomiegebiete durch Verhandlungen mit Israel und damit die Durchsetzung der Zweistaatenlösung.

Aus einer israelischen Perspektive betrachtet, hat man sich zu sehr auf den Nahost-Konflikt als solchem konzentriert und dabei anderen Konflikte außer Acht gelassen. Die Europäer hätten auf den Beginn der arabischen Revolutionen teilweise panisch reagiert. Dabei seien die Bewegungen in Tunis, Ägypten, Libyen oder Syrien unterschiedlicher Natur. Die ägyptische Anti-Mubarak Bewegung betrachtete Mubarak als Helfer Israels, was aus israelischer Sichtweise nur als historische Ironie aufzufassen sei. Europas Aufgabe wurde darin gesehen, die Anti-Mubarak Bewegung zu fördern. Im gleichen Moment sollte Israel aber nicht mehr Mittelpunkt der Auseinandersetzung sein.

Die Vereinigten Staaten sehen sich weiterhin in der Beobachterposition. Sie erkennen das Selbstbestimmungsrecht der Völker an, welche sich in Demokratie und freien Wahlen manifestiert. Auch favorisieren sie die Zweistaatenlösung und lehnen eine aufkeimende Siedlungsaktivität seitens Israels ab.

Fazit

Aus einem sicherheitspolitischen Blickwinkel betrachtet, ist der Umbruchprozess im Nahen Osten mit demjenigen Osteuropas Ende der 1980er bis Anfang der 1990er ohne Weiteres vergleichbar. Herausforderung Europas wird es sein, sich mit neuen, durchaus selbstbewussten Akteuren in der Region auseinanderzusetzen. Es muss eine Art von „Vorschuss-Vertrauen“ an aufkommende Akteure leisten,

ohne wirklich zu wissen, mit wem es eigentlich zu tun hat. Europa sollte sich nicht von Nebenkriegsschauplätzen ablenken lassen, sondern sich um die Schlüsselländer in der Region kümmern. Es wäre anmaßend, den Gewinner in der Region zu bestimmen. Das steht den Europäern nicht zu. Es bedarf eines europäischen „Marshallplans“ für die Region, was auch ein europäisches Bildungsprogramm für die Mittelmeeranrainerstaaten mit einbezieht. Dazu gehört auch, dass Europa offener gegenüber Immigranten mit qualifizierter Ausbildung wird. Das Know-how wird in Europa gebraucht und sollte nicht ungenutzt bleiben. Zweifelsohne beruhte der allgemeine Konsens an diesem Tag auf der Tatsache, dass Europa



Zu Zukunft des Nahostfriedensprozesses diskutierten (v.l.n.r.) Désirée Baron, Ph.D., Political Internal and External Chief (U.S. Embassy Deutschland), der israelische Journalist Eldad Beck, der Generaldelegierte Palästinas Salah Abdel Shafi und Professor Dr. Volker Perthes, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik.

sich stärker in den Nahost-Prozess einbringt und die Revolution fördert, ohne aber ihre Finalität zu bestimmen. Europa muss also aktiver werden, um nicht als krank und gebrechlich wahrgenommen zu werden. Es könnte also seinem dynamischen und innovativen Anspruch gerecht werden, scheint sich aber – zumindest in manchen Staaten – noch allzu gerne in der Rolle des alten gebrechlichen und zurückhaltenden Mannes zu gefallen.

Hochwertlehrgang

Europäisches Sicherheits- und Verteidigungskolleg

Walter Schweizer

Thema eines Moduls im Rahmen des Hochwert-Lehrgangs waren die Krisenmanagementfähigkeiten der Europäischen Union (zum Hochwertlehrgang und ESVK siehe nebenstehenden Beitrag). Die BAKS hatte dafür ein umfangreiches Programm zusammengestellt, das die Thematik aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtete.

Höhepunkte des Moduls waren Vorträge und Diskussionen mit Staatssekretär Rüdiger Wolf aus dem Bundesministerium der Verteidigung und mit Staatssekretärin Dr. Emily Haber, die die Gruppe im Auswärtigen Amt empfing. Beide Staatssekretäre unterstrichen die Bedeutung, die den zivilen wie militärischen Krisenmanagementfähigkeiten der Europäischen Union (EU) zukommt, und hoben die entsprechenden Anstrengungen der Bundesregierung, etwa im Rahmen der Weimarer Initiative, hervor.

Planung und Führung bei EU-Einsätzen

Zum Veranstaltungsprogramm gehörten unter anderem ein Besuch beim Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam und eine Begegnung mit dem Kommandeur des



Die Teilnahme am Kolleg richtet sich an alle 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Kommandos Operative Führung Eingreifkräfte, Generalleutnant Markus Bentler. Das Treffen eröffnete die Möglichkeit, die im Bereich der operativen Ebene vorhandenen Vorstellungen über den Aufbau langfristiger zivil-militärischer Planungs- und Führungsstrukturen für EU-Einsätze aus erster Hand zu erörtern.

Rolle des Parlaments

Einen für die ausländischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer wesentlichen Akzent setzte ein Besuch im Deutschen Bundestag und ein Gespräch zur Rolle des Parlaments bei Krisenmanagement-Einsätzen. Der Deutsche Bundestag verfolgt zwar über erheblich mehr Mitspracherechte als Parlamente in anderen EU-Staaten, Deutschland gelingt es aber dennoch, seine eingegangenen Verpflichtungen innerhalb der EU und der NATO zu erfüllen, im Bedarfsfall auch unter hohem Zeitdruck. Dies verdeutlichte das Gespräch vor Ort.

Möglichkeiten von Kooperationen

Ein weiterer Themenschwerpunkt waren Formen der Rüstungskoooperation auf europäi-



Vortrag von Generalleutnant Markus Bentler



scher Ebene, zu der hochrangige Vertreter der EU-Kommission und der Industrie Vorträge hielten. Neben verschiedenen wirtschaftlichen Aspekten der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wurde auch intensiv über Pooling und Sharing gesprochen. Die Sparzwänge, denen sich alle EU-Mitgliedstaaten gegenüber sehen, könnten zukünftig neue Initiativen in diesem Bereich notwendig werden lassen. Ein zentraler Aspekt, der jedoch einer Klärung zugeführt werden muss,

Europäisches Sicherheits- und Verteidigungskolleg

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik wirkt im Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskolleg (European Security and Defence College, ESDC) mit, das einen Netzwerk-Verbund von etwa 50 Einrichtungen aus EU-Mitgliedstaaten darstellt, die mit sicherheitspolitischer Aus- und Weiterbildung befasst sind. Das ESDC führt seit 2003 Lehrgänge für Führungskräfte und Entscheidungsträger aus allen 27 Mitgliedstaaten und Einrichtungen der EU durch. Der modular aufgebaute Hochwertlehrgang (High Level Course) stellt den Kern der vielfältigen Aktivitäten des Kollegs dar und wird seit 2005 angeboten. Er setzt sich aus vier Residenzanteilen und jeweils vorgeschalteten, internet-basierten Fernlerneinheiten zusammen, deren Bestehen Voraussetzung zur Teilnahme an den Residenzmodulen ist. Die nationalen Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer werden vornehmlich aus Außen-, Verteidigungs- und Innenministerien entsandt. Aus dem Bereich der EU-Institutionen nehmen regelmäßig Vertreter des Europäischen Rats, der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments an der Ausbildung teil.



Tomaž Lovrenčič, Direktor des EU-Satellitenzentrums

ist die Frage nach den gegenseitigen Abhängigkeiten, die sich daraus für die beteiligten Staaten ergeben.

EU-Satellitenzentrum

Mit einer detaillierten Darstellung der Aufgaben und vielfältigen Fähigkeiten des EU-Satellitenzentrums in Madrid, Spanien, hob dessen Direktor, Tomaž Lovrenčič, eine wichtige, aber vergleichsweise wenig bekannte Einrichtung der EU hervor. Das Satellitenzentrum kann durch Nutzung modernster Aufklärungstechnik wesentliche Beiträge für EU-Krisenmanagement-Einsätze liefern, wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anhand von Satellitenaufnahmen mit geradezu verblüffender Auflösung feststellten.



Gruppenbild vor dem Haus Berlin

Fachtagung

Der Euro als Stabilitätsanker für Europa

Kerstin Voy

Bei einer Veranstaltung am 8. Dezember 2011 thematisierte die Bundesakademie das Finanzthema des Jahres: die Zukunft des Euros. Am Tag vor dem Brüsseler Gipfeltreffen, bei dem 17 Euro-Länder und neun weitere EU-Staaten einen Fiskalpakt besiegelten, erläuterte Bundesfinanzminister Schäuble unter dem Titel „Der Euro als Stabilitätsanker für Europa - Sicherheitspolitische Aspekte der Währungsunion“ seine Vorstellungen zu Herausforderungen und Chancen Europas.

Unter großer Medienpräsenz moderierte der Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann, die Veranstaltung zum Thema Währungsunion am 8. Dezember 2011. Die Fernsehsender Phoenix und n-tv übertrugen die Rede live im Fernsehen. Schäuble beschrieb den Zusammenschluss der europäischen Staaten mit gemeinsamer Währung als einen dauerhaften Beitrag zur Sicherheit Europas. In seiner Rede zeigte er sich optimistisch, dass Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen werde. „Ich glaube, dass die Währungsunion richtig war“, sagte er, und sprach sich damit auch für Europa aus. Deutschlands Aufgabe sei der Erhalt des Euros. Nach den Worten des Ministers bestehe für Europa weiter Hoffnung nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Einigung zu erreichen. Deutschland müsse sich dafür einsetzen, dass die finanziellen Probleme einzelner Länder behoben werden, das habe nichts mit Arroganz zu tun.

Die Thematik der Veranstaltung zur Europroblematik hätte kurz vor dem Gipfeltreffen der Regierungschefs in Brüssel nicht passender sein können. Deutschland setzte sich dabei



Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

vehement für eine Änderung der Euro-Verträge ein, um einen Weg aus der Schuldenspirale zu finden. Ziel der Bestrebungen war es, gegen die Euro-Sünder schneller vorgehen zu können. Auf dem EU-Gipfeltreffen hatte Kanzlerin Angela Merkel den Fiskalpakt als Auftakt zu mehr Stabilität im Kampf für einen stabilen Euro gefeiert, bei der eine Schuldenbremse die überwuchernden Staatsdefizite begrenzen sollte.

Schnittstellen zur Sicherheitspolitik

Nach der Rede des Finanzministers folgten die Beiträge weiterer Referenten aus Parteien, Wirtschaft und Medien, die Vorträge zur künftigen finanzpolitischen Entwicklung Europas hielten und mögliche Schnittstellen zur Sicherheitspolitik aufzeigten. Der Leiter des außenpolitischen Ressorts der Süddeutschen Zeitung, Stefan Kornelius, ging auf die Verschiebungen der globalen Ordnung ein und sprach aktuelle Krisenherde in Nordafrika an. In diesem Zusammenhang betonte er die Bedeutung vom Internet. Netzwerke wie Twitter hätten einen großen Einfluss auf die Entstehung von Revolutionen. Das habe sich bereits



während des arabischen Frühlings gezeigt. Außerdem befürchtete der Referent, dass sich eine Konfrontation zwischen dem Westen mit Russland und China aufbauen könnte. Die beiden Länder entwickeln ein politisches und wirtschaftliches System, von dem sie behaupten, dass es dem westlich-geprägten demokratischen System überlegen sei. Durch die Überwindung der Eurokrise könnte es Europa gelingen, weiterhin Vorbild zu bleiben und international Anerkennung zu finden.

Nach dem zweiten Vortrag folgte ein Panel, bei dem es um den Zusammenhang von Finanz- und Sicherheitspolitik ging. Die vier Experten, die zu dem Thema referierten, waren sich einig, dass sich beide Bereiche heute nicht trennen lassen. Ulrike Demmer, der Korrespondentin für Verteidigungs- und Sicherheitspolitik des SPIEGEL, sah Deutschland in einer schwierigen militärischen Situation, da es kaum in die Rüstungsindustrie investiere. Sie warnte davor, die Militärausgaben weiter zu senken. Das deutsche Militär habe bereits ein kleines Ausmaß angenommen und dürfe nicht noch weiter schrumpfen. Die sicherheitspolitische Bedrohung sei abstrakt, weshalb viele kein Geld in das Militär investieren wollten. Da jedoch nicht auszuschließen ist, dass Deutschland irgendwann wieder bedroht wird, bleibe es weiterhin wichtig das Militär zu fördern. Fehlendes Geld begrenze auch den Einfluss Deutschlands. Es bleibe eine Herausforderung, mit weniger Finanzmitteln mehr Sicherheit zu schaffen.

Dr. h.c. Jürgen Koppelin, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, sagte, dass Deutschland im militärischen Bereich gut finanziert sei. Trotzdem stimmte er der Referentin zu, dass es eine Umstrukturierung geben müsse, um die Mittel effizienter einsetzen

zu können. In der Bundeswehr gebe es vieles, das wir nicht brauchen und einsparen könnten – beispielsweise die zahlreichen Eurofighter. Überschüssige Mittel solle man lieber für traumatisierte Soldaten einsetzen. Dr. Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven, Beauftragter für Grundsatzfragen der EU im Auswärtigen Amt, kam zu dem Schluss, dass es unklar sei, welches Wirtschaftsbild für die europäische Union gelten solle. Dem stimmte Dr. Markus Kerber, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V., zu. Er äußerte die Ansicht, dass eine Analyse der Außen- und Sicherheitspolitik schon lange überfällig sei. Der Westen könne zu alter Stärke zurückfinden. Es gehe darum, eine gemeinsame europäische politische Linie zu finden, nicht darum, jemanden anzuklagen.

Deutschlands Rolle

Mehrere Anwesende pflichteten den Aussagen zur Europapolitik bei, dass sich Demokratie an den Schwächeren orientieren müsse. Eine übertriebene Stärke und die Wahrnehmung als Hegemon hätten Deutschland jedoch nie gut getan. Wie mehrere Sicherheitsexperten hervorhoben, wird Deutschland inzwischen eine Dominanz zugesprochen, der sich nicht alle Länder innerhalb der EU bereitwillig unterordnen und mit Vertrauensverlust reagieren. Viele verlangen daher ein partnerschaftliches Handeln auf europäischer Ebene – eine Forderung, die in den Diskussionsrunden der letzten sicherheitspolitischen Veranstaltungen der BAKS bereits häufig genannt wurde. Gefordert wurden innerhalb der Paneldiskussion zur Eurokrise vor allem eine größere europäische Integration und eine stärkere Solidarität zwischen den europäischen Ländern.

Aktuelle Herausforderungen



Der Beginn des arabischen Frühlings war eine Überraschung des Jahres 2011. Wie dieser Prozess sich 2012 fortsetzt, ist ungewiss. Hoffnungen wie Befürchtungen speisten sich oft aus herangezogenen Analogien – einerseits aus den friedlichen Revolutionen in den Ostblockstaaten von 1989 sowie andererseits aus der Islamischen Revolution im Iran von 1979. Wie wichtig die Aufrechterhaltung eines unvoreingenommenen Dialogs mit den Staaten gerade jetzt ist, wurde in den Veranstaltungen der Akademie zu diesem Thema immer wieder betont. Gleichwohl standen Themen auf der Agenda, die bereits seit Jahren die Sicherheitspolitik begleiten, sei es der Einsatz in Afghanistan oder die Piraterie am Horn von Afrika. Spätestens mit dem Strategiewechsel von Präsident Barack Obama, der die Stellung der USA als Pazifiknation stärker betont, geht der Blick hinsichtlich globaler Kräfteverhältnisse mehr in Richtung China. Wie gehen Nachbarn und Partner mit Chinas Aufstieg um? Wie verkraftet das Land selber sein Wachstum? Die BAKS führte zu diesen Fragen die Trierer China-Gespräche 2011 erstmals in Berlin durch.

Arabischer Frühling



Alumni-Treffen 2011

Der Umbruch in der arabischen Welt

Ursula Blanke

„Der Umbruch in der arabischen Welt: Einflusschancen und Handlungsbedarf für Deutschland und Europa“ – dieses Thema lockte 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Alumni-Treffen in die BAKS. Das Treffen fand am 24. und 25. Juni 2011 traditionsgemäß im Anschluss an die feierliche Verabschiedung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des aktuellen Seminars für Sicherheitspolitik statt.

Experten aus dem Bereich der Medien, aus politischen Stiftungen und der Entwicklungszusammenarbeit trugen ihre Einschätzung zur damaligen politischen Situation in Nordafrika vor – ein halbes Jahr nachdem die Selbstverbrennung des 26-jährigen Gemüsehändlers Mohamed Bouaziz vor einem öffentlichen Gebäude in Sidi Bouzid, 250 Kilometer südlich von Tunis, die ersten massiven Proteste ausgelöst hatte. Viele der beim Alumni-Treffen diskutierten Fragen sind auch jetzt noch aktuell, nachdem die „alten“ Machthaber in Ägypten und Libyen weichen mussten und in Tunesien die ersten freien Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung stattgefunden haben.

Aufbruchstimmung und Hoffnung

Die Diskussion wurde mit der Frage eröffnet, ob die politischen Umwälzungen in den nordafrikanischen Ländern hätten vorhergesehen werden können. Nach der Meinung eines Experten gingen viele nationale und internationale Akteure davon aus, dass sich der Umbruch in den Staaten Nordafrikas aus heiterem Himmel vollzog. Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, wie sie bereits 2002 das United Nations Development Program (UNDP) im Arab Human Deve-

lopment Report veröffentlichte, seien in ihrer Tragweite nicht ausreichend berücksichtigt worden. Aus diesem Bericht hätte man entnehmen können, dass die gesellschaftlichen Strukturen in diesen Ländern, wie zum Beispiel die fehlende Säkularisierung, ein kaum vorhandenes Wirtschaftswachstum, eine hohe Arbeitslosigkeit und ein rasantes Bevölkerungswachstum, zu großen Spannungen führten. Ein Aufbegehren der Bevölkerungen wäre somit durchaus vorstellbar gewesen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Frage, wie sich die Situation in den arabischen Staaten weiterentwickeln könnte. Die Gefahr einer islamischen Radikalisierung dürfe nicht unterschätzt werden, insbesondere dort, wo islamische Kräfte unterdrückt worden seien. Sowohl die Bundesrepublik als auch die Europäische Union sollten zukünftig im Dialog mit den arabischen Staaten verstärkt auf konstruktive Zusammenarbeit setzen, um den Aufbau und die Festigung demokratischer Strukturen zu fördern.

Eine Auslandskorrespondentin der Deutschen Welle in Kairo, die mittels einer Skype-Schaltung in die Veranstaltung eingebunden wurde, berichtete unmittelbar über die Geschehnisse in Ägypten. Nach ihren Worten waren die Aufbruchstimmung und Hoffnung auf Wandel innerhalb der Bevölkerung ganz deutlich spürbar. Ein gewisses Chaos sei im Land eingezogen, da die ständigen Demonstrationen auf Kairoer Strassen erheblich in das tägliche Leben eingriffen. Trotz der Hoffnung auf einen schnellen Wandel mache sich nach Darstellung der Auslandskorrespondentin eine große Ungeduld in der Bevölkerung breit. Diese Zustandsbeschreibung sei aber nicht auf alle arabischen Länder übertragbar, die sich in einem Wandel befinden. Die einzelnen Länder haben

Aktuelle Herausforderungen

unterschiedliche Dynamiken und Grundlagen, weshalb man jedes Land für sich betrachten müsse. Deutschland könne Ägypten einen großen Dienst erweisen, indem es das Land wirtschaftlich unterstütze.

Der Ruf nach Freiheit und Würde

Auch die Auswirkungen der Unruhen auf die öffentliche Sicherheit wurden thematisiert. Die Kriminalität in Ägypten hat nach Meinung eines Experten spürbar zugenommen; in Jemen und Syrien sei die Sicherheitslage weit kritischer, so dass Unternehmen und Organisationen ihre Mitarbeiter aus Sicherheitsgründen abzögen. Festzuhalten bleibe, dass der Wandlungsprozess langwierig und teilweise unvorhersehbar sein werde. Westliche Solidaritätsbekundungen sollten deshalb bald in Taten umgesetzt werden.

Grundsätzlich gelte, dass die arabischen Länder für die weitere Entwicklung selbst verantwortlich seien und nicht darauf spekulieren sollten, dass der Westen hier die Führung übernehmen werde. An Unterstützung dürfe es auch von deutscher Seite keinesfalls mangeln, aber das Motto laute: Hilfe zur Selbsthilfe. Deutsche Firmen sollten die Chance nutzen, in diesen Staaten zu investieren.

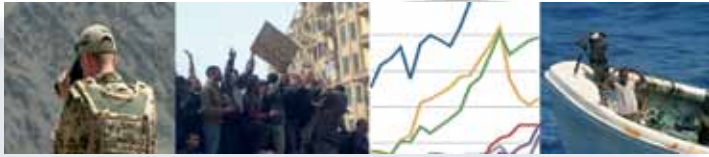


Die Facebook-Bewegung auf dem Tahir-Platz in Kairo

Bezüglich der Frage, wie man die Demokratisierungsprozesse in den arabischen Ländern einzuschätzen habe, wurde davor gewarnt, verfrüht von „demokratischer Bewegung“ zu sprechen – die Lage in den jeweiligen Ländern unterscheide sich zu sehr. Während der Demonstrationen und Aufstände seien immer wieder zwei Begriffe gefallen: „Freiheit“ und „Würde“, wobei der zweite Begriff eine besonders wichtige Rolle spiele. Nach der Erfahrung mit autokratischen Regimen stelle sich insbesondere die jüngere Generation dagegen, eine weitere Unterdrückung seitens des Staates hinzunehmen. Die Frage nach dem islamischen Charakter des Staates bleibe vorerst unbeantwortet, ein Dialog der Religionen sei aber notwendig. Auch Länder, die von den Revolutionsaufständen weitgehend verschont blieben, wie zum Beispiel Marokko, spürten den Druck der Straße, weshalb Marokkos Reformvorhaben als überaus positiv zu bewerten seien.

Wandel durch Handel?

Eine immer wiederkehrende Frage an den zwei Veranstaltungstagen war, wie man mit den Regimen künftig umgehen solle. Konsens bestand darin, dass in den arabischen Staaten eine Form von Rechtsstaatlichkeit im Sinne von Zuverlässigkeit etabliert werden sollte. Als Voraussetzung hierfür müsse die wirtschaftliche Entwicklung in den jeweiligen Ländern nachhaltig gefördert werden. Auch auf Deutschland kämen demnach neue Aufgaben und Herausforderungen zu. Bisweilen sei die Bundesrepublik der einzige europäische Staat, welcher als neutraler und authentischer Unterhändler in der Region tätig werden könne. Aber auch auf europäischer Ebene ist nach Meinung der Experten eine klare und einheitliche Linie wichtig, welche die Kontinuität und Werteorientierung europäischer Politik demonstriert und nach außen trägt.



Berliner Colloquium 2011

Der Vordere Orient im Umbruch

Dr. Roman Schmidt-Radefeldt

Mehr als 250 Gäste folgten der Einladung zum diesjährigen Berliner Colloquium, das in den frisch renovierten Räumlichkeiten des Tagungszentrums in der Berliner Julius-Leber-Kaserne stattfand. Das zwischen der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und der Clausewitz-Gesellschaft e.V. abgestimmte Thema erfuhr durch die Ereignisse des „arabischen Frühlings“ eine ungeahnte Dynamik.

In den hochrangig besetzten Panels ging es um die sicherheitspolitischen Folgen des Transformationsprozesses in der arabischen Welt für die bestehenden Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie für die Energie- und Rohstoffversorgung der westlichen Staaten. Dabei diskutierten die Anwesenden folgende Fragen: Wie lässt sich eine demokratische Ordnung schaffen, die auf friedliche und kooperative Weise alle gravierenden Differenzen ausbalanciert? Und insbesondere: Welche Rolle und Aufgaben kann Deutschland dabei übernehmen? Welche Instrumente stehen uns zur Verfügung? Welches sind Erfolg versprechende Ansätze, wo liegen aber auch Grenzen unserer Bemühungen beim Demokratieaufbau in dieser auch für die Zukunft Europas so wichtigen Region?

Demokratie nach dem Arabischen Frühling?

Die Referenten aus Politik, Diplomatie, Wissenschaft und Streitkräften beleuchteten den revolutionären Demokratisierungsprozess in der arabischen Welt aus äußerst gegensätzlichen Blickwinkeln und trugen so dazu bei, dass die Teilnehmer ein sehr differenziertes Bild des „Vorderen Orients im Umbruch“ entwickelten. Die Herausforderungen, gerade auch

an die deutsche Politik, aber auch für Israel, die palästinensischen Gebiete und die teilweise autokratisch regierten Staaten Nordafrikas und der arabischen Welt wurden in Vorträgen und Diskussionen – auf dem Panel und mit dem Publikum deutlich. Es zeigte sich aber auch, dass die Verwirklichung von Handlungsoptionen vor allem vom politischen Willen aller Beteiligten abhängt.

Im Ergebnis zeigte sich, dass der aktuelle Umbruch in den nordafrikanischen Staaten und im Nahen Osten eine historische Zäsur für die arabische Welt insgesamt darstellt. Der Wandel hat seine Wurzeln in maroden, überkommenen Machtstrukturen und in einer jungen Generation, die auch freiheitliche Werte und ökonomische Perspektiven vehement einfordert. Zugleich eröffnet der in Gang gekommene Prozess – bei aller Ungewissheit über seinen Ausgang – den arabischen Staaten erstmals die Option eines freiheitlich-demokratischen Weges zwischen autokratischer und islamisch-theokratischer Herrschaft. Um diesen Prozess zu einem Ziel zu führen, der die legitimen Interessen der Bevölkerung der Region ebenso wie die Interessen der „westlichen“ Gemeinschaft berücksichtigt, ist ein Engagement der internationalen Gemeinschaft unerlässlich.

Rohstoff- und Versorgungssicherheit Europas

Bevor sich das Fachpublikum und die Referenten dem Thema „Der Vordere Orient im Umbruch“ widmeten, fand am Vorabend des Colloquiums traditionsgemäß eine Serenade in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin statt, gefolgt von einem festlichen Abendessen. In dessen Verlauf hielt Professor (em.) Dr.-Ing. Michael Jischa, Ehrenvorsitzender der Deut-

Aktuelle Herausforderungen

schen Gesellschaft Club of Rome, die Festrede. In seinen Ausführungen schlug er einen weiten Bogen von den Anfängen der menschlichen Gesellschaft, über die Erfindung von Ackerbau und Viehzucht, die Bronze- und Eisenzeit bis zur heutigen digitalen Revolution. Dabei zeigte er immer wieder Rahmenbedingungen und Folgen von grundlegenden Revolutionen in der Menschheitsgeschichte auf. Am Ende standen die heutigen Herausforderungen eines stetig steigenden Energiebedarfs. Als Beispiel einer partiellen Deckung des Bedarfs in Europa erläuterte er das DESERTEC-Project. Das Konzept beruht auf der Annahme, dass die Wüsten der Erde an einem Tag mehr Energie von der Sonne empfangen, als die gesamte Menschheit in einem Jahr verbraucht. Technische Fortschritte bei Solarthermischen Kraftwerken rücken das Ziel in greifbare Nähe, Europa bis zum Jahr 2050 zu 15 Prozent mit sauberem Strom aus den Wüsten Nordafrikas zu versorgen. Der Transport soll über neu ent-



Professor (em.) Dr.-Ing. Michael Jischa

wickelte Gleichstromautobahnen mit einem revolutionär niedrigen Transportverlust durch das Mittelmeer gelingen. Auf diese Weise könnte das Projekt dazu beitragen, die Welt von fossilen Brennstoffen unabhängiger zu machen und die Rohstoff- und Versorgungssicherheit Europas zu fördern. Dieser Vortrag bot reichlich Stoff für interessante Diskussio-

nen an den Tischen und damit auch gleich einen Einstieg in die Thematik des Colloquiums, da die Zukunft des DESERTEC-Projekts auf politisch stabile Verhältnisse in Nordafrika angewiesen ist.

Erst Ökonomie, dann Politik

Im Eröffnungsvortrag des Colloquiums am nächsten Morgen widmete sich Professor Dr. Udo Steinbach vom Centrum für Nah- und Mittelost-Studien an der Philipps-Universität in Marburg dem Thema „Handlungsbedarf und Handlungsoptionen im Nahen und Mittleren Osten“.

Dabei ordnete er den demokratisch-revolutionären Umbruch in Nordafrika zeitlich-historisch als das Ende des 20. Jahrhunderts der arabischen Welt ein, das mit dem ersten Weltkrieg begonnen habe und ein Jahrhundert der Revolutionen gewesen sei.

In seinem Vortrag analysierte Steinbach die aktuellen Umbruchsentwicklungen in den verschiedenen arabischen Staaten als einen Prozess des revolutionären Wandels, der in unterschiedlichen Rhythmen und unter gänzlich unterschiedlichen Voraussetzungen stattfände. Steinbach mahnte, dass Europa diesen Wandel in den arabischen Transformationsstaaten als Chance begreifen und durch neue Formen der ökonomischen Interdependenz fördern müsse. Wenn die ökonomischen Perspektiven sich nicht verbessern, befürchtet er eine Radikalisierung in den arabischen Gesellschaften. Notwendig sei daher eine Art „Marshall-Plan“ für Arabien. Die EU, die eine größere staatlich-kulturelle Vielfalt als der arabische Raum darstelle, könne mit ihrer historischen Erfahrung – erst ökonomische Vernetzung, dann politische Einigung – vorbildhaft auch für die Arabische Liga wirken. Wichtig sei aber, dass die Hilfestellung aus Europa in der geeigneten Form erfolge. Steinbach schlug vor, vor allem den Kulturdialog zwischen der

Arabischer Frühling



EU und den arabischen Nationen, der im Zeitalter der arabischen Potentaten eingeschlafen sei, zu intensivieren. In diesem Zusammenhang plädierte Steinbach für eine neue Vision im Umgang der EU mit der arabischen Welt, die auf das antike Konzept des „mare nostrum“ – also das Mittelmeer als gemeinsamer verbindender Kooperations- und Kommunikationsraum zurückgreifen könne.

Steinbach ging sodann auf verschiedene Konflikte und Krisenregionen ein: Der Nahost-Konflikt bleibe zentral; er sei ein Stachel im Fleisch der Araber, weil er mit der Erfahrung der kollektiven Erniedrigung einhergehe. Auch eine „Ein-Staaten-Lösung“ hielt er in diesem Zusammenhang für überlegenswert. Die Türkei sei eine dynamische Regionalmacht, die als Vorbild für die neuen arabischen Gesellschaften dienen könne. In Sachen Iran plädierte der Referent für eine Loslösung von der einseitigen Fixierung auf Ahmadinedschad und das Atomprogramm hin zu einer Orientierung auf die dynamische iranische Gesellschaft; auch hier könne ein intensiver Kultur- und Menschenrechtsdialog die gesellschaftlichen Veränderungen vorantreiben.

Sicherheit im Nahen Osten

Im Anschluss stand das erste Panel mit dem Thema „Optionen und Interessen im Nahost-Konflikt – Ist ein Durchbruch erreichbar?“ auf dem Programm. Unter der Moderation des Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, referierten als Panellisten neben Botschafter Dr. Hans-Dieter Lucas, Deutscher Vertreter im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der Europäischen Union und Frau Dr. Muriel Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik auch Avi Primor, ehemaliger israelischer Botschafter in Deutschland sowie der Generaldelegierte Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland, Abdel Shafi.

Botschafter Primor machte gleich zu Anfang deutlich, dass der Nahost-Konflikt zwar nicht genuin ursächlich für die anderen regionalen Konflikte sei, wohl aber eine gewisse grundlegende Stimmung in der arabischen Welt krei-riere.



v.l.n.r.: Botschafter Dr. Hans-Dieter Lucas (Deutscher Vertreter im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der Europäischen Union), Avi Primor (ehemaliger israelischer Botschafter in Deutschland), Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, Abdel Shafi (Generaldelegierter Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland) und Dr. Muriel Asseburg (Stiftung Wissenschaft und Politik)

Auf der anderen Seite beleuchtete Botschafter Primor die besondere Situation in Israel, wo das Thema Sicherheit nach wie vor die Hauptfrage ist und der revolutionäre Prozess in der arabischen Welt mit einer gewissen Skepsis verfolgt wird. Die Erfahrung habe gezeigt, dass sich Demokratie nicht erzwingen lasse, aber die arabische Welt habe einen Schritt in die richtige Richtung getan – der Transformationsprozess müsse als Chance begriffen werden.

Die grundlegenden Probleme, die dem Friedensprozess im Nahen Osten im Wege standen – das Akzeptieren der Existenz Israels durch die arabischen Staaten auf der einen Seite und die israelische Bereitschaft zum Verzicht auf das Westjordanland auf der anderen Seite – seien mehr oder weniger gelöst, so dass die Bedingungen für einen Frieden in Nahost gegeben seien. Warum Frieden

Aktuelle Herausforderungen

gleichwohl immer noch schwierig erscheint, darauf blieb Primor eine Antwort schuldig.

Der palästinensische Vertreter Shafi ging auf das zentrale Anliegen der Israelis ein und machte deutlich, dass die Palästinenser zu jedweden Sicherheitsgarantien bereit seien. Die zentrale Frage für die Palästinenser sei indes die des Landes – in Gestalt eines wirklich lebensfähigen palästinensischen Staates (Zweistaatenlösung). Haupthindernis für den Friedensprozess sei aus palästinensischer Sicht daher vor allem die israelische Siedlungspolitik. Die Hauptforderung der palästinensischen Demonstrationen sei es, die territoriale Spaltung Palästinas zu überwinden. Shafi begrüßte den Wandel in der arabischen Welt, der letztlich auch den Anspruch Israels, die einzige Demokratie im Nahen Osten zu sein, auflösen werde.

Anerkennung eines palästinensischen Staates?

Frau Dr. Asseburg wies auf den Widerspruch zwischen der Freiheitsbewegung im Nahen Osten und der Fortdauer der israelischen Besatzung hin. Der Nahostkonflikt sei das größte Hindernis für die Stabilisierung der gesamten Region. Gleichwohl beurteilte die Referentin die Koordinaten und Voraussetzungen für einen Friedensprozess durchaus positiv: Kompromisse bei schwierigen Fragen wie z.B. der Flüchtlings- oder Jerusalemfrage seien möglich. Die EU müsse dabei eine führende Rolle im Nahost-Quartett übernehmen und im Konsens einen palästinensischen Staat (in den Grenzen von 1967) anerkennen, wenn dieser im Herbst ausgerufen werden sollte.

Botschafter Dr. Lucas erläuterte den konzeptionellen Beitrag der EU zum Nahost-Friedensprozess und plädierte für eine Art Transformationspartnerschaft, welche die europäische Nachbarschaftspolitik nach Süden hin neu gestaltet. Aufgrund ihrer reichen Erfahrung mit regionaler Kooperation könne die EU insoweit

einen substantiellen Beitrag leisten. Die Parameter für die Endstatusverhandlungen in Bezug auf die Zweistaatenlösung müssten vom Nahostquartett geklärt werden. Als Hindernisse für einen erfolgreichen Abschluss der Friedensverhandlungen identifizierte Lucas die israelische Siedlungspolitik, die Blockade von Gaza, die Zuspitzung der humanitären Lage in den Palästinensergebieten sowie die mangelnden wirtschaftlichen Perspektiven.

In der Diskussion ging es dann um Sicherheitsgarantien, wobei Einigkeit darüber bestand, dass im Grunde nur eine robuste Sicherheitsgarantie der USA die israelischen Sicherheitsbedürfnisse befriedigen könnte. Eine solche Garantie sei aber aus innenpolitischen Gründen nicht zu erwarten. Auf der anderen Seite wurde immer wieder betont, dass ein zusammenhängendes Territorium Voraussetzung für einen überlebensfähigen Palästinenserstaat sei. Dabei wurde der Vorschlag geäußert, dass die Palästinenser quantitativ genau so viel Land zurückerhalten sollten, wie sie seit 1967 verloren haben, was aber im Umkehrschluss bedeute, dass sie nicht notwendigerweise dasselbe Land zurückerhalten. Das Rückkehrrecht von 4 Millionen Flüchtlingen wurde als nicht realistisch eingestuft. Vielmehr müsse man ihnen in ihren derzeitigen Ländern menschenwürdige Bedingungen ermöglichen.

Türkei als östlicher Vorposten der NATO

Nach der Mittagspause lag der Schwerpunkt der Veranstaltung auf der Türkei. In einem Vortrag mit anschließender Aussprache referierte die damalige Ministerialdirektorin und Politische Direktorin im Auswärtigen Amt, Dr. Emily Haber, zum Thema „Die neue türkische Außenpolitik – Chancen und Risiken aus deutscher Sicht“.

Frau Dr. Haber betonte in ihrem Vortrag die positive Rolle der Türkei, die mit ihrem soft-power-Ansatz große Attraktivität in der Region

Arabischer Frühling



besitze. Als östlichster Vorposten der NATO verbinde die Türkei Islam und Demokratie miteinander und sei daher prädestiniert für eine außenpolitische Rolle mit Fokus auf Krisenmanagement und Krisenvermittlung im Vorderen Orient. Immerhin grenze die Türkei an Regionen, die in der letzten Dekade politisch stark erschüttert worden seien.

In diesem Zusammenhang habe die türkische „Null-Probleme-mit-Nachbarn-Außenpolitik“ viel ideologischen „Ballast“ abgeworfen und zu pragmatischen und stabilitätsorientierten Beziehungen mit den Nachbarstaaten geführt: So trete die Türkei heute auf dem Balkan als Anwalt Bosniens auf, trage zur Stabilität in der

neben die laufenden Beitrittsverhandlungen zu treten habe. Diesbezüglich dürfe man die Finalität der Beitrittsverhandlungen (mit Blick auf den EU-Beitritt der Türkei) nicht grundsätzlich infrage stellen, da sich dies negativ auf die Dynamik des türkischen Transformationsprozesses auswirken könnte. Der Prozess der EU-Beitrittsverhandlungen habe die Türkei sowohl innen- als auch außenpolitisch verändert. Gleichwohl stellte Frau Dr. Haber klar, dass die Türkei für einen EU-Beitritt in jedem Fall die Kopenhagener Aufnahmekriterien erfüllen müsse.

EU-Beitritt der Türkei?



Dr. Emily Haber

Kaukasusregion bei oder binde Syrien stärker ein. Dramatisch verschlechtert habe sich allerdings die Beziehung der Türkei zu Israel.

Weiter befasste sich Frau Dr. Haber mit der Frage des EU-Beitritts der Türkei. Dabei beklagte sie, dass man die Türkei in Deutschland zu sehr durch das Prisma der Beitrittsverhandlungen wahrnehme, wobei das generelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Potential der Türkei leicht aus dem Blickfeld gerate. Es liege in deutschem Interesse, das strategische Potential der Türkei zum gegenseitigen Nutzen weiter auszubauen. In diesem Zusammenhang plädierte Frau Dr. Haber für eine institutionalisierte Ausprägung eines strategischen Dialogs mit der Türkei, die unabhängig

Das anschließende Panel stand unter dem Motto „Regionalmacht Türkei: Rolle und Bedeutung für europäische und transatlantische Sicherheit“. Professor Dr. Hüseyin Bağcı von der Middle East Technical University in Ankara, Generalmajor Heinrich Brauss vom Internationalen Stab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel, Oberst Dr. Peter Forster, Chefredaktor der Militärzeitschrift SCHWEIZER SOLDAT sowie Professor Dr. Günter Seufert von der Stiftung Wissenschaft und Politik führten mit kurzen Impulsreferaten in das Thema ein. Die anschließende, sehr lebhafte Diskussion wurde von Dr. Patrick Keller von der Konrad-Adenauer-Stiftung moderiert.

Die Panellisten waren in der Einschätzung einig, dass sich die Türkei in den letzten zwanzig Jahren grundlegend gewandelt habe. Insbesondere durch die EU-Beitrittsperspektive seien hier gesellschaftliche Veränderungen angestoßen worden, die sich deutlich auf die türkische Gesellschaft ausgewirkt hätten und das Land auch weiterhin nachhaltig prägen würden. Kritisch wurde in diesem Zusammenhang der derzeitige Stillstand der Beitrittsverhandlungen gewertet, der die innertürkischen Reformen deutlich verlangsamt.

Die Türkei wurde von den Panellisten durch-

Aktuelle Herausforderungen

weg als aufstrebende Regionalmacht gesehen, welche dank starkem Wirtschaftswachstums und günstiger demographischer Entwicklung aus einer Position der inneren Stärke heraus nun auch nach außen immer selbstbewusster auftritt und sich auf das eigene regionale Umfeld konzentriert. Äußerst



Professor Dr. Hüseyin Bağcı

kritisch wurde in diesem Zusammenhang die deutliche Verschlechterung der Beziehungen zu Israel gesehen. Die Türkei werde auch künftig als verlässlicher Bündnispartner von EU und NATO agieren. Allerdings müsse der Wandel in der Türkei von den Bündnispartnern ernst genommen werden. Anderenfalls seien Probleme vorprogrammiert, so wie etwa in der Libyenfrage, als die Türkei zu entscheidenden Beratungen nicht eingeladen wurde.

Professor Bağcı betonte, dass die Türkei mit ihrer gelungenen Verbindung von Demokratie und Islam für die im Umbruch befindliche arabische Welt Vorbildfunktion habe und diese Rolle auch selbstbewusst ausfüllen werde: „Die Zukunft der Region ist zurück – und die Türkei ist da!“ Dies gelte umso mehr, da die Türkei als einer der wenigen regionalen Akteure die Zeichen der Zeit erkannt habe und ihren Einfluss immer weniger über militärische Stärke und immer deutlicher per „Soft-Power“ geltend mache. Zwar spiele das Militär im Land nach wie vor eine herausragende Rolle, es werde aber immer deutlicher zivilen Strukturen untergeordnet. Die veränderte Stellung zeige sich beispielsweise im Umgang mit den

Kurden im Irak, der inzwischen betont konstruktiv gestaltet werde.

Der Vortrag von Frau Dr. Haber und das Panel zur Türkei griffen das Thema der Seminarübergreifenden Aufgabe des Bundeskanzleramtes an das laufende Seminar für Sicherheitspolitik auf: „Europa und der Vordere Orient – zur strategischen Bedeutung der Türkei aus deutscher Sicht“. Damit konnten die 31 Angehörigen des diesjährigen Seminars, die an diesem Tag des Berliner Colloquiums teilnahmen, mit Fragen zur Diskussion beitragen und für ihre ressortübergreifende Arbeit profitieren.

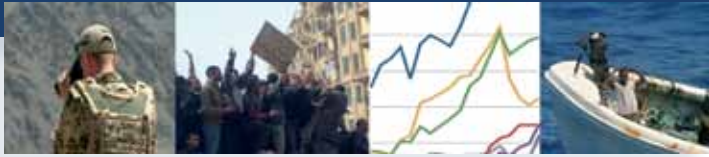
Türkei und die Gas- und Ölversorgung Europas

Am nächsten Tag befassten sich die Teilnehmer des Colloquiums mit dem Thema: „Sichere Rohstoffversorgung im instabilen Umfeld – Vom Kaspischen Meer bis zur Straße von Hormuz“. Der Referent verdeutlichte die zentrale Rolle der Türkei bei der Gas- und Ölversorgung Europas und bei der Schaffung stabiler Rahmenbedingungen für die Versorgung mit energetischen und nicht-energetischen Rohstoffen. Auf einem Panel stellten sich Heinz Hilbrecht, Direktor in der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission, Dr. Friedemann Müller von der Stiftung Wissenschaft und Politik sowie Wilko Specht vom Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. unter der Leitung von Dr. Frank Umbach nach prägnanten Eingangsstatements den Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.



Dr. Friedemann Müller und Wilko Specht

Arabischer Frühling



Alle Referenten waren sich darin einig, dass sich selbst bei einer günstigen globalen Entwicklung der Mangel an wichtigen Rohstoffen zu einem zentralen Thema der Zukunft entwickeln würde. Beim klassischen „Motor der Weltwirtschaft“ – dem Öl – plädierten die Experten gegenüber der Politik für die Durchsetzung einer deutlich ambitionierteren Ausstiegsstrategie, relativierten aber gleichzeitig „Horrorszenarien“ vor einem baldigen Versiegen der Ölquellen. Öl werde es dank neuer Fördertechniken und der Erschließung unkonventioneller Lagerstätten noch lange geben, allerdings zu immer höheren Preisen. Dr. Müller warnte zudem davor, dass vor dem Hintergrund des derzeitigen politischen Wandels im arabischen Raum, gekoppelt mit einer steigenden Nachfrage, eine Repolitisierung der OPEC mit allen Konsequenzen für die Liefersicherheit in Europa nicht ausgeschlossen werden könne.

Beim Erdgas konstatierte Hilbrecht eine etwas andere Situation. Hier sei das Problem nicht



Heinz Hilbrecht

ein Mangel an Reserven, sondern Defizite bei der Infrastruktur, welche künftig zu Problemen führen könnten. Er und Müller warben daher für den weiteren Ausbau von Pipelinesystemen, die eine bessere Distribution innerhalb Europas zulassen würden und darüber hinaus weitere Lieferstätten, beispielsweise im kaspischen Raum, erschließen könnten. Versorgungskrisen, wie beim Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland, sowie der starken Abhängigkeit einiger europäischer Staaten



Traditionell beim Berliner Colloquium hielt der Generalinspekteur der Bundeswehr den Abschlussvortrag. General Volker Wieker sprach zum Thema „Der neue Ansatz für die Bundeswehr im europäischen und transatlantischen Kontext“.

von Russland würden so die Spitze genommen. Herr Specht widmete sich vornehmlich den nicht-energetischen Rohstoffen, die zwar nicht so stark im Fokus stünden wie Öl und Gas, ohne die aber keine moderne Industrie funktionieren könne. Er verdeutlichte, dass der Mangel hier oft nicht auf schlechte geologische Verfügbarkeit, sondern schlicht auf fehlende Kapazitäten beim Abbau zurückzuführen sei. Hier habe „der Westen“ zu lange geschlafen. Die USA und Australien erschlossen zwar gerade mit Hochdruck neue Lagerstätten, dies würde sich aber erst um 2020 nachhaltig auf die Liefersituation auswirken. Bis dahin würde insbesondere China bei bestimmten wichtigen Rohstoffen wie Seltene Erden die Preise diktieren und künstlich Engpässe erzeugen um diese dann strategisch zu nutzen. Hilbrecht forderte vor diesem Hintergrund, dass Fragen der Rohstoffsicherheit in Deutschland künftig nicht mehr allein in der Regie des Wirtschaftsministeriums liegen dürften, sondern eng mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angegangen werden müssten. Auch hier zeigt sich, dass der umfassende und vernetzte Ansatz von Sicherheitspolitik, wie ihn die BAKS seit Jahren fordert, für die Lösung zukünftiger Herausforderungen essenziell ist.

Trierer China-Gespräche Modernisierung der chinesischen Streitkräfte

Manfred Bohr

China rüstet auf, das steht außer Frage. Doch ist es nicht nur der Blick auf den wachsenden chinesischen Verteidigungshaushalt, der Skeptiker um die Machtbalance in Asien bangen lässt. Der größte asiatische Akteur tritt zudem hinsichtlich der eigenen Machtansprüche zunehmend selbstbewusst auf.

Eine Analyse der Reaktionen auf diese Entwicklungen in China seitens der Mächte USA, Russland, Japan und Indien war das Ziel der Trierer China-Gespräche 2011. Unter dem Titel „Wettrüsten in Asien? Die Modernisierung der chinesischen Streitkräfte und die Reaktionen regionaler Großmächte“ ging ein interessiertes Fachpublikum am 9. Juni 2011 der Leitfrage auf den Grund: Lassen sich konkrete militärische Reaktionen regionaler Mächte auf den Ausbau der Fähigkeiten der chinesischen Streitkräfte nachweisen?

Veranstaltet wurden die Trierer China-Gespräche 2011 von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der Juniorprofessur für Politikwissenschaft / Internationale Beziehungen der Universität Trier. Nachdem die Kooperationspartner bereits 2009 (damals allerdings ohne die KAS) Wissenschaftler und Studenten an die Universität Trier eingeladen hatten, um den politischen und wirtschaftlichen Aufstieg des Reiches der Mitte zu diskutieren, fanden die zweiten Trierer China-Gespräche dieses Mal in Berlin statt.

Über 50 Teilnehmer fanden sich dazu in den Räumlichkeiten der BAKS ein. Innerhalb von fünf Panels, die auf jeweils einen Teilaspekt der Fragestellung abzielten, setzten die Referenten zunächst anhand eines Vortrags Impulse. Dem folgten unter der Moderation von Shi

Ming, Journalist der Deutschen Welle und Dr. Stefan Friedrich, Teamleiter Asien und Pazifik der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) rege Diskussionen im Plenum.

Zwei Welten in Asien

Nach den Begrüßungsworten des Präsidenten der BAKS, Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, und Dr. Stefan Friedrich führte Jun.-Prof. Dr. Martin Wagener in die Thematik der Konferenz ein. Er skizzierte zwei in Asien parallel existierende Welten: Neben einer von der Globalisierung beeinflussten Welt des Handels existiere auch eine von Rüstungsprozessen bestimmte Welt des Sicherheitsdilemmas. Daraus ergebe sich das Paradoxon, dass China zwar ein eminent wichtiger Handelspartner der anderen regionalen Mächte sei, deren Misstrauen aber dennoch nicht abnehme.

Die verstärkten Handelsbeziehungen schafften laut Wagener zwar Interdependenzen und Wirtschaftswachstum, hätten jedoch auch sicherheitspolitische Konsequenzen: Erstens bewirke ein größeres Bruttoinlandsprodukt mehr Steuereinnahmen, was die Aufstockung des Verteidigungsetats erlaube; zweitens könne die höhere Nachfrage nach Rohstoffen und Energieträgern bei Knappheit Konflikte auslösen, was die Akteure dazu bewege, Vorsichtsmaßnahmen zu treffen (beispielsweise in Form von Aufrüstung der Seestreitkräfte zum Schutz der Seewege); drittens bestärke das Wirtschaftswachstum einzelne Staaten in ihrem Statusstreben und Wunsch, ihrer Position als Großmacht mithilfe von militärischen Prestigeobjekten wie Flugzeugträgern Ausdruck zu verleihen; viertens strebten die wirtschaftlich erstarkten Mächte danach, den internationalen Ordnungsrahmen mitzubestimmen. Ergeb-

Chinas Aufstieg



nis sei ein „Wettrüsten neuen Typs“, das man in Asien beobachten könne: Die Großmächte vertieften ihre wirtschaftlichen Beziehungen untereinander. Die dadurch ausgelösten sicherheitspolitischen Folgeprobleme trügen jedoch dazu bei, dass die Akteure einander nicht nachhaltig vertrauten. Im Zentrum dieser Entwicklung befinde sich China.

Zwischen Harmonie und Abschreckung

Das erste Panel eröffnete Brigadegeneral Hans-Werner Wiermann vom Bundesministerium der Verteidigung mit einem Vortrag zum Thema „Die Volksbefreiungsarmee Chinas: Strategische Ausrichtung und Fähigkeitsprofil“. Um einen Eindruck des chinesischen militärischen Selbstverständnisses zu vermitteln, ging Wiermann zunächst auf historische Ereignisse ein, die sich auf die heutige strategische Ausrichtung der Volksbefreiungsarmee auswirkten. So nannte er den Opiumkrieg, den Koreakrieg, das Aufrüsten der Sowjetunion im Kalten Krieg, die Irakkriege sowie die Taiwankrise als Anlässe für China, sein Verhalten im Hinblick auf Bündnisbildung, auf die Priorität seiner Staatsziele oder die Vernetzung seiner Streitkräfte zu überdenken. Die Volksrepublik selbst sehe sich als hochgradig strategische Nation und werde auch von außen so wahrgenommen.

Im Zusammenhang mit der aktuellen geopolitischen Lage Chinas bemerkte Wiermann, es bestehe keine Bedrohung der territorialen Einheit des Landes durch fremde Streitkräfte. Zwar existierten Grenzstreitigkeiten wie beispielsweise mit Indien in Arunachal Pradesh, doch bliebe Taiwan das einzige Problem von größerer Bedeutung, an dessen Beispiel sich zeige, dass die chinesische Marine zwar gut aufgestellt sei, was regional begrenzte militärische Einsätze angehe. Einer militärischen Auseinandersetzung mit den USA sei die Volksbefreiungsarmee allerdings nicht ge-

wachsen. Dies liege einerseits am derzeitigen technologischen Rückstand von zehn bis zwanzig Jahren, andererseits an der mangelnden Informationstechnologie und Vernetzung der Teilstreitkräfte, die sich als wichtiger als die Modernisierung einzelner Rüstungselemente erweisen könne.

Im Falle einer Abspaltung Taiwans, gegen die sich China laut seinem Antisepzessionsgesetz von 2005 nichtfriedliche Mittel vorbehält, sähe sich die Volksbefreiungsarmee also der doppelten Herausforderung gegenüber gestellt, nicht nur die taiwanischen Streitkräfte schlagen, sondern auch die militärisch deutlich überlegenen USA vom Kriegsschauplatz fernhalten zu müssen. Folglich sei das Reich der Mitte eher an der Projektion von Fähigkeiten zur Abschreckung als einem Wettrüsten in der Region interessiert, auch wenn es eine umfassende Modernisierung seiner Streitkräfte bis 2050 verfolge.



Der stellvertretende Stabsabteilungsleiter III im Führungsstab der Streitkräfte, Herr Brigadegeneral Hans-Werner Wiermann, bei seinem Einführungsvortrag.

Hier spiegeln sich laut Wiermann auch die allgemeine strategische Ambivalenz Chinas wider: Auf der einen Seite sähen sich die Entscheidungsträger noch immer in der konfuzianischen Tradition einer harmonischen Politikgestaltung, die beispielsweise im Rahmen der UNO auf Kooperation setze und de-

Aktuelle Herausforderungen

ren oberstes Staatsziel der Machterhalt der Kommunistischen Partei Chinas bleibe. Auf der anderen Seite verschreibe sich Peking zunehmend neuen strategischen Zielen wie der Aufrüstung und Abschreckung. Eine Balance gelte es, besonders hinsichtlich der Wahrung globaler wirtschaftlicher Interessen, noch zu finden.

Konzept der USA: places, not bases

Im Anschluss an diese Bestandsaufnahme der strategischen Ausrichtung und militärischen Fähigkeiten Chinas widmete sich Jun.-Prof. Dr. Martin Wagener der Thematik „Gegenmachtbildung? Militärische Aspekte der China-Politik der USA“. Nach einer Beschreibung des Prozesses der Gegenmachtbildung identifizierte Wagener zunächst die relevanten Interessenkonflikte der beiden Länder. So nannte er den allgemeinen Streit um die Vorherrschaft in Ostasien und die divergierenden Einstellungen zu Taiwan, das von Peking als „abtrünnige Provinz“ betrachtet, von Washington dagegen mittels Waffenlieferungen unterstützt werde.

Des Weiteren trügen die unterschiedlichen Positionierungen in Bezug auf die Koreanische Halbinsel und die pazifischen Randmeere zum gegenseitigen Misstrauen bei, das trotz umfassender wirtschaftlicher Verflechtungen wohl auch in Zukunft nicht überwunden werde. Auf amerikanischer Seite spiegele sich dieses Misstrauen deutlich in strategischen Dokumenten und Aussagen zentraler Entscheidungsträger wider, die zeigten, dass die Entwicklung der Volksbefreiungsarmee als größte militärische Bedrohung Ostasiens wahrgenommen werde.

Um für den Fall einer möglichen chinesischen Aggression gewappnet zu sein und die eigenen Interessen in der Region zu wahren, ergreife Washington verschiedene Maßnahmen: Neben seinen Bündnissen mit Japan, Südko-

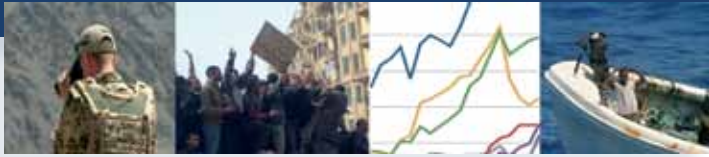
rea, Australien, Thailand und den Philippinen verfüge es über eine Vornepräsenz von ca. 75.000 Soldaten (ohne Hawaii) in der Region. Der Ausbau der Raketenabwehrfähigkeiten sowie die Arbeiten am AirSea-Battle-Konzept erfolgten vor allem vor dem Hintergrund möglicher chinesischer Bedrohungen, insbesondere zunehmender Fähigkeiten in den Bereichen Anti-Access/Area Denial (A2AD). Zudem diversifizierte die USA, dem Konzept der „places, not bases“ folgend, ihr Militäraufgebot in Ostasien und bauten Guam als Ausweichbasis u.a. für den Fall aus, dass man die Stützpunkte in Nordostasien verliere.



Dr. Martin Wagener, der die Juniorprofessur für Politikwissenschaft / Internationale Beziehungen an der Universität Trier inne hat, bei seinem Vortrag.

Insgesamt ähnele die amerikanische Militärpräsenz in der Region einem „Feuerring“, der präventiv um China gelegt werde und den Washington im Konfliktfall auch durchaus zu aktivieren gewillt sei. Die Entsendung zweier Flugzeugträgergruppen im Zuge der Taiwan-Krise 1995/1996 oder der militärische Geleitschutz für die USNS Impeccable im März 2009 seien laut Wagener als Machtdemonstrationen zu lesen. Ebenso müsse die Erklärung Washingtons vom Herbst 2010, der Bündnisvertrag zwischen den USA und Japan beziehe sich auch auf die Senkaku-/Diaoyu-Inseln, als Warnung an China verstanden werden. Angesichts des beschriebenen Ausbaus der ameri-

Chinas Aufstieg



kanischen Militärpräsenz in der Region sowie des demonstrierten amerikanischen Willens, im Falle einer chinesischen Aggression einzuschreiten, kam Wagener zu dem Fazit, die USA betrieben Gegenmachtbildung gegenüber dem Reich der Mitte.

Wenngleich ökonomische Interdependenzen einem Konfliktausbruch vorbeugten, so erzeugten sie doch kein gegenseitiges Vertrauen. Washington bereite sich auf einen potentiellen militärischen Schlagabtausch mit der Volksrepublik vor und stehe somit in einem Wettrüsten mit dem Konkurrenten.

Russland und China

Im dritten Panel fokussierte Dr. Saskia Hieber von der Akademie für Politische Bildung in Tutzing in ihrem Vortrag einen weiteren Teilaspekt der Leitfrage der Konferenz. Unter dem Titel „Zwischen Rüstungsexporten und langfristigen Sorgen: Militärische Aspekte der China-Politik Russlands“ stellte sie zunächst die sicherheitspolitische Umgebung und den regionalen Kooperationsrahmen beider Mächte vor. Hier hob sie die Bedeutung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit hervor, in der die beiden Länder (in Kooperation mit weiteren Mitgliedstaaten) gemeinsam gegen die „drei Übel“ Terrorismus, Separatismus und Extremismus vorgehen. Insgesamt jedoch falle die russisch-chinesische Kooperation aufgrund der sehr unterschiedlichen Interessenlagen eher instabil und selektiv aus, so dass sie nur punktuell zu beobachten sei, beispielsweise im gemeinsamen Aufbegehren gegen das Hegemoniestreben der USA, in der Terrorismusbekämpfung oder im UN-Sicherheitsrat.

Russische Rüstungsexporte – mit Russland als wichtigstem Rüstungslieferanten Chinas – spielten weiterhin eine wichtige Rolle im ansonsten geringen wirtschaftlichen Austausch, seien aber lediglich eine Dimension in den

Beziehungen der beiden Länder und daher nicht über zu bewerten. Sie seien keinesfalls ein Anzeichen dafür, dass es zu einem ständigen anti-amerikanischen Bündnis zwischen Russland und China komme – in der Tat sei die Chance auf eine solche Allianz eher gering. Vielmehr sei das bestimmende Motiv in der Rüstungsexportpolitik Russlands die Erhaltung der eigenen Industrie. Wie auch das Kooperationspotential sei die russisch-chinesische Konfrontationsgefahr, dem verbreiteten gegenseitigen Misstrauen zum Trotz, ebenfalls gering. Konkurrenz existiere zwar in Bezug auf den Zugang zu südlichen Häfen, die militärische Präsenz im westlichen Pazifik oder den Waffenhandel; dennoch blieben die Vereinigten Staaten für beide Mächte die größte sicherheitspolitische Herausforderung. Auf die Leitfrage Bezug nehmend erklärte Dr. Hieber in ihrem Fazit, im Falle der Beziehungen zwischen Russland und China könne nicht von einem Wettrüsten gesprochen werden. Weder in Moskau noch in Peking nehme man den Nachbarn als Bedrohung wahr oder treffe militärische Maßnahmen gegen ihn; stattdessen kämpften die Länder mit den jeweils eigenen innenpolitischen Herausforderungen. So sei Russland mit seiner Armeereform und Georgien beschäftigt, während die Volksrepublik um wirtschaftliche und politische Stabilität ringe. Laut Dr. Hieber finde ein Wettrüsten zu Lande oder Luft in Asien folglich nicht statt; als Wettrüsten könne man höchstens die Bestrebungen der Mächte im Weltraum und Cyberspace betrachten.

Japan und China

Im vierten Panel referierte Dr. Alexandra Sakaki von der Universität Duisburg-Essen zum Thema „Zwischen Modernisierung der SDF und der Allianz mit den USA: Militärische Aspekte der China-Politik Japans“. Die Politikwissenschaftlerin stellte zunächst dar, wie Chinas

Aktuelle Herausforderungen

Aufrüstung der Volksbefreiungsarmee und seine undurchsichtigen militärischen Absichten in Japan große Besorgnis erregten. Diese Sorge habe ein solches Ausmaß erreicht, dass sie sich immer expliziter in strategischen Dokumenten, beispielsweise im „Diplomatischen Blaubuch 2011“, äußere.

Mit dem bisherigen „stillen Wettrüsten“, in dem Tokio Nordkorea als Rechtfertigung seiner Verteidigungsanstrengungen genutzt habe, sei es nach dieser eindeutigen Benennung der chinesischen Bedrohung nun folglich vorbei. Aufgrund sowohl quantitativer als auch qualitativer Änderungen der Ereignisse im Ostchinesischen Meer (wie der chinesischen Manöver nahe der Senkaku-/Diaoyu-Inseln) überrasche es nicht, dass Japans strategische Neuausrichtung Maßnahmen (wie die Verstärkung des Militäraufgebots auf Okinawa und den Nansei-Inseln) beinhalte, die als Reaktion auf Pekings Militärpolitik zu verstehen seien. Habe Japan sein Verteidigungsbudget auch in den letzten zehn Jahren um fünf Prozent beschnitten, so sei es laut Dr. Sakaki dennoch daran interessiert, seine militärischen Fähigkeiten zu steigern und das Bündnis mit den USA zu stärken.

Weiterhin sei Japan daran gelegen, einer Destabilisierung der Beziehungen mit der Volksrepublik im Zuge eines Wettrüstens entgegenzuwirken. Es fahre daher eine zweigleisige Strategie der Stabilisierung: Zum einen strebe es nach einer Einbindung Chinas und nach einer Verbesserung der diplomatischen Beziehungen, was sich an der Initiierung eines Dialogs zwischen Verteidigungsexperten der beiden Länder sowie der Gründung einer gemeinsamen Schulbuchkommission ablesen lasse.

Trotzdem fielen die Ergebnisse dieser Bemühungen eher bescheiden aus. Zum anderen versuche Tokio, durch glaubwürdige Abschreckungsfähigkeit eine Machtbalance herzustellen. Dabei setze man weiterhin auf die in der

Verfassung verankerte „minimal nötige Verteidigungsfähigkeit“ – nicht zuletzt auch, um eine Provokation Pekings zu vermeiden. Gleichzeitig werde die Präsenz der USA als wertvolles Kollektivgut betrachtet, auf das man keinesfalls verzichten wolle; 79 Prozent der Japaner fürchteten gar, der Abzug der USA könne ein sino-japanisches Wettrüsten auslösen.

Nach der Einschätzung, dass nach der japanischen Dreifachkatastrophe vom 11. März 2011 (Erdbeben, Tsunami, Reaktorprobleme) weitere Einsparungen im Verteidigungsetat zu erwarten seien, schloss Dr. Sakaki ihren Vortrag mit folgendem Fazit: Beim Wettrüsten zwischen Peking und Tokio handle es sich, erstens, nicht mehr um ein „stilles Wettrüsten“. Zweitens gebe es durchaus Anzeichen dafür, dass Japan direkt auf die Aufrüstung und Provokationen der Volksrepublik reagiere, was jedoch drittens – aufgrund der beschriebenen Strategie der Stabilisierung, japanischer Haushaltsengpässe sowie der engen wirtschaftlichen Verflechtungen der beiden Länder – nicht dazu führen müsse, dass das Wettrüsten außer Kontrolle geraten werde.

Vom Bhai über Bye zu Buy

Im fünften und letzten Panel beleuchtete Dr. Christian Wagner, Forschungsgruppenleiter Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik, die Leitfrage mit Blick auf Indien. In seinem Vortrag „Feind Nr. 1? Militärische Aspekte der China-Politik Indiens“ beschrieb er zunächst den Aufstieg Indiens und seine globale Bedeutung.

Er bezeichnete das Land als einen der Gewinner der neuen internationalen Ordnung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und wies darauf hin, dass sich Indien selbst als Großmacht wahrnehme und dementsprechend seine Politik gestalte. Anschließend erläuterte er anhand von drei Phasen den Übergang vom Konflikt zur Kooperation der beiden Län-

Chinas Aufstieg



der: In den fünfziger Jahren habe Indien nicht nur als Modell für die Zukunft der Dritten Welt gegolten, sondern trotz Streitigkeiten in Tibet und ungeklärter Grenzfragen auch versucht, China in die internationale Gemeinschaft zu integrieren. Diese Phase versah Wagner mit dem Label „Bhai Bhai“ („bhai“: Bruder). Mit der homophonen, doch inhaltlich gegensätzlichen Bezeichnung „Bye Bye“ benannte Wagner die darauffolgende Phase von 1960 bis 1988, die vom Grenzkrieg 1962, Chinas Unterstützung von Pakistan und dem Aufstieg der Volksrepublik gekennzeichnet gewesen sei. Seit 1989 befänden sich die Länder schließlich in einer Phase enger wirtschaftlicher Verflechtungen, welche die politischen Konflikte in den Hintergrund rückten („Buy Buy“).

Das Reich der Mitte sei der wichtigste Handelspartner Indiens, so dass man dort, ungeachtet der Streitigkeiten um die strategisch wichtige Region Arunachal Pradesh, nicht mehr unter der „China Fear“ leide und ein klares Feindbild habe, sondern vielmehr vom „China Fever“ befallen sei. Die Modernisierung der indischen Streitkräfte sei nicht gegen die Volksrepublik, sondern gegen Pakistan gerichtet, das weiterhin maßgeblich die Sicherheitspolitik Indiens bestimme. Sollte sich Indien auch bei seinen Rüstungsanstrengungen an China orientieren, könne von einem Wettrüsten demnach dennoch nicht die Rede sein.

Konflikte bei Themen wie der Grenzfragen, des chinesisch-pakistanischen Verhältnisses und der Energiebeschaffung seien zwar vorhanden. Doch dass sich Indien auf einen Rüstungswettlauf einlasse, bleibe auch in Zukunft unwahrscheinlich: Zum einen hinke das Land, was den technologischen Stand seiner Rüstung angehe, zehn bis zwanzig Jahre hinter der Volksrepublik her und erhöhe seine Rüstungsausgaben (zurzeit 2-3 Prozent des BIP) im Vergleich zu China nur langsam.

Überdies sei Indien maßgeblich mit der Bewältigung seiner enormen innenpolitischen

Probleme beschäftigt und zudem auf China als Handelspartner angewiesen. Laut Wagner werde die Zukunft der indisch-chinesischen Beziehungen also nicht von einem Wettrüsten bestimmt. Stattdessen sei ein Verhältnis denkbar, in dem die beiden Mächte in einem Nebeneinander von Kooperation, Wettbewerb und Konflikt „business partners, not friends“ blieben.

Spannungsfeld Asien und die Rolle der EU

Zahlreiche weitere interessante Aspekte wurden in den Diskussionen im Plenum, moderiert von Shi Ming und Dr. Stefan Friedrich, angesprochen. So erklärte Brigadegeneral Hans-Werner Wiermann auf eine Rückfrage hin, die Volksrepublik werde ab 2012 zwar einen Flugzeugträger besitzen. Ungewiss aber bleibe, ob sie ihn auch werde einsetzen können, da es dazu zahlreicher weiterer Einheiten bedürfe, über die sie nicht verfüge. Auch hier werde das Reich der Mitte in nächster Zukunft also nicht mit den USA gleichziehen können. Jun.-Prof. Dr. Martin Wagener gab auf die Frage nach einem geänderten diplomatischen Verhalten Chinas die Einschätzung ab, die Charme-Offensive sei 2010 in der Tat abgeflacht, so dass es in der Region wieder verstärkt zu Forderungen nach amerikanischer



Shi Ming, Journalist der Deutschen Welle moderierte die Trierer China-Gespräche.

Aktuelle Herausforderungen

Präsenz komme. Es sei daher ein grober strategischer Fehler der Volksrepublik, Besitzansprüche in den pazifischen Randmeeren offensiv zu verfolgen.

Als sich ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes nach der Rolle Europas in Asien erkundigte, stellte Wagener fest, die EU sei dort kein wichtiger Akteur. Trotzdem nähmen auch europäische Entscheidungen Einfluss auf das Wettrüsten in Asien, wie es das Beispiel von Deutschlands Werben für den Export des Eurofighters nach Indien veranschauliche.

In der an Dr. Saskia Hiebers Vortrag anschließenden Fragerunde wurde auf weitere Komplexitäten im russisch-chinesischen Verhältnis hingewiesen: Man erfuhr, dass die Demokratie Indien immer vor China mit der neuen Generation russischer Rüstung beliefert werde. Zudem komme es auch aufgrund des russischen Verhaltens Vietnam oder der NATO gegenüber immer wieder zu Spannungen.

Nach dem Vortrag von Dr. Alexandra Sakaki wurde hervorgehoben, seit Ende des Kalten Krieges herrsche in allen japanischen Parteien Konsens hinsichtlich verteidigungspolitischer Fragen wie dem Bündnis mit den USA und der Stabilisierungsstrategie gegenüber China. Zudem bejahte die Referentin die Vermutung, die 2009 erfolgte Indienststellung des ersten Helikopterträgers der Hyuga-Klasse sei unter anderem als Reaktion auf die zunehmende chinesische Bedrohung der regionalen Seewege zu verstehen.

Auslöser und Reaktion

In seinem Schlusswort kam Jun.-Prof. Dr. Martin Wagener abschließend noch einmal auf die übergeordnete Leitfrage der Konferenz zu sprechen: Lassen sich konkrete militärische Reaktionen regionaler Großmächte auf den Ausbau der Fähigkeiten der chinesischen Streitkräfte nachweisen?

Wenngleich sich gezeigt habe, dass man

diese Frage größtenteils bejahen könne, so stieße man doch auf definitorische Probleme. Wagener schlug in seinem Definitionsversuch vor, ein Wettrüsten sei der Versuch von Staaten, Machtprojektionsfähigkeiten konkurrierender Konfliktparteien durch Beschaffung defensiver oder offensiver Rüstungsgüter gezielt zu neutralisieren bzw. durch Aufbau eigener Machtprojektionsfähigkeiten gezielt zu übertrumpfen.

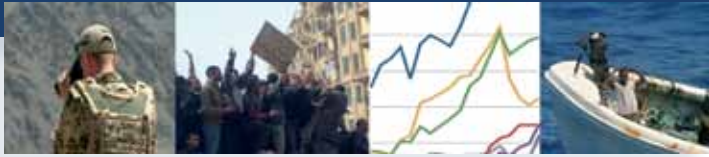
Eine schwache Form des Wettrüstens liege vor, wenn sich zwei Staaten trotz verschiedener Formen der Zusammenarbeit langfristig nicht vertrauten und daher mit Blick auf die Machtprojektionsfähigkeiten des anderen das eigene Fähigkeitsprofil ausrichteten. Gleichzeitig schränkte er ein, Staaten, die ihre Streitkräfte mit Blick auf eine unsichere Zukunft modernisierten, nähmen nicht zwangsläufig an einem Rüstungswettlauf teil. Folge man dieser Definition, dann sei es durchaus zutreffend, von einem Wettrüsten in Asien zu sprechen.

Als weitere Schwierigkeit bei der Beantwortung der Leitfrage komme allerdings hinzu, dass man nicht immer eindeutig bestimmen könne, ob das Reich der Mitte der Auslöser des Rüstungswettlaufes sei oder selbst nur auf Rüstungsanstrengungen anderer regionaler Großmächte reagiere. Unbestreitbar aber bleibe, dass Asien aus der Weltpolitik nicht mehr wegzudenken sei. Obschon momentan noch die Welt der Globalisierung die Oberhand auf dem größten Kontinent habe, so tue ein sicherheitspolitischer Dialog doch Not. Einen Beitrag zu ebendiesem leisteten die Trierer China-Gespräche.

Homepagehinweis

Ausschnitte der Vorträge und Diskussion finden Sie als Audio- bzw. Videostream auf unserer Homepage www.baks.bund.de.

Kinder in bewaffneten Konflikten



Expertenworkshop

Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten

Dr. Roman Schmidt-Radefeldt

Am 24. und 25. Mai 2011 fand an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sowie dem Fürstentum Liechtenstein ein Experten-Workshop in englischer Sprache zum Thema „The Impact of the UN-Security Council on the Protection of Children in Armed Conflict“ statt.

Die Thematik des Workshops ging inhaltlich bewusst über die Problematik von „Kindersoldaten“ hinaus. Vielmehr nahm sie die spezifischen Bedrohungen von Kindern und Verbrechen gegen Kinder in bewaffneten Konflikten insgesamt in den Blick, welche Gegenstand eines besonderen völkerrechtlichen Schutzmechanismus auf UN-Ebene sind. Zu den sechs Haupt-Verbrechen gegen Kinder in bewaffneten Konflikten, die allesamt als Kriegsverbrechen geahndet werden, zählen die Tötung und Verstümmelung von Kindern, die Rekrutierung von Kindersoldaten, der Angriff auf Schulen, die Verweigerung humanitärer Hilfe für Kinder sowie die Entführung von Kindern und sexuelle Gewalt gegen Kinder. Besondere Aktualität hatte die Workshop-Thematik im Hinblick auf die Rolle Deutschlands, das derzeit den Vorsitz in der Arbeitsgruppe „Children and Armed Conflicts“ im UN-Sicherheitsrat übernommen und damit gewisse Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen des UN-Schutzmechanismus hat. Entsprechend breit angelegt waren die fachlichen Panels des Workshops: Neben Fragen der Implementierung völkerrechtlicher Normen sowie den Initiativen und Instrumenten des Sicherheitsrats ging es auch um die Wirkungen und Herausforderungen des UN-Mechanismus in Konfliktgebieten. Ziel des Workshops war es, Experten aus Ministerien, Wissen-

schaft, Zivilgesellschaft und Durchführungsorganisationen zu einem vertraulichen und konstruktiven Erfahrungsaustausch zusammenzubringen und dadurch die Kooperation der verschiedenen Akteure auf diesem Gebiet zu stärken. Die Ergebnisse dieses Workshops lieferten fachlich abgestimmte Impulse für die deutschen Initiativen im Sicherheitsrat und konnten damit zur Politikberatung beitragen.

Reintegration von Kindersoldaten

Den Auftakt des Workshops bildete eine keynote speech von Ralf Willinger, dem Kinderrechtsexperten von Terre des Hommes



Einladungsplakat zur Filmvorführung „Ana's Playground“

Aktuelle Herausforderungen

und Koordinator des Deutschen Bündnisses gegen Kindersoldaten. Willinger gab einen breiten Überblick über die Situation von Kindersoldaten in den verschiedenen Konfliktregionen Afrikas und Asiens. Weltweit gebe es ca. 250.000 – 300.000 Kindersoldaten, neuerdings auch in Libyen; mehr als eine Milliarde Kinder seien von Krieg und bewaffneten Konflikten betroffen. Willinger informierte über Ansätze völkerstrafrechtlicher Verfolgung von Kriegsverbrechern und War Lords, die Kindersoldaten rekrutiert hätten und verwies dabei auf aktuelle Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag (etwa gegen den kongolesischen Rebellenführer Lubanga) aber auch vor nationalen Gerichten. In Stuttgart sei gerade der Prozess gegen den Rebellenführer Murwanashyaka eröffnet worden, der aus Mannheim per Handy und E-Mail Gräueltaten der ruanderischen Befreiungsmilizen FDLR im Ostkongo befohlen haben soll. Willinger informierte weiter über Ansätze der Reintegration ehemaliger Kindersoldaten sowie über die „Rote-Hände-Kampagne“ des Deutschen Bündnisses gegen Kindersoldaten. Schließlich ging er noch auf den sogenannten Schattenbericht zu Kindersoldaten ein, der im Auftrag diverser Kinderrechtsorganisationen die Situation in Deutschland analysiert und insofern eine Ergänzung zum offiziellen Staatenberichtsverfahren zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes (bzw. zum Fakultativprotokoll betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten) darstellt.

Schutz durch das Völkerrecht

Das erste Panel, das sich mit Fragen des Völkerrechts und dessen Umsetzung befasste, wurde von der Sonderbeauftragten des UN-

Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, Radhika Coomaraswamy, moderiert. Zunächst referierte Prof. Dr. Matthew Happold von der Universität Luxemburg über die rechtlichen Grundlagen von Kinderrechten und dem Verbot der Rekrutierung von Kindersoldaten im Bereich der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts sowie des internationalen Straf- und Arbeitsrechts. Er wies auf die Vielfalt, das Nebeneinander und auf die teilweise doppelten Standards bei den unterschiedlichen rechtlichen Instrumentarien hin und zeichnete sodann die historische Entwicklung des normativen Rahmens nach. Auch behandelte er das Problem, inwieweit nicht-staatliche Gewaltakteure Adressaten der völkerrechtlichen Verbote sein können. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Schulen in Konfliktgebieten dauerhaft als militärische Waffendepots missbraucht und zweckentfremdet würden, wurde die Frage diskutiert, ob und inwieweit Schulen ein legitimes militärisches Ziel im nicht-internationalen bewaffneten Konflikt sein könnten.

Als zweite Referentin des Panels zum inter-



Radhika Coomaraswamy, UN-Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für „Kinder und bewaffnete Konflikte“

Kinder in bewaffneten Konflikten



nationalen Recht sprach Frau Dr. Vedrana Mladina vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag über die dort anhängigen Verfahren gegen Kriegsverbrecher, denen u.a. die Rekrutierung von Kindersoldaten vorgeworfen wird (z.B. Lubanga). Dabei ging Frau Mladina auch auf die rechtlichen und prozessualen Hürden in den Verfahren ein; so zum Beispiel Beweisschwierigkeiten bei der Altersbestimmung von Kindern, rechtliche Verantwortung in den Befehlsstrukturen.

Dritter Referent auf diesem Panel war Ives Manzanza Lumingu, Gastwissenschaftler von der Universität Kinshasa / Kongo. Er referierte über Gerichtsverfahren gegen diverse Rebellenführer vor nationalen Militärgerichten (z.B. gegen Jean Pierre Biyoyo), über die Umsetzung der völkerrechtlichen Vorgaben im nationalen Recht – die kongolesische Verfassung übernimmt etwa das (strafbewährte) Verbot einer Rekrutierung von unter 18-Jährigen, wie es im Zusatzprotokoll zur UN-Kinderkonvention statuiert wird – sowie über nationale Schritte zum Schutz vor Rekrutierung bzw. Reintegration von ehemaligen Kindersoldaten.

Instrumente der UNO zum Kinderschutz

Der Workshop wurde am nächsten Tag mit dem Panel „The Security Council and the Protection of Children in Armed Conflict: Development and Architecture of the Security Council Resolution 1612 Agenda“ fortgesetzt. Alec Wargo, Program Officer im Büro der Sonderbeauftragten für Kinder und bewaffnete Konflikte, gab einen Überblick über die Entwicklung der Initiativen und Instrumente des Sicherheitsrats im Bereich Kinderschutz in bewaffneten Konflikten. Wichtiges Anliegen war es, die verschiedenen Bereiche, Agenturen

und Büros der Vereinten Nationen, wie z.B. Peacekeeping Operationen, das UN Kinderhilfswerk UNICEF etc., auf definierte Ziele zu fokussieren. Die Resolution 1612 gilt insoweit als Meilenstein. Hier wurden auch erstmals die sechs schweren Verletzungen gegen Kinder festgelegt.

Durch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe im Sicherheitsrat zu Kindern und bewaffneten Konflikten beschäftigt sich nun das oberste Legitimations- und Exekutivgremium der Vereinten Nationen regelmäßig selbst mit dem Thema und kann mit seinen Instrumenten und somit auch dem Sanktionskomitee aktiv werden. Dies ist der große Unterschied zu anderen bestehenden Instrumenten der Vereinten Nationen, die nur beratende Wirkung haben. Des Weiteren wurde ein Monitoring- und Berichtsmechanismus etabliert, der systematisch die Lage der Kinder beobachtet, dokumentiert und in öffentlichen Berichten die schlimmsten Verbrechen anprangert. Dies führte dazu, dass staatliche und nichtstaatliche Konfliktparteien, die Kindersoldaten rekrutieren und benutzen, in jährlichen Berichten des Generalsekretärs an den Sicherheitsrat gelistet werden.

Mit der Resolution 1882 aus dem Jahr 2009 fügte der Sicherheitsrat auch das Töten und Verstümmeln von Kindern sowie Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt gegen Kinder als Prioritäten seiner Arbeit hinzu. Auch für diese Bereiche wurden nun gemeinsame Aktionspläne der Vereinten Nationen und der Konfliktparteien beschlossen, um die Verletzungen dieser fundamentalen Kinderrechte zu stoppen. Denn mit diesen Aktionen sollen vor allem das Verhalten der Staaten und nichtstaatlichen Gewaltakteure verändert werden. Zusätzlich wurde der Informationsaustausch zwischen der Arbeitsgruppe und dem Sankti-

Aktuelle Herausforderungen

onskomitee verstärkt, um gegen persistente Menschenrechtsverbrecher mit Sanktionen vorgehen zu können.

Modell Kinderschutz

Ralph Schröer, der für Deutschland der Arbeitsgruppe des UN-Sicherheitsrats „Kinder und bewaffnete Konflikte“ vorsitzt, referierte zur Bedeutung des Vorsitzes für Deutschland: Das „Modell Kinderschutz“ fungiert als Vorbild für andere Opfer- und Menschenrechtsverletzungen wie z.B. sexuelle Gewalt in Konflikten – ein Thema, das mit der Sicherheitsratsresolution 1760 im Dezember 2010 neue Bedeutung gewonnen hat. Die Arbeitsgruppe kommt alle zwei Monate zu formalen Treffen zusammen, an denen die jeweiligen Botschafter teilnehmen. Zu den Aufgaben der Arbeitsgruppe gehören die Verhandlung und die Verabschiedung von Schlussfolgerungen des Sicherheitsrats zu den Länderberichten der Vereinten Nationen sowie die Briefe mit Empfehlungen an den UN-Generalsekretär, den Vorsitz des Sanktionskomitees oder die Konfliktparteien. Eine weitere wichtige Funktion der Arbeitsgruppe ist es sicherzustellen, dass das Thema Kinderschutz auch in andere Dokumente und Resolutionen des Sicherheitsrats Einzug hält und richtig repräsentiert wird. Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen in der Weiterentwicklung und Umsetzung des Monitoring- und Berichtsmechanismus der Vereinten Nationen stellte Eva Smets vom Dachverband Watchlist dar. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind zum einen wichtige Umsetzungspartner der Vereinten Nationen in den Konfliktländern, wo sie mit eigenen Berichten auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam machen. Zum anderen sind

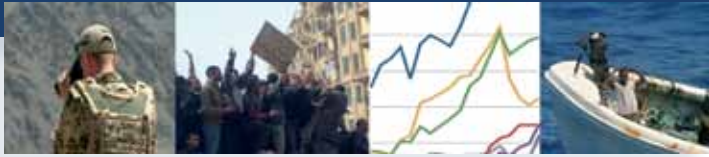
Netzwerke der Zivilgesellschaft wie Watchlist (bestehend aus Mitgliedsorganisationen wie Human Rights Watch, World Vision, Save the Children, Care, Norwegian Refugee Council und International Rescue Committee) wichtige Initiatoren und Advokaten für das Thema Kinderschutz auf der internationalen politischen Bühne. Eva Smets zeigte auf, wie der Monitoring- und Berichtsmechanismus in den Konfliktländern, aber auch auf globaler Ebene in den verschiedenen Gremien funktioniert. Über viele Verletzungen könnte allerdings mangels UN-Personal vor Ort noch nicht berichtet werden.

Engagement in Afghanistan

Im nächsten Panel berichteten Moni Shrestha vom nepalesischen Kinderschutznetzwerk PPCC, Vedasto Nsanzugwanku, UNICEF Sudan, Dee Brillenburg Wurth, Mission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA), und Achim Koch von der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit in der Demokratischen Republik Kongo von der Situation in verschiedenen Konfliktländern. Die Bilanz der Wirkung der Maßnahmen des Sicherheitsrats und der Vereinten Nationen zeigten insgesamt ein gemischtes Bild.

In Konfliktländern wie Afghanistan erweist sich die Informationsbeschaffung betreffend schwere Menschenrechtsverbrechen an Kindern angesichts einer prekären Sicherheitslage vor Ort als große Herausforderung. Hinzu kommt, dass viele der Verbrechen aus Scham, oder weil sie in den Gesellschaften ein Tabu darstellen, von den Opfern nicht angezeigt werden. Als wichtiger Fortschritt der letzten Jahre wird der Aktionsplan der afghanischen Regierung für die Vermeidung von Kindersol-

Kinder in bewaffneten Konflikten



Der Film „Ana's Playground wurde im Beisein des Regisseurs Eric Howell gezeigt.

daten und seine Anhänger zu sexueller Gewalt bewertet. Zur besseren Umsetzung des Aktionsplans wurde ein Schnellwarnsystem von der afghanischen Armee für diese beiden Verbrechen eingesetzt.

Eine der Hauptaufgaben des Kinderschutzprogramms der UNAMA ist es, die afghanische Regierung bei der Umsetzung des vereinbarten Aktionsplans zu unterstützen. Dies geschieht z.B. durch Training und Ausbildung von Regierungsstellen, die für die Umsetzung des Aktionsplans verantwortlich sind. Auch andere Akteure wie ISAF, religiöse Führer, Menschenrechtsakteure und die Zivilgesellschaft sind wichtige Partner beim Versuch, gravierende Menschenrechtsverletzungen gegen Kinder zu verhindern.

Obwohl sich die sudanesischen Armee sowie nicht-staatliche Gewaltakteure seit Jahren dazu verpflichtet haben, schwere Verletzungen von Kinderrechten zu vermeiden und zu verfolgen, wird immer wieder von neuen Rekrutierungen von Kindersoldaten berichtet. Die Anzahl von Kindern ist vor allem bei sudanesischen Binnenvertriebenen und Flüchtlingen

groß, die wegen Krieg und Gewalt ihre Heimat verlassen mussten. Darüber hinaus haben viele Kinder auf der Flucht den Kontakt zu ihren Eltern und Familienangehörigen verloren und sind auf sich alleine gestellt. UNICEF versucht in dieser schwierigen Lage, die relevante Gesetzgebung, Politik und Maßnahmen zu unterstützen. Des Weiteren werden Verhandlungen sowohl mit der sudanesischen Armee und den nicht-staatlichen Gewaltakteuren geführt, um auf schwere Verletzungen hinzuweisen.

Partnership for Protecting Children in Armed Conflict

Am Beispiel von Partnership for Protecting Children in Armed Conflict machte Moni Shrestha deutlich, welche wichtige Rolle lokale zivilgesellschaftliche Organisationen in Konfliktländern bei dem Berichtsmechanismus des Sicherheitsrats spielen. Seit die „Task Force on monitoring and reporting“ (Arbeitsgruppe zu Monitoring und Berichterstattung) im November 2005 eingesetzt wurde, berichten lokale Nichtregierungsorganisationen regelmäßig und institutionalisiert zusammen mit internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen und UN Agenturen vor Ort wie UNICEF, dem UN Hochkommissariat für Menschenrechte OHCHR, dem UN Flüchtlingshilfswerk UNHCR und dem UN Büro für die Koordination humanitärer Hilfe OCHA über die Situation der Kinderrechte in Nepal. In Nepal wurden außerdem zur Verbesserung des Monitoring- und Berichtsmechanismus wichtige Schritte unternommen: z.B. Ausbildung und Training, die Entwicklung von gemeinsamen Berichtsformen und -standards, die Einsetzung eines formalen Referenzmechanismus, Risikoanalysen sowie die Anpassung und Weiterentwicklung der Aufgabenbeschreibung nach einer

Aktuelle Herausforderungen

Evaluierung des Mechanismus. Obwohl die schwierige politische Lage funktionierende Rechenschaftsmechanismen im Moment unmöglich machen, gab es einige Erfolge zu berichten: So konnte z.B. nicht nur mit der Regierung, sondern auch mit den maoistischen Rebellen UCPN ein Aktionsplan verhandelt und unterzeichnet werden.

Reintegrationsprogramm im Kongo

Achim Koch stellte ein erfolgreiches Kinder-Reintegrations-Programm vor, bei dem die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in einem sehr schwierigen politischen und sozialen Umfeld im Osten der Demokratischen Republik Kongo die langfristige und nachhaltige soziale Reintegration von betroffenen Kindern fördert. Hierbei werden durch Bildungs- und Berufsausbildungsprogramme sowie durch psycho-soziale Projekte, die sich an lokalen Methoden orientieren, Kinder eingebunden, die durch die bewaffneten Konflikte zu Opfern wurden. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei auch auf Mädchen gerichtet, die unter sexueller Gewalt leiden mussten. Da diese Mädchen aus Angst vor Ausgrenzung und gesellschaftlichem Stigma über die Gewalt nicht sprechen, stellt allein die Identifikation und Einbindung der Opfer in die Programme ein großes Problem dar. Das Reintegrationsprogramm läuft sehr erfolgreich. Bisher ist z.B. kein einziger Fall von Wiederrekrutierung von ehemaligen Kindersoldaten bekannt.

Bearbeitung im UN-Sicherheitsrat

In einem Abschlusspodium wurde beleuchtet, wie die Arbeitsgruppe im Sicherheitsrat den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten

weiter vorantreiben wird. Eine Gelegenheit, das Thema weiterzuentwickeln, stellte die sogenannte „Open Debate“ (Offene Debatte) zum Kinderschutz in bewaffneten Konflikten im Juli 2011 im VN Sicherheitsrat dar. Der deutsche Vorsitz in der Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats strebte dazu an, neben den bestehenden sechs gravierenden Verbrechen gegen Kinder auch den Tatbestand der systematischen Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser als vierten sogenannten „Trigger“ (d.h. Auslöser für den Berichtsmechanismus) zu etablieren.

Das Interesse der Mitgliedsstaaten und der internationalen Gemeinschaft am Themenfeld Kinderschutz in Konflikten sowie das konstruktive Klima in der Arbeitsgruppe zu erhalten, wurden als eine weitere Hauptaufgabe des Vorsitzes identifiziert.

Zu den Gremien, welche den Vorsitz und die Arbeitsgruppe beraten, gehören zum einen NGOs und NGO-Netzwerke wie Watchlist, aber auch die sogenannte Friends' Group (Freundesgruppe), die sich aus Staaten zusammensetzt, die nicht Mitglied im UN-Si-



John Kon Kelei, ehemaliger Kindersoldat und Co-Initiator des Network of Young People Affected by War (NYPAW)

Kinder in bewaffneten Konflikten



cherheitsrat sind. Diese Staaten führen einen regelmäßigen Dialog mit dem Vorsitz der Arbeitsgruppe und setzen sich dafür ein, dass auch in anderen Dokumenten und Vorhaben des Sicherheitsrates (wie z.B. Mandate für UN Peacekeeping Operations), das Thema Kinderschutz als bedeutendes Querschnittsthema Einfluss findet.

Vertreterinnen und Vertreter der Nichtregierungsorganisationen fordern ähnliche Neuerungen, betonten jedoch vor allem, dass „Angriffe auf Schulen“ als „Trigger“ nicht weit genug gefasst wäre. Angriffe sollten nicht auf physische Gebäude begrenzt werden, sondern müssen als „Angriffe auf Bildung“ weiter gefasst werden. Wichtig seien in diesem Zusammenhang auch die Problematik und Gefahren durch die parallele Nutzung von Schulgebäuden durch das Militär. Hierbei würden Schüler und Lehrer als menschliche Schutzschilder missbraucht. Effektive gezielte Maßnahmen (sogenannte „targeted measures“) wie Waffenembargos, das Einfrieren von Vermögenswerten und Einreiseverbote sollten gegenüber persistenten Menschenrechtsverbrechen verstärkt zum Einsatz kommen.

Alles in allem ein Experten-Workshop, der Expertise aus den NGOs vor Ort mit den politischen Entscheidern auf der UN-Ebene, den Verantwortlichen der internationalen Strafgerichtsbarkeit sowie der Wissenschaft zusammenbrachte, Probleme und Herausforderungen identifizierte und Perspektiven sowie Handlungsoptionen für die Politik aufzeigte.

Kindersoldaten – Opfer und Täter?

In der öffentlichen Abendveranstaltung im Historischen Saal der Bundesakademie für Sicherheitspolitik ging es um die Frage: „Kinder-

soldaten – Opfer und Täter?“ Etwa 100 Gäste aus Politik, Verwaltung, Nichtregierungsorganisationen, den Medien und der interessierten Öffentlichkeit waren der Einladung der Bundesakademie gefolgt, die diesen Event als Rahmenprogramm zum Expertenworkshop organisiert hatte.

Nach den Grußworten des Vizepräsidenten der BAKS, Dr. Thomas Kurz, Prinz Stefan von und zu Liechtenstein und dem Botschafter Dr. Georg Birgelen vom Auswärtigen Amt folgten die Ansprachen von John Kon Kelei, einem früheren Kindersoldaten der Sudan People's Liberation Army (SPLA) sowie von der Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, Frau Radhika Coomaraswamy.

Herr Kelei, der nach seiner Reintegration eine bemerkenswerte Karriere als Jurist in den Niederlanden gemacht hat, engagiert sich heute für ehemalige Kindersoldaten in dem von ihm mitbegründeten Network of Young People Affected by War. Während Herr Kelei über seine persönlichen Erlebnisse als Kindersoldat reflektierte, berichtete Frau Coomaraswamy von den Stärken und Schwächen des Berichts- und Kontrollmechanismus der Vereinten Nationen zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten auf der Grundlage der UN-Resolution 1612.

Im Anschluss an die Ansprachen wurde nach einer kurzen Einführung durch den Regisseurs Eric D. Howell der Oscar-nominierte Kurzfilm „Ana's Playground“ gezeigt. Der emotional sehr aufrührende Film ist eine Allegorie über Kinderspiel und Krieg, über Brutalität und Menschlichkeit sowie über Kinder und Kindersoldaten als Opfer und Täter. Beim anschließenden Empfang konnte mit dem Regisseur über sein Werk diskutiert werden.

Die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands



Die Bedeutung politischer Handlungsfähigkeit innerhalb der Weltgemeinschaft fordert Willen, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit. Bei der Schuldenkrise 2011 konnte beobachtet werden, dass gerade aus europäischen Partnerstaaten, so zum Beispiel durch den polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski, Forderung aufkamen Deutschland solle aufgrund seiner Wirtschaftsmacht eine Führungsrolle übernehmen. Voraussetzung dafür ist Handlungsfähigkeit. Die Akademie hat sich im vergangenen Jahr verstärkt mit dem Thema der Handlungsfähigkeit auseinandergesetzt und einen Dialog begonnen, der sich aus unterschiedlichen Perspektiven den Erwartungen und Möglichkeiten der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands näherte. Ein weiteres Feld, das aufgrund seiner rasanten Entwicklung eine Stärkung der Handlungsfähigkeit verlangt, ist das Thema Cyber-Sicherheit. Dazu wurde an der BAKS die „Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland“ mit Experten und Führungskräften diskutiert.

Sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit



Fachtagung

Die Cyber-Sicherheitsstrategie Deutschlands

Dr. Wolfgang-Christian Fuchs

Mit der Kriminalität und Gefahren im Cyberraum befassten sich Experten und Führungskräfte aus Wirtschaft und Verwaltung in einer Veranstaltung am 6. und 7. April 2011 in der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Im Vordergrund stand dabei die kurz zuvor vom Bundeskabinett verabschiedete „Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland“. Behandelt wurden aber die Aktivitäten von EU, NATO, OSZE und anderen Organisationen zum Schutz des Cyberraums.

Die Kriminalität ist weiterhin hoch: Jede Sekunde zwei neue Schadprogramme, jede Minute zwei gestohlene Identitäten, über 2.000 erkannte Angriffe mit Spionagehintergrund im Jahr 2010 auf den Informationsverbund Berlin-Bonn (IVBB), an den ca. 30.000 Computer-Arbeitsplätze von Bundesbehörden angeschlossen sind, ein Viertel aller kleinen und mittleren Unternehmen sowie Großunternehmen in den letzten drei Jahren Opfer von elektronischen Angriffen. Was unternehmen staatliche Behörden gegen diese neue Kriminalität?

Ansprechpartner für den Bürger, die Wirtschaft, die öffentliche Verwaltung und auch für Hersteller von IT-Produkten ist zuerst das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) mit seinen über 500 Informatikern, Physikern, Mathematikern und anderen Mitarbeitern. Ein Vertreter dieser Behörde gab einen umfassenden Überblick über die aktuellen Möglichkeiten des BSI aber auch über die Notwendigkeit, auf mehreren Ebenen vorzugehen; dazu gehört auch eine noch stärkere Sensibilisierung von kleinen und mittleren Unternehmen für diese Gefahren.

Phishing, digitale Schutzgelderpressung und Identitätsdiebstahl spielen nach dem Vortrag

eines Mitarbeiters des Bundeskriminalamts eine besondere Rolle. Die Bekämpfung werde auch dadurch erschwert, dass offenbar viele Straftaten gegen die Wirtschaft von dieser aus Sorge um die eigene Reputation nicht angezeigt werden. Ein Bankenvertreter warnte vor der Illusion einer 100-prozentigen Sicherheit. Realistisch sei die Definition und Umsetzung eines für die jeweiligen individuellen Bedürfnisse „angemessenen Sicherheitsniveaus“. Mit der „Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland“, die ein Vertreter des Bundesinnenministeriums vorstellte, sollen diese Angriffe wirksamer bekämpft werden. Zu ihr gehören insbesondere eine Verbesserung kritischer Informationsinfrastrukturen durch eine engere strategische und organisatorische Zusammenarbeit, die Akteursvernetzung in einem neuen Cyber-Abwehrzentrum sowie eine Harmonisierung des Strafrechts auf der Grundlage der Convention on Cyber Crime im Bereich der internationalen Zusammenarbeit.

Cybersicherheit im internationalen Rahmen

Die Aktionsfelder von internationalen Organisationen und Foren wie beispielsweise G8, Europarat und OSZE auf dem Gebiet der Cybersicherheit sind zahlreich, wie ein Diplomat des Auswärtigen Amtes erläuterte. Die Bundesregierung bringt dabei die deutschen Interessen sowohl durch Mitarbeiter aus der Zentrale als auch durch Cyber-Beauftragte bei den deutschen Auslandsvertretungen ein.

Darstellungen über das Cyber Defence Concept der NATO vom März 2011 und über die Beratung der EU zu Cyber-Sicherheit durch die 2004 gegründete EU-Agentur ENISA (European Network and Information Security Agency) rundeten die Veranstaltung ab.

Aktuell 2011

Die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands

Walter Schweizer & Ursula Blanke

Am 26./27. August 2011 fand im Historischen Saal der Bundesakademie die Traditionsveranstaltung „Aktuell“ statt. Sie schloss unmittelbar an den Festakt zur Verabschiedung von Generalleutnant a.D. Kersten Lahl aus dem Amt des Präsidenten und der Einführung seines Nachfolgers Dr. Hans-Dieter Heumann an.

Unter der Überschrift „Sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ wurden die deutschen Interessen in den Vereinten Nationen und in der NATO einer – teils kontroversen – Betrachtung unterzogen. Auch die künftige Ausgestaltung deutscher Sicherheitspolitik war Gegenstand des Austauschs mit Experten aus Politik und Wissenschaft.

Die hochrangig besetzten Panels waren so konzipiert, dass jeweils eine Innen- und eine Außenperspektive gegenübergestellt wurden. Wie ein roter Faden zog sich die Forderung nach einer Vertiefung der EU und einer Neuorientierung der transatlantischen Beziehungen durch die Diskussionen. Außerdem wurde wiederholt auf die Notwendigkeit einer Intensivierung der NATO-Russland-Beziehungen hingewiesen.

Handlungswillen und Verantwortung

Die Teilnehmer waren sich einig, dass Deutschland auf eine beeindruckende Nachkriegsentwicklung zurückblicken könne und heutzutage weltweit sehr hohes Ansehen genieße. Daraus erwachse allerdings auch eine Verantwortung, der Deutschland nicht immer gerecht werde. Es fehle an politischem Hand-



„Botschaftergipfel“: Botschafter Wolfgang Ischinger, Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann und Botschafter a.D. John Kornblum (v.l.n.r.)

lungswillen. Außerdem werde im NATO-Ausland Deutschlands Verlässlichkeit als Bündnispartner infrage gestellt.

Insgesamt müsse die transatlantische Kooperation durch entschlossenes Handeln gestärkt werden, damit sich die USA sicherheitspolitisch nicht weiter zurückzögen. Solidarität, Berechenbarkeit und die Bereitschaft, gemeinsam Lasten zu tragen, seien Voraussetzungen für die Erhaltung der für Deutschland so wichtigen Allianz. Die Bundesrepublik brauche die NATO zur Wahrung ihrer zunehmend weltweiten sicherheitspolitischen Interessen als Europas einzige „world class economy.“ Zudem sei eine intensivere Einbeziehung Russlands unerlässlich.

Bedeutungsverlust des Westens

Auch in Bezug auf die EU forderten die Pannellisten eine engere Zusammenarbeit. Der europäische Staatenbund müsse international geschlossen auftreten und die einzelnen nationalen Interessen den gemeinsamen Zielen unterordnen. Dies beinhalte zum Beispiel die Forderung eines EU-Sitzes im UN-Sicher-

Sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit



heitsrat statt der Sitze Frankreichs und Großbritanniens sowie eine gemeinsame Politik im postrevolutionären Nordafrika. Nur so könne die EU dem relativen Bedeutungsverlust des Westens wirksam entgegentreten.

Ein geeignetes Mittel der effektiven Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik – sowohl für die NATO als auch für die EU – sei die gemeinschaftliche Nut-

zung militärischer Ressourcen („pooling & sharing“). Dies erhöhe die verteidigungspolitische Stärke ohne eine Erhöhung der Budgets. Wichtig sei des Weiteren eine klare Formulierung deutscher (europakompatibler) Interessen, die es dann in eine europäische Sicherheitsstrategie einzubringen gelte.

Karl-Carstens-Preis 2011

Am 26. August 2011 nahm Paul-Elmar Jöris, landespolitischer Korrespondent beim WDR Düsseldorf, im Rahmen der Veranstaltung „Aktuell“ vor ca. 150 Mitgliedern der sicherheitspolitischen Community der BAKS den Karl-Carstens-Preis des Freundeskreises



Paul-Elmar Jöris

entgegen. In seiner Rede beklagte Jöris die abnehmende Qualität der Berichterstattung in den Medien und das allmähliche Schwinden eines investigativen Journalismus. Der Grund dafür liege in den schrumpfenden Budgets der Printmedien.

Die Laudatio hielt Rolf Clement, Korrespondent für Sicherheitspolitik und Mitglied der Chefredaktion beim Deutschlandfunk. Die festliche Preisverleihung fand im Historischen Saal der BAKS statt, jenem bedeutsamen Ort der Unterzeichnung der „2+4-Verträge“, durch die Deutschland seine volle Souveränität erlangte.

Karl-Carstens-Preis

Schon lange wird von Fachkreisen in der Bundesrepublik eine breite Diskussion über sicherheitspolitische Fragen gefordert. Um die Komplexität der Herausforderungen und Zusammenhänge verständlich zu machen, bedarf es jedoch der Vermittlung in den Medien. Daher lobt der Freundeskreis der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in zweijährigem Turnus im Einvernehmen mit Frau Veronika Carstens den Karl-Carstens-Preis der Bundesakademie für Sicherheitspolitik aus. Mit ihm werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die einer breiten Öffentlichkeit die Belange der Sicherheitspolitik nahe gebracht und damit die Arbeit der Akademie flankierend unterstützt haben. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert.

Follow-up SP10/11

Die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands in der Europäischen Union

Ursula Blanke, Michael Summerer & Kerstin Voy

Die internationale Finanzkrise und die Staatsschuldenkrise stellen die Länder Europas vor neue Herausforderungen. In einer Zeit, in der Deutschlands Handlungsfähigkeit vielfach angezweifelt wird, stellen sich Sicherheitsexperten die Frage, was Deutschland in der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Krisensituation tun könnte, um die Kohärenz zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu stärken und ein Auseinanderbrechen in vereinzelte Interessengemeinschaften zu verhindern. Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik reagierte auf die drängenden Fragen mit einer zweitägigen Veranstaltung im Rahmen des Follow-Up der Seminare für Sicherheitspolitik 2010 und 2011, in dem Experten aus Ministerien, Wirtschaft und Wissenschaft über die aktuellen Probleme diskutierten.

Nach der Begrüßungsrede des Präsidenten der Bundesakademie, Dr. Hans-Dieter Heumann, skizzierte der Vizepräsident, Oberst i.G. Rainer Meyer zum Felde, in einer sicherheitspolitischen Tour d'horizon die Anforderungen und Erwartungen, die in der aktuellen Lage von Seiten der Verbündeten und Partner in NATO und EU an Deutschland herangetragen werden. Insbesondere gehe es darum, die „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ zu hinterfragen. Diese werde zwar in der breiten Bevölkerung mit hoher Zufriedenheit quittiert, führe aber zu einer einseitigen Verlagerung der Aufgaben im Bereich Security und Defence auf andere europäische Partner, die alleine nicht in der Lage seien, europäische Handlungsfähigkeit zu garantieren. Deutsch-



Teilnehmer aus den Seminaren für Sicherheitspolitik 2010 und 2011 waren zum Follow-Up geladen.

land müsse ein hohes Interesse daran haben, durch angemessene Beiträge zur Stabilität Europas – wo auch immer diese gefordert seien – das Vertrauenskapital gegenüber den Bündnispartnern zu stärken. Der vernetzte Ansatz solle jedoch nicht aus dem Auge verloren werden: Eine konstruktive zivil-militärische Zusammenarbeit sei weiterhin dringend notwendig.

Erwartungen an die Handlungsfähigkeit Deutschlands in Europa

Die folgenden Vorträge zu verschiedenen Aspekten des Schwerpunktthemas spiegelten in ihrer Bandbreite den umfassenden Ansatz der Sicherheitspolitik wider, für den die Bundesakademie eintritt. Hochrangige Gastredner waren der Beauftragte für Grundsatzfragen der Europäischen Union im Auswärtigen Amt, Dr. Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven, der Europaabgeordnete Elmar Brok sowie der ehemalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Prof. Dr. Norbert Walter.

Sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit



Auch ehemalige Seminarteilnehmer brachten ihre Expertise aus dem diplomatischen, finanzpolitischen, wissenschaftlichen und militärischen Bereich in die Veranstaltung ein. So stellte ein Vertreter der Ungarischen Botschaft die Erwartungen einer Partnernation an die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands dar. Eine Referatsleiterin aus dem Bundesministerium der Finanzen setzte sich mit der Frage auseinander, ob die Politik noch Einfluss auf die Steuerung der Finanzmärkte hat. Eine Mitarbeiterin der Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH, stellte mit Blick auf den deutschen Beitrag Anspruch und Wirklichkeit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegenüber. Ein deutscher Vertreter im EU Military Staff schließlich zeigte Grenzen, aber auch Chancen einer Europäischen Armee auf.

Die Vortragenden knüpften an die aktuelle Diskussion um die Folgen der Schuldenkrise



Dr. Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven

an und stellten Überlegungen an, welche Rolle Deutschland bei der Problemlösung spielen könnte. Der Prozess eines vertieften Zusammengehens der Eurozone müsse angestoßen und vorangetrieben werden, um einer Marginalisierung Europas vor allem im Verhältnis zu den aufstrebenden Mächten im Wirtschaftsraum Asien-Pazifik entgegenzuwirken.

Schuldenkrise

Die Schuldenkrise stellt die Staaten in Europa und weltweit vor existenzielle Fragen und erfordert entschlossenes Handeln auf Seiten der Regierungen. Primäre Aufgabe in Europa ist dabei die nachhaltige Schuldenrückführung. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass nur ein gemeinsames und eng abgestimmtes Handeln der EU-Staaten wirksame Lösungen ermöglicht und Vertrauen zurückgewinnt. Nationale Lösungen sind im Rahmen des hochintegrierten und erfolgreichen europäischen Binnenmarktes ungeeignet, stattdessen müssen nun weitere Integrationsschritte vollzogen werden. So richten sich Maßnahmen nicht nur auf eine kurzfristige Linderung der Krise, sondern auf eine dauerhafte Wachstums- und Zukunftsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraums.

Eine gemeinsame und stabile deutsch-französische Haltung ist eine Grundvoraussetzung, es gilt jedoch alle EU-Staaten aktiv einzubinden. Nur so können die europäischen Errungenschaften dauerhaft gesichert werden, ohne die das politische und wirtschaftliche Gewicht des Kontinents nachhaltig absinken würde. Deutschland kann dabei als Impulsgeber wirken, darf jedoch keinesfalls zu dominant

auftreten. Das Zeitfenster für Entscheidungen in dieser Richtung wird jedoch immer enger. Denn auch wenn die Schuldenkrise nicht schnell zu überwinden ist, müssen schon jetzt die Weichen für langfristige Strukturveränderungen gestellt werden.

Weiterentwicklung der GASP und der GSVP

Die Entwicklung der Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vollzieht sich derzeit nicht auf höchster politischer Ebene, sondern vor allem im Arbeitsbereich. Nach dem wichtigen Schritt der Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), durch den die zusammenwachsende EU ihr Gewicht durch ein gemeinsames Auftreten nach Außen stärkt, gilt es dort Routinen zu entwickeln. Direkt nach seiner Aufstellung mit den Umschwüngen in Nordafrika konfrontiert, erzielt der EAD durchaus diplomatische Erfolge. Diese müssen jedoch stärker kommuniziert werden. Auch die Koordinierung des externen europäischen Auftretens insgesamt muss zur Selbstverständlichkeit werden, wofür beispielsweise harmonisierte Verfahren einen Ansatz bilden.

Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zeigen sich durch die Sparbemühungen der europäischen Staaten sowohl Chancen als auch Risiken. Innerhalb der EU gewinnen Bemühungen zur gemeinsamen Nutzung, Beschaffung und Bereitstellung von Militärressourcen an Fahrt. Noch sind die Schritte auf dem Weg zu einer effizienten und gleichzeitig nachhaltig finanzierbaren Handlungsfähigkeit Europas auf wenige Bereiche, wie beispielsweise die Ausbildung, beschränkt. Eine erhöhte Zusammen-

arbeit in kleineren, homogenen Kerngruppen, kann hierbei eine Lösung bieten. Deutschland, das die Bundeswehr derzeit auch mit Blick auf internationale Verpflichtungen transformiert, könnte hierbei kleineren Partnern strategische Fähigkeiten zur Verfügung stellen und deren Kräfte nachhaltiger miteinbeziehen. Nötig ist zudem auch eine Koordination der europäischen Bemühungen mit denen der NATO, die sich derzeit ebenfalls um multinationale Lösungen bemüht, um die europäischen Kapazitäten zu erhöhen.

Weiterentwicklung Europas

Europa ist ein Erfolgsmodell. Durch die vertiefte Integration und die Erweiterung der Union ist ein Raum der Sicherheit und des Wohlstands entstanden, der anders nicht denkbar wäre. Dennoch fehlen aktuell entscheidene Bekenntnisse zur EU ebenso wie ehrgeizige Initiativen. Ein bedeutender Grund hierfür ist in der mangelnden „Vermarktung“ der europäischen Errungenschaften zu sehen. So verkennen beispielsweise Diskussionen über die Fi-



Der Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Elmar Brok hielt die Dinner Speech zum Thema „Deutsche Europapolitik aus Sicht des Europäischen Parlaments“.

Sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit



finanzierung der EU meist die positiven Effekte des Binnenmarktes. Ein barrierefreier Warenhandel ist beispielsweise ohne die regulativen Tätigkeiten der EU ebenso unmöglich wie die beständige Erhöhung der Innovationskraft der europäischen Wirtschaft, die sich nur im Verbund weltweit behaupten kann.



Dr. Sibylle Lang, IABG

Doch die wirtschaftliche Integration zieht notwendigerweise eine politische Integration nach sich. Eine gemeinsame Währung, gemeinsame Außengrenzen oder gemeinsame Wirtschaftsinteressen müssen auch politisch gemeinsam gesteuert werden. Dennoch zögert die politische Klasse, das Projekt Europa weiter voranzutreiben. Auch die Wirtschaft, die gerade in Deutschland deutlich vom europäischen Binnenmarkt profitiert, wendet sich zunehmend von Europa ab. Das Projekt Europa kann nur wiederbelebt werden, wenn eine tiefergehende politische Union als notwendige Komplementierung zur wirtschaftlichen Union hinzukommt. Als ein Vorbild für weitere Schritte kann dabei die stark föderal organisierte Schweiz dienen. Dort verbindet sich eine handlungsfähige Bundesregierung mit deutlich eigenständigen Kantonen zu einem politisch schlagkräftigen Verbund.

Vernetzung und Strategieentwicklung



Die Vernetzung sicherheitspolitischer Akteure zählt mit zu den Aufgaben, die in dem durch die Ressorts des Bundessicherheitsrates erlassenen Akademiekonzepts festgeschrieben sind. Strategisches Denken wird darin ebenfalls als Kernpunkt der Weiterbildung definiert. Das Vorbereitungsseminar für den Afghanistan-Einsatz ist 2011 zum zweiten Mal durchgeführt worden, um Führungskräfte und Entscheidungsträger einerseits für ihren bevorstehenden Einsatz sicherheitspolitisch weiterzubilden sowie andererseits um die ressort-übergreifende Vernetzung der einzelnen Akteure bereits vor dem Einsatz zu ermöglichen. Zum Aspekt der Vernetzung zählt auch die Fortsetzung des internationalen Dialogs, der 2011 seinen Ausdruck in vielen Besuchen ausländischer Delegationen an der Akademie fand.

Vernetzung und Strategieentwicklung



Staatliche Sicherheitsvorsorge Follow-Up Strategische Risikokommunikation

Dr. Gerd Föhrenbach

Gute Kommunikation kann Missverständnisse verhindern und sogar Leben retten. Amtliche Stellen sollten sich daher professionell mit dem Thema befassen. Strategische Risiko- und Krisenkommunikation war im Jahr 2011 das Schwerpunktthema der Seminarreihe „Staatliche Sicherheitsvorsorge“.

Beim Follow-Up, das die BAKS in Zusammenarbeit mit der Akademie für Notfallplanung, Zivilschutz und Krisenmanagement (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler im Rahmen dieser Seminarreihe alljährlich veranstaltet, wurde das Thema „Strategische Risiko- und Krisenkommunikation“ aufgefrischt und vertieft. Im Mittelpunkt des Follow-Up stand der Bereich Risikokommunikation. Neben einigen theoretischen Grundlagen und relevanten Aspekten des neuen Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes wurden anhand einer Vielzahl von Beispielen die Unterschiede zwischen objektiver Risikobewertung und subjektiver Risiko-



Schlagzeilen eines Jahres

Staatliche Sicherheitsvorsorge Follow-Up

Das Follow-Up richtet sich an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars Staatliche Sicherheitsvorsorge der vergangenen zwei Jahre. Damit soll die Bildung eines Netzwerks gefördert werden. Die Seminarreihe „Staatliche Sicherheitsvorsorge“ steht unter der gemeinsamen Federführung der Bundesministerien des Innern und der Verteidigung sowie des Auswärtigen Amtes. Der Einladung zum Follow-Up in Bad Neuenahr folgen Führungskräfte und Entscheidungsträger aus verschiedenen Bereichen des zivilen und militärischen Krisenmanagements von Bund und Ländern sowie Vertreter der Wirtschaft.

wahrnehmung herausgearbeitet. So forderten in einer Umfrage 75 Prozent der Befragten das Verbot von Dihydrogenmonoxid (auch als Wasser bekannt), offenkundig weil die Bezeichnung einen gefährlichen Stoff suggerierte. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten zentrale Merksätze für den Umgang mit Pressevertretern (z.B. „Kommunikation ist nicht, wie es gemeint ist. Sondern wie es kommt: Wenn Sie nichts sagen, wird es jemand anders tun.“). Ein weiteres Thema waren die vielfältigen Formen von sozialen Medien wie Twitter, Flickr, Blogs und Geo-Mapping. Diese modernen Kommunikationsformen waren vielen Anwesenden kaum bekannt, obwohl die Ereignisse in Nordafrika deren Zuspruch gerade unter jüngeren Menschen unterstreichen.

Referatsleitertagung

Kooperation sicherheitspolitischer Akteure

Gerhard Bahr

Vom 20. - 21. September 2011 führte die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin ein zweitägiges Seminar für Referatsleiter/-innen der Bundesministerien durch, die sich mit sicherheitspolitischen Fragen beschäftigen. Exkursionen zum BMVg und zum Bundeskanzleramt veranschaulichten ressortübergreifende sicherheitspolitische Zusammenhänge und Arbeitsweisen. Diskussionen und Netzwerkbildung zwischen den Teilnehmern aus den Ressorts des Bundessicherheitsrats standen im Zeichen des vernetzten Ansatzes in der Sicherheitspolitik. Denn erst das Verständnis für die Arbeitsfelder und Denkweisen des jeweils anderen Ressorts bilden ein Fundament für gelingende ressortübergreifende Kooperation im Krisenfall.

Sicherheitspolitik aktuell

In seiner Begrüßung hob der Präsident der Bundesakademie, Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann, die Bedeutung des in einer deutschen Tradition stehenden „vernetzten Ansatzes“ für die Sicherheitspolitik hervor. Den Auftakt zu dieser Referatsleitertagung machten der Sicherheitspolitische Direktor des Auswärtigen Amtes, Herbert Salber, und der Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Rainer Meyer zum Felde, mit Vorträgen über die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen Deutschlands vor dem Hintergrund eigener Analysen und Einschätzungen. Salber skizzierte u.a. die operativen Herausforderungen und Hauptfelder deutscher Sicherheitspolitik – Stärkung der GSVP, Rolle der NATO, Stärkung der Rolle der OSZE, beleuchtete die Initiativen Deutsch-

lands im UN-Sicherheitsrat und gab einen Ausblick auf die AFG-Konferenz 10 Jahre nach Petersberg. Meyer zum Felde befasste sich vor allem mit strategischen sicherheitspolitischen Aspekten, insbesondere mit der Verschiebung sicherheitspolitischer Mächte und Konstanten auf globaler Ebene.

Bündnisse und Machtverschiebungen

Die Diskussion um aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen Deutschlands beschäftigte sich vor allen Dingen mit den globalen Machtverschiebungen insbesondere in finanzieller Hinsicht. Weitgehende Einigung



Vizepräsident Oberst i.G. Rainer Meyer zum Felde und Präsident Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann

bestand in der Ansicht, dass in Zukunft Sicherheit mit immer weniger Finanzmitteln gewährleistet werden müsse. Insbesondere der Verweis auf die Vermeidung von Doppelstrukturen in EU und NATO stieß auf breite Zustimmung. Mit nur einer Steuerzahlergemeinschaft können nicht die gleichen Fähigkeiten in verschiedenen Institutionen abgebildet werden. Während sich die NATO auf robuste militärische Fähigkeiten konzentrieren sollte, könnte die EU ihre bereits weitentwickelten

Vernetzung und Strategieentwicklung



„Softpower“-Fähigkeiten intensiv einsetzen. Da sich die USA in ihren militärischen Fähigkeiten in Zukunft eher auf einen prä-9/11-Status beschränken und sich im Rahmen der Fokussierung auf den pazifischen Raum aus Europa zukünftig zurückziehen würden, sei die verstärkte sicherheitspolitische Integration und Verantwortungsübernahme der EU notwendig. Im Rahmen dieser notwendigen Integration befürworteten sowohl Referenten als auch Teilnehmer eine entschiedene Weiterführung der mit den Stichworten „Pooling“ und „Sharing“ beschriebenen Prozesse. Trotz aller sicherheitspolitischen Herausforderungen auf inter- und supranationaler Ebene wurde auch die Ausrichtung Deutschlands diskutiert. Während einige Teilnehmer die Wichtigkeit bewährter deutscher außenpolitischer Instrumente wie in der konventionellen Rüstungskontrolle hervorhoben, wurde auch Kritik an Einsatzfähigkeit und Einsatzbereitschaft militärischer Instrumente geäußert. Die Perception Deutschlands auch bei europäischen Bündnispartnern als Verbündeter, der Risikoscheue, wäre ein Hindernis auf dem Weg zu einer integrierten europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Cyber-Sicherheit

Im zweiten Panel des Nachmittags befassten sich Dr. Markus Dürig, Referatsleiter im Bundesministerium des Innern, und Andreas Könen, Fachbereichsleiter im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, mit Fragen der Cyber-Sicherheit am Beispiel des im Sommer 2011 in Dienst gestellten Nationalen Cyber-Abwehrzentrums. Anhand dieser Einrichtung, die weniger eine Behörde mit exekutiven Befugnissen als eine reine Informationsaustausch-Plattform darstellt, zeigte sich die gelungene Verwirklichung der Kooperation und Koordination aller relevanten sicherheitspolitischen Akteure in diesem zukünftigen

an noch Relevanz gewinnenden Feld. Im Rahmen der Vorträge und Debatten über die neue Gefahr von Cyber-Angriffen und aktuelle deutsche Abwehrmaßnahmen wurde insbesondere die Verwundbarkeit der Bundesrepublik Deutschland deutlich. Mit der Entwicklung von 60.000 neuen Schadprogrammen pro Tag und der Infizierung von 21.000 Websites sind Gefahrenszenarien ungeahnter Reichweite denkbar. Die sozialen und politischen Auswir-



Andreas Könen, Oberst i.G. Rainer Meyer zum Felde und Dr. Markus Dürig (v.l.n.r.)

kungen eines Angriffes auf die monatlichen Auszahlungen der Deutschen Rentenversicherung wären zum Beispiel gravierend. Das Nationale Cyber-Abwehrzentrum, angegliedert an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), sammelt, analysiert und bewertet Informationen über mögliche Cyber-Attacken, koordiniert die Schutz- und Abwehrmaßnahmen und gibt Empfehlungen an den Cyber-Sicherheitsrat weiter. In diesen Aufgaben wird es durch alle relevanten Akteure aus Polizei, Geheimdiensten, Militär und Wirtschaft zur Sicherung der deutschen IT-Infrastruktur unterstützt. Diskussionsbedarf bestand bzgl. der Möglichkeit einer offensiveren Vorgehensweise gegen Cyber-Attacken, welche jedoch neben potentiellen rechtlichen Hürden bereits an der einwandfreien Identifikation der Täter scheitert. Dem Leitbild einer vernetzten und umfassenden Sicherheit

folgend engagiert sich Deutschland daher auch in strukturschwächeren Partnerländern zur frühzeitigen Bekämpfung transnationaler Internetkriminalität. Eine Kodifizierung von staatlichen Verhaltensregeln im Sinne des Völkerrechts wird aber wohl kaum in naher Zukunft realisiert werden können.

Auswirkungen der Bundeswehrreform

Am nächsten Tag wurde die Tagung mit einem Besuch im Berliner Dienstsitz des BMVg bei Staatssekretär Stéphane Beemelmans fortgesetzt. Dieser referierte zum Thema: „Sicherheitspolitische Auswirkungen der Bundeswehrreform auf die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts“. Dabei erläuterte er die Eckpunkte der Bundeswehrreform 2011 sowie die künftigen Strukturen des BMVg. Überdies befasste er sich mit Fragen der Handlungsfähigkeit Deutschlands angesichts einer immer engeren Integration der Streitkräfte und den

damit zusammenhängenden Problemen von parlamentarischer Beteiligung versus Bündnisfähigkeit.

Nach einem Besuch des Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors“ stand am Nachmittag im Bundeskanzleramt ein Hintergrundgespräch mit dem Leiter der Abteilung Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, Ministerialdirektor Dr. Christoph Heusgen, an. Dieser referierte zum „Demokratischen Umbruch in Nordafrika – Strategische Herausforderungen und Handlungsoptionen für die Ressorts“, befasste sich aber auch mit der politischen Frage der Anerkennung Palästinas in den UN. In einer Aussprache zum Abschluss der zweitägigen Veranstaltung bewerteten die Teilnehmer und -innen die Tagung als erfolgreich und erkenntniserweiternd sowie wertvoll insbesondere deswegen, weil sie zur Festigung und Stärkung des Netzwerkgedankens auf der Referatsleitersebene von Bundesressorts beigetragen habe.



Referatsleiter aus den Ressorts des Bundessicherheitsrats im Rosenburgsaal

Vernetzung und Strategieentwicklung



Vorbereitungsseminar Grundlagen des Afghanistan-Einsatzes

Dr. Wolfgang-Christian Fuchs

Wem ein Einsatz in Afghanistan bevorsteht, der hat vieles zu bedenken. Einen Teil der unerlässlich notwendigen Informationen erhält er von seinem jeweiligen Arbeitgeber. Alle wichtigen Informationen können die Entsendeorganisationen aber nicht zur Verfügung stellen. Die BAKS hat deshalb erneut in einer viertägigen Veranstaltung Führungskräfte und Entscheidungsträger für ihren Einsatz in Afghanistan mit weiteren Informationen zu versorgt, um sie damit bestmöglich vorzubereiten.

Im Vordergrund standen beim Vorbereitungsseminar, dass vom 2. Mai bis zum 6. Mai 2011 stattfand, die Vermittlung der innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen des deutschen Afghanistan-Einsatzes und die Förderung eines ressortübergreifenden Verständnisses für die einsatzrelevanten Aufgaben und die Arbeitskultur der anderen Entsandten. Es blieb auch Zeit für ein Teambuilding, d.h. ein gegenseitiges Kennenlernen der insgesamt 21 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die mehrere Bundes- und Landesministerien sowie anderen relevanten Einrichtungen an die BAKS entsandten.

Innen- und außenpolitische Rahmenbedingungen, ressortübergreifendes Verständnis

Die in Afghanistan häufig anzutreffende Korruption ist nach Einschätzung eines deutschen Afghanistan-Experten auch deshalb schwer zu bekämpfen, weil sie auch auf Regierungsebene erfolgt und dies von der Bevölkerung oft bemerkt werde. Die Mehrheit der Bevölkerung sei gegen die Taliban. Ein US-Diplomat erläuterte die wichtigsten Voraussetzungen für eine Verständigung zwischen den Taliban und

den USA. Im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Auswärtigen Amtes, der Bundesministerien der Verteidigung, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie des Innern in Afghanistan verwiesen Vertreter des Bundeskanzleramts auf eine effektive Koordinierungsrunde dieser Ministerien auf Staatssekretärebene. In einem Panel mit Vertretern der vier genannten Ministerien wurden insbesondere die schrittweise Übertragung von Verantwortung an die afghanischen Behörden und gelegentliche Schwierigkeiten bei der Gewinnung von deutschen Polizeibeamten für einen Afghanistan-Einsatz angesprochen. Ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes verdeutlichte, dass die Erwartungen an ein stabiles Afghanistan, welches das wesentliche Ziel des deutschen Einsatzes dort sei, nicht zu hoch angesetzt werden dürften.

Den politischen Höhepunkt des Vorbereitungsseminars bildete eine Diskussion mit zwei Abgeordneten des Deutschen Bundestages: Elke Hoff, FDP und Johannes Pflug, SPD. Dort kam insbesondere die Bedeutung der Festlegung auf das Jahr 2014 für einen Abzug zur Sprache; diese Terminierung setze alle Beteiligten unter einen gewissen Druck.

Teambuilding

Eine gemeinsame Besichtigung des Schlosses Schönhausen, eine Bootsfahrt mit Abendessen sowie ein gemeinsamer Grillabend erleichterten das Kennenlernen der Teilnehmer untereinander erheblich. Wichtige Ansprechpartner bereits in der Heimat kennenzulernen und diese Kontakte dann vor Ort im Einsatz nutzen zu können, bildet eine gute Voraussetzung für die zukünftige Zusammenarbeit.

Dialog Ministerien – Zivilgesellschaft

Engagement in Konflikten

Dr. Wolfgang-Christian Fuchs

Wissen militärische Akteure und Nichtregierungsorganisationen, die in Konfliktgebieten im Einsatz sind, immer ausreichend voneinander? Wie gut arbeiten sie zusammen? Und wenn sie schlecht zusammenarbeiten: was sind die Ursachen und wie lässt sich die Situation zum Wohle des gemeinsamen Ziels verbessern?

Dem nicht immer ganz spannungsfreien Verhältnis zwischen Ministerien und Nichtregierungsorganisationen widmete sich die Bundesakademie in einer zweitägigen Veranstaltung, die sie zusammen mit der Evangelischen Akademie Bad Boll durchführte. Über 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Auswärtigen Amt, der Bundeswehr, der Polizei, zahlreichen Nichtregierungsorganisationen und einem großen Dachverband von deutschen Nichtregierungsorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit trafen sich dazu am 7. und 8. Juni 2011 in der Schlossanlage Schönhausen in Berlin. Das Verhältnis beider Bereiche in Österreich stellten eine stellvertretende Abteilungsleiterin aus dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und ein Mitarbeiter aus dem Institut für Internationale Politik aus Österreich dar.

Abbau von Berührungängsten, größeres Verständnis für die jeweils andere Seite

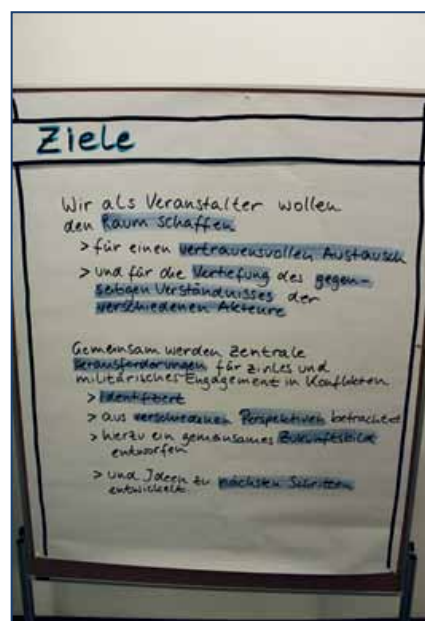
Das Verhältnis zwischen militärischen Akteuren und Nichtregierungsorganisationen habe sich in den letzten Jahren verbessert, stellte eine Expertin einer kirchlichen Nichtregierungsorganisation fest. Auch die Grenzen von Kooperationsmöglichkeiten würden zuneh-

mend akzeptiert. Das gemeinsame Verständnis, wie Zusammenarbeit gestaltet werden könne, sei differenzierter geworden.

Weiterer Verbesserungsbedarf

Wenn internationales Militär von der Bevölkerung des Einsatzlandes als Partei innerhalb eines Konfliktes wahrgenommen wird, gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und militärischen Akteuren schwierig. Verschiedene Experten bemängelten, dass es im Vorfeld von Beschlüssen des Deutschen Bundestages über Mandate wie beispielsweise für den Einsatz in Afghanistan in der Regel zu keiner öffentlichen Debatte komme. Selbstkritisch räumten einzelne Nichtregierungsorganisationen ein, eine eigene Positionierung zu scheuen.

Allgemeine Erfahrung ist offenbar, dass eine Bereitschaft zum Informationsaustausch nicht bei allen im Einsatzgebiet anzutreffenden



Die Ziele des Dialogs an einer Pinnwand

Vernetzung und Strategieentwicklung



staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren vorausgesetzt werden könne. Teilweise seien die Mandate der Akteure so unterschiedlich, dass ein Austausch wenig Nutzen verspreche. Teilweise sei dieser aber auch bei Organisationen, bei denen ein Austausch Doppelarbeit vermeiden könne, nicht selbstverständlich, weil es Vorbehalte gegen die Ziele der jeweils anderen Organisation gebe oder gegen die Methoden, diese Ziele zu erreichen. Eine besondere Rolle spiele die Sorge, im Rahmen eines solchen Informationsaustausches von anderen Organisationen „gesteuert“ zu werden. Von großer praktischer Bedeutung sei im Einsatzland auch, von welcher Seite die Initiative zum Informationsaustausch ausgehen sollte. Eine Initiative von Seiten des Auswärtigen Amtes oder der UNO wurde von manchen, aber nicht von allen als hilfreich angesehen.

Mehr Transparenz bei der Durchführung im Einsatzland, Bereitschaft zu ehrlicher Evaluation und gegebenenfalls Nachsteuerung der Ziele wurden als konkrete Mittel für eine Verbesserung der Arbeit betont. Außerdem wurde von mehreren ein gemeinsames Ausbildungsmodul für diejenigen für empfehlenswert gehalten, die für einen baldigen Einsatz in demselben Land vorgesehen sind. Dies könne auch ein elektronisches Modul beinhalten, so könne auch der wichtige persönliche Austausch erleichtert werden.

Allgemeiner Wunsch war, eine solche Veranstaltung zu wiederholen. Um dann auf den Ergebnissen dieser Veranstaltung besser aufbauen zu können, bildete sich freiwillig eine Arbeitsgruppe, die einen Vorschlag zum Thema „Optimierung zivil-militärischer Schnittstellen“ ausarbeiten wird.

Szenarien-Workshop

Handlungsoptionen für Nigeria

Walter Schweizer

Umfassende Sicherheitspolitik muss sich in der Vernetzung von Akteuren widerspiegeln und einen Blick auf mittel- und langfristige Entwicklungen mit strategischer Perspektive werfen. Mit diesem Ziel führte die BAKS am 31. Mai 2011 in Zusammenarbeit mit dem Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft und dem Institut für strategische Zukunftsanalysen einen Szenarienworkshop zur Entwicklung Nigerias durch.

Ziel war es, Teilnehmern aus der Wirtschaft, der Politik, von Behörden und Nichtregierungsorganisationen einen konstruktiven Dialog über mögliche Entwicklungsszenarien Nigerias zu ermöglichen, Handlungsoptionen zu diskutieren und daraus Folgerungen für die Entwicklung des Landes der internationalen Gemeinschaft aufzuzeigen. Hierzu wurde ein er-

folgreiches Format fortgesetzt, bei dem zuletzt im März 2010 die zukünftige Entwicklung des Süd-Sudan betrachtet worden war. Zu Beginn der ganztägigen Veranstaltung steckte ein Einführungsvortrag mit Aussprache zunächst den Rahmen ab, der es den Teilnehmern ermöglichte, auf der Grundlage von möglichen Entwicklungsszenarien, Auswirkungen politischen und wirtschaftlichen Handelns weiter zu diskutieren und konkrete Handlungsoptionen zu entwickeln.

„Ende 2009 erlebte Nigeria noch eine Staatskrise, die das Land an den Rand zur Einstufung als ‚failing state‘ brachte. Weniger als zwei Jahre später zeichnet sich nach der demokratisch legitimierten Wahl des Präsidenten Goodluck Ebele Jonathan ein ganz anderes Bild ab. Dieser stete Wechsel zwischen Fortschritt und Abgrund ist typisch für Nigeria, den

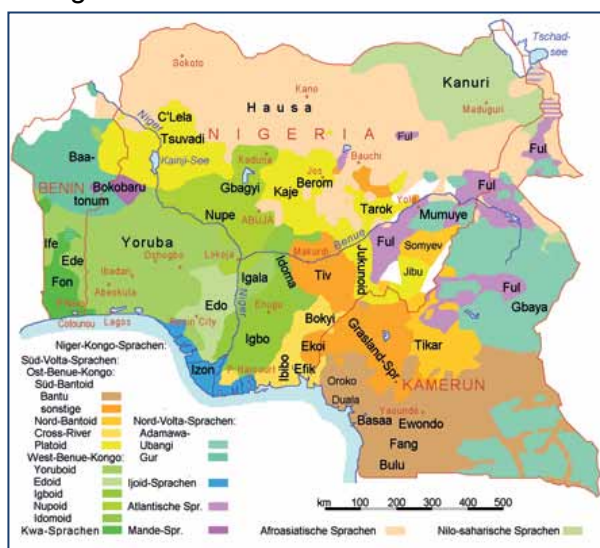
bevölkerungsreichsten und größten christlich-muslimischen Staat Afrikas.“ So charakterisierte der geladene Journalist, Buchautor und Nigeria-Experte Heinrich Bergstresser in seiner Einführung das Land und hielt fest, dass diese Aussage konstitutiv für das ganze politische System Nigerias stehe. Er machte aber auch deutlich, dass die politische Klasse Nigerias die vorangegangene Führungskrise wegen angeblichen Wahlbetrugs mit der Verabschiedung eines für alle Seiten akzeptablen Wahlgesetzes pragmatisch gelöst und damit ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt habe. Bergstresser betonte, dass durch den Erfolg der demokratischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und dem damit einhergehenden erstarkten Selbstbewusstsein Nigerias die errungene Stabilität aller Voraussicht nach bis zum Ende der Legislaturperiode 2015 anhalten wird. Dennoch sei ein erneuter Ausschlag in eine gegenläufige Richtung, zum Beispiel aufgrund religiöser Spannungen nicht auszuschließen, weshalb Bergstresser auch von einem „unfertigen“ Staat sprach. In der anschließenden Diskussion wurde besonders herausgestellt, dass Nigeria als siebtgrößter Gaslieferant der Welt über eine

strategische Bedeutung verfügt. Dies birgt Risiken bezüglich der inneren Stabilität des Landes, falls es nicht gelingt, die Bevölkerung an zunehmender Prosperität teilhaben zu lassen. Die Gasressourcen bieten aber auch die Chance, Nigerias strategische Stellung in ganz Afrika zu verbessern und sich zu einem der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Akteure in Westafrika zu entwickeln.

Entwicklung von Langzeittrends

Nach angeregter Diskussion wurden die Teilnehmer mit zwei möglichen Entwicklungsszenarien für Nigeria konfrontiert, die in Arbeitsgruppen vornehmlich aus außen- und entwicklungspolitischer und wirtschaftlicher Sicht lebhaft diskutiert wurden. Dabei standen die Entwicklung von Handlungsoptionen für deutsche und europäische Politik sowie die Untersuchung mögliche Folgerungen und Auswirkungen auf die Region im Mittelpunkt. Auf der Grundlage dieser Diskussion wurden anschließend Kurzfriststrategien in den Arbeitsgruppen entwickelt und im Plenum durchaus kontrovers diskutiert. Dabei wurde auch aus Sicht der Teilnehmer am Szenarienworkshop die These von Herrn bestätigt, wonach sowohl weiter positive, d.h. stabilitätsorientierte Entwicklungen Nigerias eintreten könnten, daneben aber auch ein Rückfall in eine Staatskrise und innere Unruhen nicht auszuschließen ist. Darauf aufbauend wurden dann in zwei weiteren Gruppen Langzeittrends für Nigeria entwickelt und mit den anwesenden Experten diskutiert.

Am Ende des Tages waren sich die Teilnehmer des Workshop einig, dass der Dialog zwischen Vertretern der Wirtschaft, der Politik, von Behörden und Nichtregierungsorganisationen an der BAKS zur Entwicklung eines umfassenden Verständnisses der Herausforderungen in diesem wichtigen westafrikanischen Staat beigetragen hat.



Sprachfamilien und wichtigste Sprachen in Nigeria

Vernetzung und Strategieentwicklung



Dialog Behörden und Wirtschaft Reisesicherheit von Unternehmen

Dr. Wolfgang-Christian Fuchs & Manfred Bohr

Wann ist bei politischen Umwälzungen im Ausland der Zeitpunkt gekommen, zu dem deutsche Firmen ihre Mitarbeiter nach Hause holen sollten? Was haben Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes für versicherungsrechtliche Folgen? An welche Behörde sollten sich deutsche Unternehmen wenden, wenn einer ihrer Mitarbeiter im Ausland entführt worden ist?

Geschäfts- und Dienstreisen führen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter global agierender Unternehmen wie auch Ministerialbeamte, Soldaten, Mitarbeiter von Bundesoberbehörden und Nichtregierungsorganisationen oftmals an Orte der Welt, die aufgrund ihrer vielfältigen Gefahren, wie Kidnapping, Terror, instabiler politischer Lagen oder plötzlicher Naturkatastrophen, das jeweilige Reisesicherheits-Management vor große Herausforderungen stellen. Ähnliches gilt häufig auch für Diplomaten bzw. andere entsandte und Mitarbeiter von Unternehmen, die sich für längere Zeit dienstlich im Ausland aufhalten müssen. Dies wurde insbesondere um die Jahreswende 2011 in Staaten des „arabischen Frühlings“ wieder einmal deutlich.



Präsident Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann und Ralph P. Liebke, Chairman und Chief Executive Officer Aon Deutschland, Österreich, Schweiz

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik griff daher in Zusammenarbeit mit der Aon Versicherungsmakler Deutschland GmbH dieses Themenfeld in der sechsten Round Table Diskussion am 11. Oktober 2011 auf.

Mitarbeiter-Sensibilisierung als Krisenvorsorge

Einleitend stellte ein Aon-Vertreter aus London das neu entwickelte, umfassende Reisesicherheitsprogramm der Aon Risk Solutions vor, zu dem unter anderem ein Operationszentrum gehört, in welchem bei Sicherheitsproblemen ehemalige Angehörige des Militärs zu jeder Zeit erreichbar sind.

Mehr fragile Staaten – mehr Sicherheitsrisiken

Die Zahl der Staaten mit einer fragilen Staatlichkeit beträgt inzwischen 50 - 60, allein drei dieser Staaten hätten zusammen die Größe von Europa. Darauf wies ein Sicherheitsexperte in seinem Referat hin. In diesen 50 - 60 Staaten leben gegenwärtig etwa 4 Mrd. Menschen. Die Fragilität von Staaten und ein dort bestehendes, auch nur teilweises, Machtvakuum ist ein Nährboden für organisierte Kriminalität, insbesondere Rauschgiftkriminalität, Menschen schmuggel und Waffenhandel aber auch für Korruption, machte ein Mitarbeiter des Bundeskriminalamts deutlich. Erkenntnisse der an 50 Staaten in der Welt eingesetzten 66 Verbindungsbeamten des Bundeskriminalamts werden im Einzelfall auch der Wirtschaft für Präventionsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Insgesamt gelte, dass sich immer mehr Krisen im Ausland zu einem späteren Zeitpunkt auch auf Deutschland auswirken, diesen Gefahren müsse durch „Vorverlagerung“ der Abwehr begegnet werden. In diesen Zu-

sammenhang gehörten auch die sog. Transformationspartnerschaften der Bundesregierung zum Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen. Dem möglichst engen Informationsaustausch zwischen Staat und Wirtschaft dient die Global Player-Initiative des Bundeskriminalamts, in der ein ständiger Erfahrungsaustausch mit etwa 40 weltweit aufgestellten deutschen Unternehmen praktiziert wird. Die Erfahrungen dieser Unternehmen kommen über Empfehlungen des Bundeskriminalamts dann auch kleineren deutschen Unternehmen zu Gute.

Die differenzierte Beratung der Bürger in Form von Reisehinweisen, Sicherheitshinweisen und Reisewarnungen durch das Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amtes sowie die intensive Hilfestellung des Auswärtigen Amtes und seiner Auslandsvertretungen in diesem Bereich für die deutsche Wirtschaft war Gegenstand eines Panels. Dies stieß auch deshalb auf lebhaftes Interesse, weil ein Experte des Bundesinnenministeriums in diesem Zusammenhang die aktuelle Situation im Bereich des Terrorismus anschaulich schilderte.

66. Attachélehrgang des Auswärtigen Amtes

Das Konzept der umfassenden Sicherheit

Dr. Gregor Forschbach

Zu Gast an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik war am 20. und 21. Juni 2011 auch der 66. Attaché-Lehrgang des Auswärtigen Amtes. Die angehenden Diplomaten absolvierten ein zweitägiges Seminar zum Thema „Das Konzept der umfassenden Sicherheit“.

Ziel des Seminars war es, wie schon im Rahmen einer vergleichbaren Veranstaltung im Jahre 2010, den Teilnehmern einen Einblick in die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich zu vermitteln, insbesondere zwischen dem Auswärtigem Amt, den Bundesministerien des Innern, der Verteidigung sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Stärkung der Ressortzusammenarbeit

Neben einer allgemeinen Darstellung der Bedeutung der Ressortkooperation in diesem Bereich wurde anhand von Fallbeispielen und praktischen Übungen das Bewusstsein für die Rahmenbedingungen des ressortübergreifenden Krisenmanagements geschärft.

Dabei bildeten die Lagen in Afghanistan sowie in Libyen die thematischen Schwerpunkte der diskutierten Szenarien, u.a. zur Stabilisierung staatlicher Strukturen, konkreter Projektplanung und Evakuierungsfällen. Die Attachés konnten dabei unmittelbar auf die vielfältige praktische Erfahrung der eingeladenen Experten der beteiligten Bundesressorts, auch in der Zusammenarbeit untereinander, zugreifen.

Dabei wurde deutlich, dass die Vermittlung des umfassenden Sicherheitsbegriffs und der ressortübergreifenden Zusammenarbeit bereits während der Ausbildung der Nachwuchsbeamten besonders sinnvoll ist. Kästchendenken und Berührungängste zwischen den Ressorts kommen so erst gar nicht auf.

Zusammenarbeit der Ausbildungseinrichtungen

Die Veranstaltung wurde in Abstimmung zwischen der Bundesakademie und dem Auswärtigen Amt geplant und durchgeführt. Sie ist daher auch ein Beispiel für die enge Zusammenarbeit der Ausbildungseinrichtungen des Bundes, die hoffentlich auch in den nächsten Jahren fortgesetzt wird.

Vernetzung und Strategieentwicklung



Militärattachélehrgang 2011

Andreas von Hacht

Die Teilnehmer des Militärattaché-Verwendungslehrganges 2011 haben im Rahmen ihres Lehrganges mehrfach Präsenzphasen in der Hauptstadt, um auf ihre zukünftigen Verwendungen im Ausland zielgerichtet vorbereitet zu werden. Von daher besaß der einwöchige Anteil an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik kein Alleinstellungsmerkmal. Angesichts der Inhalte kommt man jedoch zu einem anderen Urteil.

Jeder zukünftige Militärattaché verfügt über ein breites und gereiftes Verständnis von Sicherheitspolitik. Je nach Vorverwendungen ist dieses vorrangig durch Tätigkeiten im Bundesministerium der Verteidigung und der Bundeswehr oder bereits durch persönliches Erleben in anderen Ressorts sowie im multilateralen Umfeld ausgebildet.

Sicherheitspolitik in einer Woche

Die Besonderheit dieses Seminars bestand in dem klaren Ansatz einer ressortübergreifenden Betrachtung, in die auch aktuelle Erkenntnisse der Wissenschaft eingeflossen sind. Die Vertiefung sicherheitspolitischer Grundlagen und deren Analyse ermöglichten eine kritische Betrachtung der deutschen außen- und Sicherheitspolitik. Hierbei spannte sich der Bogen von einer wissenschaftlichen Analyse über die Darstellung des politischen Lagebildes der Bundesregierung bis zur Vernetzten Sicherheit – ihrem Anspruch und der Wirklichkeit. Daneben wurden Themen wie Klimawandel, Versorgungssicherheit und die Akteure auf dem Feld der Sicherheitspolitik untersucht. Bezüglich dieser Vielfalt der Betrachtungsweisen ist auch der Vergleich mit dem sechsmo-natigen Seminar für Sicherheitspolitik (SP) an-

gemessen. Gleichwohl erlauben Umfang und Tiefe nur die Bezeichnung als „kleiner Bruder“ des SP, eine vergleichende Bewertung, die auch den Referenten, die in beiden Seminaren vortragen, stets ein Schmunzeln entlockte.

Vertiefung in regionalen Arbeitsgruppen

Hervorzuheben war in diesem Jahr die Vertiefung in regionalen Arbeitsgruppen. Ein Seminartag wurde dazu verwendet, dass die zukünftigen Militärattachés mit wissenschaftlicher Begleitung ihre verwendungsbezogenen Schwerpunktthemen bearbeiten konnten. Besonders betrachtet wurden die Akteure im Vorderen Orient, die globalen Spieler USA, China und Russland sowie die Rolle Europas.

Da persönliches Erleben ein wichtiger Baustein im Erkenntnisgewinn ist, war das Zusammentreffen mit, hier in Berlin akkreditierten, Militärattachés und der Gedankenaustausch mit diesen Herren ausgesprochen fruchtvoll.

Es wäre vermessen anzunehmen, dass in dieser einen Woche ein umfassendes Verständnis von Sicherheitspolitik zu vermitteln gewesen wäre und dabei alle wichtigen Facetten untersucht werden konnten. Versteht man dieses Seminar jedoch als individuelles Weiterbildungsangebot, in dem jeder Teilnehmer Anknüpfungspunkte bezüglich seines bisherigen Verständnisses und der zukünftigen Aufgaben erkennen konnte, wird die zentrale Bedeutung im Rahmen des Gesamtlehrganges deutlich. Die BAKS zeigte Verknüpfungen auf und bot Gelegenheit zur Vernetzung an. Der Gewinn für die Akademie selber bestand darin, Multiplikatoren für die vernetzte Sicherheit gewonnen zu haben, die in den Vertretungen dieses deutsche Verständnis der Sicherheitspolitik vermitteln können.

Staatliche Sicherheitsvorsorge

Strategische Risiko- und Krisenkommunikation

Dr. Wolfgang-Christian Fuchs

Wie kann bei Krisen ein Informationschaos vermieden werden? Ist es in solchen Situationen für eine Behörde besser, sofort an die Öffentlichkeit zu gehen, auch mit noch nicht ausreichend bestätigten Informationen, oder aber erst später, dafür aber mit abgesicherten Informationen? Sollte man einen Fehler einer Behörde unerwähnt lassen, ihn zugeben oder sogar aktiv ansprechen? Wie bereitet ein Behördenmitarbeiter den Chef oder den Pressereferenten am besten auf eine Presseerklärung vor?

Mit diesen Fragen beschäftigten sich etwa dreißig Referatsleiter aus Bundesministerien und vergleichbare Mitarbeiter von anderen Bundes- und Landesbehörden sowie anderen Institutionen im Rahmen eines fünftägigen Seminars. Ihnen allen war gemeinsam, dass sie sehr schnell in die Situation kommen können, die Öffentlichkeit über Risiken und Krisen informieren zu müssen, die unvermittelt entstehen.

Erfolgreiche Kommunikation

Erfolgreiche Kommunikation setzt auch voraus, dass den Beteiligten bewusst ist, wie sehr sich die Printmedien in den letzten Jahren verändert haben. Ein wissenschaftlich ausgewiesener Experte der deutschen Presselandschaft verdeutlichte, dass der Rückgang der Auflagen, der zu einem großen Teil durch die geringer gewordenen Werbeeinnahmen verursacht wird, auch die Redaktionen verkleinert hat. Wer heute mit Journalisten der Printmedien über ein bestimmtes Thema spricht, muss wissen, dass er es viel seltener als früher mit einem Spezialisten auf diesem Gebiet zu tun hat. Deren Anzahl ist aus wirtschaftlichen Gründen stark zurückgegangen.

Von besonderem Interesse für die Seminarteilnehmer waren die Diskussionen mit Thomas Nehls (Korrespondent im WDR-Hauptstadtstudio), Julian Reichelt (Chefreporter bei der BILD-Zeitung) und dem stellvertretenden Regierungssprecher Georg Streiter. Dabei zeigte sich auch, dass es für Behörden meist schwierig ist, Themen aktiv in der Öffentlichkeit zu platzieren: die Auswahl und Platzierung von Themen richte sich meist nach dem Sensationsgehalt der Nachrichten und nicht danach, ob sie von staatlichen Institutionen stammen. So unterschiedlich die Arbeitsbereiche und Erfahrungen der Journalisten, die an dem Seminar mitgewirkt haben, auch waren, so ähnlich waren doch ihre Empfehlungen für die staatliche Pressearbeit; die wichtigsten sind:

- versuchen, schnell zu reagieren
- „soziale Netzwerke“ analysieren
- frühzeitig mit wichtigen Journalisten Vertrauensverhältnis aufbauen
- nicht glauben, man könne unangenehme Informationen geheim halten,
- berücksichtigen, dass Mitarbeitern staatlicher Institutionen eine Falschmeldung eher verübelt wird als Journalisten.

In einem Praxistraining mit zwei Szenarien konnten die Seminarteilnehmer unter Anleitung von fünf erfahrenen Journalisten üben, wie sie die Leitung oder den Pressereferenten ihrer Behörde am besten auf die Kommunikation in einer Risiko- oder Krisensituation vorbereiten. Den Abschluss des Seminars bildete eine Paneldiskussion mit den Bundestagsabgeordneten Elke Hoff (FDP) und Dr. Hans-Peter Bartels (SPD). Hier wurde insbesondere deutlich, dass die staatlichen „Botschaften“ auch in die Lebenswirklichkeit der Adressaten passen müssen, andernfalls sollte man Analogien zu diesen bilden.

Vernetzung und Strategieentwicklung



Expertengespräch

Fünf Jahre Vernetzte Sicherheit

Dr. Gerd Föhrenbach

In Zusammenarbeit mit Heiko Borchert und Ralph Thiele führte die Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 5. Dezember 2011 ein Expertengespräch zum Thema Vernetzte Sicherheit durch.

urch die Veröffentlichung des Weißbuches der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr im Jahr 2006 wurde „Vernetzte Sicherheit“ zu einem der Leitbegriffe deutscher Sicherheitspolitik und der Arbeit BAKS. Die Veranstaltung führte etwa 35 Fachleute zusammen, die aus Anlass des fünften Jahrestages der Publikation des Weißbuches eine konstruktive Zwischenbilanz zogen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten Beiträge, die im zweiten Quartal 2012 in einem Sonderheft der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZfAS) veröffentlicht werden. Herausgeber der Publikation sind Dr. Heiko Borchert, Luzern, und Oberst i.G. Ralph Thiele, die seit 2004 die Schriftenreihe „Vernetzte Sicherheit“ herausgeben (www.vernetzte-sicherheit.net).

Die Autoren aus Bundesministerien, Bundestag, der Privatwirtschaft und anderen Bereichen setzten sich in den Beiträgen mit den Erfahrungen und Erkenntnissen auseinander, die sie in ihren jeweiligen Tätigkeitsfeldern mit Vernetzter Sicherheit sammeln konnten. Deutlich wurde, dass die Praxiserfahrungen aus dem Engagement Deutschlands in Krisenregionen einer der zentralen Treiber der Vernetzten Sicherheit sind. Gleichwohl fällt das Maß an Unterstützung, die Anliegen der Vernetzten Sicherheit erfahren, zwischen den beteiligten Einrichtungen – auch den Ressorts der Bundesregierung – unterschiedlich aus. So werden von verschiedenen Seiten ungeklärte Voraussetzungen und Rahmenbedin-

gungen der Vernetzten Sicherheit bemängelt. Andere Schwierigkeiten in Einsatzregionen rühren aus einem Nebeneinander von Gegnerorientierung, wie sie etwa bei Streitkräften vorherrscht, und einer Bevölkerungsorientierung her, die im Mittelpunkt der Entwicklungszusammenarbeit steht.

Eine jüngst durchgeführte Umfrage zum Thema Vernetzte Sicherheit, welche die Expertenrunde ebenfalls intensiv diskutierte, zeigte,



Oberst i.G. Ralph Thiele, Präsident Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann und Dr. Heiko Borchert (v.l.n.r.)

dass sich das Meinungsbild etwa die Waage hält: Während sich rund die Hälfte der Befragten positiv zu internationalen Rolle Deutschlands im Hinblick auf Vernetzte Sicherheit äußerte, war die andere Hälfte eher skeptisch und konstatierte, dass Deutschland trotz aller Rhetorik hinter den Bemühungen seiner Partner zurückbleibe.

Konsens bestand bei den Befragten wie auch bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern jedoch darin, dass Fortschritte beim ressortübergreifenden Handeln unabweisbar sind. Den Gedanken der Vernetzung voranzutreiben, wird weiterhin eines der zentralen Anliegen der BAKS sein.

Besuch des Joint Services Command and Staff College

Walter Schweizer

Der Besuch des britischen Generalstabslehrgangs (Advanced Command and Staff Course) an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik hat sich zu einem festen Element der Ausbildung am Joint Services Command and Staff College in Shrivenham entwickelt. Im Rahmen der Ausbildungsreise durch europäische Hauptstädte konnten die ca. sechzig Lehrgangsteilnehmern sich in Berlin einerseits über die Arbeit der Akademie informieren, andererseits aber auch deutsche Positionen zum Thema umfassender Sicherheit diskutieren.

Hierzu führte Prof. (em.) Dr. Christian Hacke, Mitglied des Beirats der Akademie, mit einem umfassenden Vortrag ein, in dem er in gewohnt kritischer und pointierter Weise den Anspruch umfassender Sicherheit den realen Problemen der Umsetzung gegenüberstellte. Dabei zeigte er Problemstellungen für die Handlungsfähigkeit von Staaten in internationalen Krisensituationen auf, die er aus der Asymmetrie von Konflikten, zunehmend schneller werdender Kommunikationsmittel und der Rolle von nichtstaatlichen Akteuren ableitete. Zudem verdeutlichte er, dass Russland und China als „autoritäre“ Staaten mit weltpolitischer Macht den zukünftigen Kampf um knappe Ressourcen mitbestimmen werden. Der Versuch über die zunehmende Demokratisierung von Krisenstaaten Stabilität und damit zuverlässigen Zugang zu Ressourcen zu erhalten, werde voraussichtlich nicht zum Erfolg führen. Insgesamt zeichnete Prof. Hacke ein eher düsteres Bild Europas, da es nicht gelinge in unmittelbarer Nachbarschaft wie dem Maghreb oder dem Balkan zur Stabilität beizutragen. Als Gründe verwies er auf die inneren Probleme vieler europäischer Staaten wie Verschiebung

Europäisches Sicherheits- und Verteidigungskolleg

Das Joint Services Command and Staff College (JSCSC) in Shrivenham, Großbritannien, ist eine Ausbildungseinrichtung des Britischen Verteidigungsministeriums, in der Führungskräfte aller Teilstreitkräfte gemeinsam ausgebildet werden. Im wichtigsten Lehrgang, dem Advanced Command and Staff Course, der dem deutschen Generalstabslehrgang an der Führungsakademie der Bundeswehr vergleichbar ist, werden jährlich ca. 400 Offiziere weitergebildet. Ein großer Teil der Lehrgangsteilnehmer kommt aus NATO- und EU-Staaten, aber auch aus Staaten des britischen Commonwealth of Nations.

der Alterspyramiden, Unterschiede in der Wertedefinition und die daraus resultierende Unfähigkeit, gemeinsam zu handeln. Daher sei Europa trotz seines Anspruchs kein globaler Machtfaktor und eher „auf dem absteigenden Ast“. Für Deutschland beklagte er den Verlust der in der Vergangenheit erfolgreichen Vermittlerfunktion zwischen den angelsächsisch geprägten Staaten und „Resteuropa“ und rief dazu auf, die Rolle als Vermittler wieder aufzunehmen. Hierzu könne der für deutsche Politik nun leichtere Zugang zur US-Administration dienen, der sich aus einer immer deutlicher werdenden Verschiebung hin zur „soft power“ ergebe. Nach seinen Worten muss die Verschiebung der politischen Machtausübung aber in Verbindung mit zunehmenden europäischen Anstrengungen im Bereich der Krisenmanagement-Fähigkeit zu einer „smart power“ ausgebaut werden. Dies stellt für Europa eine nur schwer zu meisternde Herausforderung dar, solange nationalstaatliche Interessen im Vordergrund stünden.



Besuch des NATO Defense College Rom

Roman Grunwald

Der 119. Senior Course des NATO Defense College, Rom, besuchte am 5. Oktober die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS). Der Präsident der BAKS, Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann, begrüßte die rund 90 Stabsoffiziere aus NATO-Staaten sowie zahlreichen Partner-Ländern zusammen mit dem Kommandanten des Lehrgangs, dem norwegischen Generalleutnant Arne Bård Dalhaug im Historischen Saal des Hauses Berlin und verwies auf die Bedeutung des Ortes in seiner geschichtlichen Rolle für die Deutsche Einheit.

Der Senior Course ist eine sechsmonatige Hochwertausbildung für ausgewählte Fach- und Führungskräfte der jeweiligen Regierungen und dient der Vorbereitung auf herausragende internationale Verwendungen. Der Besuch an der BAKS rundete ein dreitägiges Berlin-Programm inhaltlich ab, das den Senior Course auch mit Bundestagsabgeordneten sowie mit hochrangigen Vertretern des Bundesministeriums der Verteidigung ins Gespräch brachte. In seinem englischsprachigen Vortrag „Vernetzte Sicherheit und Comprehensive Approach – Herausforderungen und Möglichkeiten für die deutsche Sicherheitspolitik“ beschrieb der Vizepräsident der BAKS, Rainer Meyer zum Felde, zunächst die historischen Rahmenbedingungen und stellte dar, wie sich der internationale strategische Fokus von Europa in Richtung Südost-Asien verschoben hat. Vor dem Hintergrund der globalen Bedrohungen und Risiken zeigte er ausführlich die Entwicklung der zentralen deutschen Dokumente zur Sicherheitspolitik auf und beschrieb die Genese des umfassenden Sicherheitsbegriffs sowie des umfassenden sicherheitspolitischen Ansatzes als spiralförmigen Prozess,

der sich quasi tastend und stückweise im Laufe von nahezu zwei Jahrzehnten internationaler Politik herausgebildet hat.

Vizepräsident Meyer zum Felde ging weiter auf die feste Einbettung in die westlichen Strukturen, namentlich NATO und EU, ein und erläuterte deren jeweilige Spezifika, wobei er eine verstärkte europäische Integration anmahnte. Über das Verhältnis Europas zu etablierten wie aufstrebenden globalen Mächten leitete er schließlich Deutschlands Handeln in der internationalen Sicherheitspolitik ab und hob dabei besonders die Priorisierung ziviler Mittel und den Einsatz militärischer Mittel als ultima ratio hervor.

In der sich anschließenden Diskussion folgten die internationalen Teilnehmer der Aufforderung, ihre Fragen offen, gerne auch provokant zu stellen, so dass sich eine ebenso breite wie teils tiefgehende Debatte entwickelte. Die europäische Schuldenkrise und deren sicherheitspolitische Auswirkungen wurden dabei ebenso thematisiert wie das besondere Verhältnis zwischen Deutschland und Russland, in dessen Zusammenhang der multilaterale Ansatz noch einmal betont wurde. Mit Bezug auf den Einsatz der Streitkräfte hob der Vizepräsident der BAKS hervor, dass Deutschland fähig und durchaus willens sein könne, sich über Jahre hinweg aktiv zu engagieren, jedoch eine Abneigung gegenüber „eiligen und falschen Entscheidungen“ habe.

Der Kommandant des NATO-Lehrgangs, Generalleutnant Dalhaug, dankte abschließend für die informativen Darstellungen aus deutscher Perspektive und besonders für die Offenheit der Ausführungen und bewertete den Besuch an der BAKS als inhaltlich sehr wertvollen Abschluss des dreitägigen Berlin-Besuchs.

Lehrgang der Niederländischen Verteidigungsakademie

Dr. Boris Bovekamp

Am 22. Februar 2011 besuchte ein hochrangiger Lehrgang der Niederländischen Verteidigungsakademie im Rahmen einer Europareise die Bundesakademie. Die ca. zwanzig Teilnehmer, die als die zukünftigen Entscheidungsträger im Bereich Militär bzw. an den Schnittstellen zur Politik und Industrie vorgesehen sind und in einem hochwertigen Lehrgang fortgebildet werden, wurden durch den Vizepräsident in das Konzept sowohl der Bundesakademie als auch der Vernetzten Sicherheit eingewiesen.

Eine lebhafte Diskussion über aktuelle sicherheitspolitische Themen, in denen die Gäste



Gruppenfoto mit der Delegation vor dem Haus Berlin.

unter anderem Deutschlands Verhältnis zu Russland und zur neuen NATO-Strategie diskutierten, schloss sich an.

Delegation der Pakistanischen National Counter Terrorism Authority

Dr. Boris Bovekamp

Am 28. September 2011 besuchte eine Delegation der pakistanischen National Counter Terrorism Authority (NACTA) die BAKS. Der Direktor der NACTA, Herr Khalid Farooq, und der Direktor der Federal Investigation Agency



Präsident Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann mit Khalid Farooq (l.) und Tahsin Anwar Ali Shah (r.)

(FIA), Herr Tahsin Anwar Ali Shah, waren die Leiter der Delegation.

Nachdem sich die Institutionen vorgestellt und der Präsident der BAKS die höchste ressortübergreifende Weiterbildungsstätte Deutschlands ausführlich erklärt hatte, wurde in sehr offener Atmosphäre über sicherheitspolitische Aspekte der unterschiedlichen Regionen diskutiert.

In einer sehr offenen und vertrauensvollen Atmosphäre erhielten die Besucher einen Eindruck davon, wie Deutschland das Konzept einer Vernetzten Sicherheit anzuwenden sucht. Die Delegation der NACTA vermittelte ein differenziertes Bild der Situation in Pakistan. Begegnungen wie diese eröffnen einen informellen Austausch, der beiden Seiten Einblicke in das Sicherheitskonzept des jeweils anderen Landes gewährt.



Delegation der Pakistanischen National Defence University Islamabad

Dr. Wolfgang-Christian Fuchs

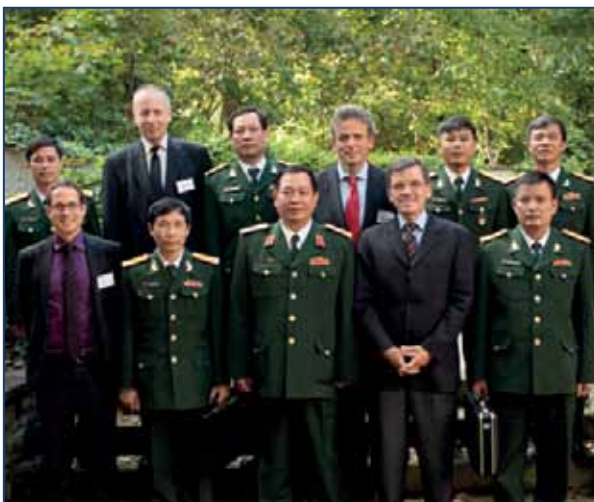
Im Rahmen des fünftägigen Programms, das die Delegation der pakistanischen National Defence University Islamabad zu verschiedenen Einrichtungen in Deutschland führte, übernahm die BAKS den Bereich zivil-militärischer Zusammenarbeit.

Mitarbeiter der BAKS stellten nach einleitenden Hinweisen auf die Entstehung der BAKS und die vielschichtige und bedeutsame Rolle der Schlossanlage Schönhausen als heutigem Sitz der BAKS das Konzept der vernetzten Sicherheit dar. Dabei machten sie insbesondere die Erfahrungen der Vergangenheit deutlich, wonach bei den meisten Konflikten militärische Mittel durch zusätzliche zivile Maßnahmen flankiert werden müssen, um dauerhaft erfolgreich sein zu können.

Wolfgang Weber, Abteilungsleiter im Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Bonn, stellte anschließend das System des Krisenmanagements in Deutschland dar. Er ging dabei insbesondere auf deutsche Besonderheiten wie die Abstimmung mit den Bundesländern, die große Anzahl von Freiwilligen (ca. 1,7 Mio.) ein sowie die alle zwei Jahre stattfindenden LÜKEX-Übungen (Länderübergreifende Krisenmanagement Exercise). Die Pakistanische Delegation zeigte sich sowohl an dem von der BAKS vertretenen und praktizierten Konzept der vernetzten Sicherheit als auch an Einzelheiten des Krisenmanagementsystems in Deutschland sehr interessiert. Darüber hinaus spielten Einzelheiten des deutschen Afghanistan-Einsatzes eine besondere Rolle.

Delegation der Vietnamesischen Streitkräfte

Roman Grunwald



Die vietnamesische Delegation mit Vizepräsident Oberst i.G. Rainer Meyer zum Felde

Am 13. Oktober, einen Tag nach dem Besuch der Bundeskanzlerin in Vietnam, besuchte eine Abordnung der vietnamesischen Streitkräfte die Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Vizepräsident Oberst i.G. Rainer Meyer zum Felde begrüßte die Stabsoffiziere unter Leitung von Generalmajor Vu Quoc Hung und erläuterte Aspekte der vernetzten Sicherheit aus deutscher Sicht. Im Anschluss entspann sich eine tiefgehende Diskussion, wobei insbesondere die Rolle Indiens und Chinas für den asiatisch-pazifischen Raum im Mittelpunkt stand. Generalmajor Vu Quoc betonte in seinem Schlusswort den hohen Stellenwert der deutsch-vietnamesischen Beziehungen und lud zu einem Gegenbesuch ein.

Hintergrundgespräche

Dr. Boris Bovekamp & Kerstin Voy

Sicherheitspolitik verstehen und greifbar machen – das ist das Hauptziel der Bundesakademie für Sicherheitspolitik im Rahmen ihrer Weiterbildungsprogramme. In der Hintergrundgesprächsreihe „BAKS unter 3“ konnten sich auch 2011 wieder Medienvertreter über aktuelle Entwicklungen der Sicherheitspolitik aus erster Expertenhand informieren.

An vier Veranstaltungsterminen diskutierten Sicherheitsexperten mit einer Handvoll ausgewählten Journalisten über sicherheitspolitisch relevante Themen. Vertreter von Tele- und Printmedien nutzten die Möglichkeit zu einem Dialog, losgelöst vom Druck einer täglichen Berichterstattung und im kleinen exklusiven Kreis. In vier Gesprächsrunden informierten die Experten Journalisten in einer Diskussionsrunde über Terrorismus, Hintergründe des Arabischen Frühlings sowie die Bundeswehrreform.

Terrorismus und Flugsicherheit

Der für Sicherheitsfragen zuständige Staatssekretär im Bundesministerium des Innern



Staatssekretär im Bundesministerium des Innern Klaus-Dieter Fritsche

BAKS unter 3

und frühere Geheimdienstkoordinator im Bundeskanzleramt Klaus-Dieter Fritsche beantwortete am 10. Januar 2011 Fragen zum Thema „Terrorismus und Flugsicherheit“. Fritsche verdeutlichte bestehende Interessenlagen und die weitere Vorgehensweise des Innenministeriums. Die Fragen der Medienvertreter betrafen vor allem die Werthebach-Kommission, Zuständigkeitsfragen des Bundesministeriums, Schutzmaßnahmen der Polizei sowie die Unruhen in Ägypten. Der Staatssekretär erläuterte in diesem Zusammenhang auch sein Verständnis eines umfassenden und vernetzten Sicherheitsansatzes.

Umbruch in der arabischen Welt

Beim zweiten Hintergrundgespräch sprach der Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes Dr. Andreas von Geyer am 10. Mai 2011



Dr. Andreas von Geyer, Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes

über „Deutschland, Europa und der Umbruch in der arabischen Welt“. Der Vizepräsident bezog sich insbesondere auf die Ereignisse und

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Umwälzungen in den Ländern des nördlichen Afrikas und des Nahen Ostens. In einer abgeschirmten und vertraulichen Atmosphäre erläuterte er Hintergründe und stellte komplexe Sachverhalte dar.

Die Journalisten hatten die Möglichkeit, übergreifende Fragen zu stellen und konnten so ihr Wissen erweitern.

Neuausrichtung der Bundeswehr

Zu dem Thema „Die Neuausrichtung der Bundeswehr – Notwendiges Übel oder Zugewinn an Sicherheit für Deutschland?“ informierte in der Bundesakademie am 7. Juni 2011 der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung Stéphane Beemelmans. Ausführlich ging er in seinen detaillierten einleitenden Ausführungen auf die aktuelle Diskussion und die anliegenden Entscheidungen im Rahmen der Reform der Bundeswehr ein. So konnten Themenkomplexe erschlossen, Standpunkte verdeutlicht und öffentlich zutage getretene Missverständnisse zwischen der Welt der Presse und der Welt des Ministeriums geklärt werden.



Staatssekretär
im Bundes-
ministerium der
Verteidigung
Stéphane
Beemelmans

Deutschland im Visier von Terroristen

Das letzte Hintergrundgespräch des Jahres fand am 1. November 2011 in der Bundesakademie statt. Unter dem Titel „Deutschland im Visier von Terroristen – ‚Panikmache‘ oder ‚akute Gefahr‘?“ äußerte sich der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, zu den aktuellen Entwicklungen und Problemen bei der Überwachung von Terroristen.



Heinz Fromm, Präsident des Bundesamt für Verfassungsschutz

„BAKS unter 3“ war wieder ein voller Erfolg. Im kleinen erlesenen Kreis konnten in absolut vertraulicher Atmosphäre Sachverhalte und Argumentationen dargestellt, beurteilt und bewertet werden, von denen beide Seiten stark profitieren: die politische Entscheidungsträger und die für die Information der Öffentlichkeit verantwortlichen Journalisten.

Schönhauser Lesungen

Kulturbeitrag in Pankow

Dr. Boris Bovekamp & Kerstin Voy

Im Rahmen der Schönhauser Lesungen lädt die BAKS die Bevölkerung aus Pankow und Umgebung dazu ein, die Geschichte des Bezirks besser kennenzulernen. Gemeinsam mit dem Kulturring in Berlin e.V. und dem Verein für Pankow e.V. werden Autoren eingeladen, die für ein interessantes Publikum aus ihren Werken vorlesen. Themen des Jahres 2011 waren die Familie Wollank und der für den Bezirk namensgebende Fluss Panke. Es gelang sogar jemanden in die Schlossanlage Schönhausen zu holen, der zu Lebzeiten nur selten hier verweilte: Friedrich der Große.

1. Schönhauser Lesung: Die Wollanks

Mit einer lokalgeschichtlichen Auftaktveranstaltung startete die BAKS am 17. Februar das Programm ihrer „Schönhauser Lesungen“ für 2011. Unter dem Titel „Die Wollanks. Zur Topographie einer Berliner Familie“ berichtete Dr. Martin Albrecht fakten- und bildreich über die Geschichte einer wichtigen Berliner Bürgerdynastie, die neben den Büttners und den Bötzows die Entwicklungen in Nordberlin – besonders hier in Pankow – jahrzehntelang entscheidend mitgestaltet und geprägt hatte. Etwa 150 Gäste, darunter auch Vertreter der Familie Wollank, begaben sich am frühen Abend im Historischen Saal der BAKS zusammen mit Dr. Albrecht auf eine informative Zeitreise.

Ausgehend von den frühen Spuren der Wollanks über den Erwerb ihres Weinberges und den wirtschaftlichen Aufstieg durch geschickte Landverkäufe im Laufe des 18. Jahrhunderts bis zu ihrer Rolle in der Berliner Gesellschaft des Kaiserreichs und der Weimarer Republik spannte der Referent den Bogen zu den man-



Dr. Martin Albrecht

nigfaltigen Spuren, welche diese Familie bis heute im öffentlichen Raum des Bezirks und der Stadt hinterlassen hat. Denn trotz der Folgen von Krieg und deutscher Teilung finden sich noch immer zahlreiche Hinweise auf diese große Berliner Bürgerfamilie im Stadtbild von Nordberlin.

2. Schönhauser Lesung: Die Panke

Mehr als 120 Gäste fanden sich am 15. September zur zweiten „Schönhauser Lesung“ des Jahres im Historischen Saal der BAKS ein. In seinem Vortrag „Stromabwärts bis zur Spree. Die Panke auf alten Fotografien“ folgte der Historiker, Geograph und Ausstellungskurator Sören Marotz mit altem und neuem Fotomaterial dem Lauf der Panke von der Quelle bis zur Mündung.

Vielfach urban geprägt ist die Panke im kollektiven Gedächtnis der Pankower verankert. Jeder kennt sie, viele wohnen in ihrer Nähe. Trotzdem hat ihre Geschichte bis heute recht wenig Beachtung gefunden. Noch bis in die zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts konnte man in der Panke baden. Inzwischen hat sich der Fluss zu einem Bach verkleinert,

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



der keine echte Quelle und auch keine natürliche Mündung mehr hat. Stück für Stück ist die Panke zu einem begradigten und teilweise vermüllten „Problemgewässer“ Berlins geworden. In seiner Bilderreise zeichnete Sören Marotz den Weg



Sören Marotz

dorthin nach – mit zahlreichen Fotos von der Hochfläche des Barnim bei Bernau bis zur alten Mündung in die Spree. In einem Rückblick stellte er historische Momentaufnahmen gegenüber, die bis zum heutigen Erscheinungsbild der Panke reichten.

Durch die kurzweilige und unterhaltsame Art des Referenten konnten sich die Anwesenden in ihren Gedanken an diesem Abend ein Stück stromabwärts treiben lassen.

3. Schönhauser Lesung: Der Preußenkönig

Der Schauspieler Peter Thomsen schlüpfte am 13. Oktober im Historischen Saal in die Rolle von Friedrich dem Großen. Im Rahmen des dritten Teils der Veranstaltungsreihe Schönhauser Lesung stellte er sich als Preußenkönig den Fragen eines heutigen Journalisten, gespielt von Rainer Gerlach.

Mit hintergründigem Witz und überlieferten Bonmots nahm das Duo Stellung zu aktuellen Themen von Pisa-Studie über Tagespolitik bis zur SMS. Die rund neunzig Gäste erfuhren

dabei unter anderem, dass schon Friedrich der Große mit Voltaire gerne Kurznachrichten austauschte, die als Buchstabenrätsel verfasst einen französischen Satz ergaben. Auf der Bühne der BAKS blätterte der König in



Peter Thomsen

einem Familienalbum, dessen Abbildungen in Form von kolorierten Zigarettenbildchen aus den 30er Jahren für das Publikum auf die Leinwand projiziert wurden und die Themen im Wortsinn untermalten.

Als König zum Anfassen mischte sich der Alte Fritz anschließend unter die Gäste, um bei einem Getränk über den Preußenkönig zu fachsimpeln.

Ausblick und Dankeschön

Die nächste Veranstaltung wird sich am 19. Januar 2012 anlässlich des Jubiläumsjahrs, erneut mit Friedrich dem Großen befassen. Dieser kann aufgrund seines weitreichenden Freundschafts- und Handelsvertrags mit den Vereinigten Staaten auch als sicherheitspolitischer Urvater der transatlantischen Beziehungen gelten.

Die Bundesakademie dankt sowohl den Referenten Dr. Martin Albrecht, Sören Marotz und Peter Thomsen für die gelungenen Schönhauser Lesungen im Jahr 2011 als auch den geschätzten Partnern vom Kulturring in Berlin e.V. und dem Verein für Pankow e.V. für die gute Zusammenarbeit bei der Vorbereitung.

Ausstellungseröffnung

Die Mauer ist weg - die Stele ist da

Roman Grunwald

Das Gelände der BAKS ist mit der deutschen Geschichte eng verbunden. Die Zwei-plus-vier-Verhandlungen im Historischen Saal im Haus Berlin führten 1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands. Neben dem Historischen Saal erinnert jetzt eine Mauerstele an die Überwindung der deutschen Teilung.

Im kleinen, feierlichen Rahmen hat Dr. Sören Roos von der Verwaltung des Deutschen Bundestags am 19. Oktober 2011 der Bundesakademie für Sicherheitspolitik eine Gedenk- und Dokumentationsstele zur Deutschen Einheit als Dauerleihgabe überlassen. Unter den Gästen aus Bundestag, Berliner Abgeordnetenhaus und Pankower Bezirksversammlung sowie Vertretern der örtlichen Kulturverbände und der Bundestagsverwaltung hob der Präsident der BAKS, Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann, in seiner Begrüßung besonders Herrn Martin Gutzeit hervor, den Beauftragten des Landes Berlin für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Dieser hatte 1989/90 im heutigen Historischen Saal der BAKS an den Gesprächen des Zentralen Runden Tisches teilgenommen.



Dr. Roos im Gespräch mit Botschafter Dr. Heumann

Dr. Roos betonte in seiner Rede den glücklichen Umstand, dass die Gedenkstele nun an einem Ort stehe, an dem Wiedervereinigungsgeschichte geschrieben wurde. Er freute sich, dass die Stele von nun an dauerhaft daran erinnere, dass Freiheit und Demokra-



Dr. Siegfried Roos vor der multimedialen Mauerstele

tie nicht selbstverständlich seien und dass es lohne, „sich dafür zu engagieren – ja sogar zu kämpfen.“

Die Dokumentationsstele ist eine von acht Exemplaren, die ursprünglich zusammen die Ausstellung „Die Mauer ist weg – friedliche Revolution und Überwindung der Teilung“ gebildet hatten. Die Ausstellung war vom Deutschen Bundestag konzipiert und in den Parlamenten einiger europäischer Staaten gezeigt worden, deren Engagement zur deutschen Wiedervereinigung beigetragen hatte. Die Stele erinnert in ihrer Form an ein Mauersegment der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Auf einem berührungsempfindlichen Bildschirm können ausführliche Textinformationen und Filmausschnitte zur Geschichte der deutschen Teilung und der Wiedervereinigung abgerufen werden, so dass ein Gesamteindruck vermittelt wird, der gleichermaßen Geist und Sinn anspricht und zugleich Information mit Empathie verbinden kann.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



12. Kunstfest in Pankow

Die BAKS war wieder dabei

Dr. Boris Bovekamp

Kunst unter freiem Himmel – am Wochenende um den 18. und 19. Juni 2011 fand das Pankower Kunstfest am Schloss Schönhausen statt. Zum 12. Mal begeisterten die Aussteller mit Musik, Verkleidungen und Malerei zahlreiche Besucher. Auch die BAKS war vor Ort.

Zusammen mit anderen Förderern unterstützte die Bundesakademie für Sicherheitspolitik das Kunstfest mit Räumlichkeiten, Personal und jeder Menge Tatkraft. An einem Informationsstand konnten sich die Besucher über die Arbeit der BAKS informieren. Von der Geschichte der Akademie und der Häuser Bonn und Berlin bis zu aktuellen Fragen zur Sicherheitspolitik Deutschlands stand die Bundesakademie den Besuchern Rede und Antwort.



Am Stand der Akademie konnte man sich nicht nur informieren, sondern auch mal was umschmeißen.

Unter dem Motto „Sicherheitspolitik hat auch immer etwas mit Geschicklichkeit zu tun“ unterhielt die BAKS die Gäste mit einem überdimensionalen Jenga-Spiel. Ein nah über dem



Damit niemand auf die Nase fiel, standen den Seiltänzern BAKSianer zur Seite.

Boden gespanntes Hanfseil zum Balancieren sollte verdeutlichen: „Sicherheitspolitik ist immer auch ein Balanceakt“.

Wie in den vergangenen Jahren nutzte die BAKS das Kunstfest, um ihre Arbeit der Öffentlichkeit zu präsentieren. Trotz des Regens besuchten etwa 15.000 Besucher die Veranstaltung, davon allein 4.000 Kinder.



Klassische Klänge im Historischen Saal - die Pankower Musikschule zeigte mit ihren Konzerten wieder ihr Können.

Gastbeitrag

Unterricht für zukünftige Führungskräfte

Maximilian Lohnert

Ausnahmeveranstaltung: ein Politikkurs der Heidelberger Elisabeth-von-Thadden-Schule besuchte die BAKS und bekam prompt eine Hausaufgabe ins Heft gedrückt: „Schreibt uns einen Artikel für unsere Homepage, was Ihr an Wissen über Sicherheitspolitik und die Arbeit der BAKS für euch mitgenommen habt.“ Im Folgenden können Sie den von einem Schüler verfassten Artikel lesen.

Sicherheitspolitik – Was sie wie erreichen will

Am 27. Januar waren wir – ein Politik Leistungskurs aus Heidelberg, Baden-Württemberg – zu Besuch bei der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Seit 2004 hat die Akademie ihren Sitz in der Schlossanlage Schönhausen Berlin, welches Gästehaus der DDR war und zeitweilig von Indira Gandhi oder Fidel Castro bewohnt wurde.

Empfangen wurden wir in genau jenen Räumlichkeiten, die Standort des Runden Tisches und der Zwei-plus-vier-Gespräche nach der Wende waren. Innerhalb unserer persönlichen Gespräche mit Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, dem Präsident der Akademie, und weiteren Mitarbeitern wurde uns ein transparenter Einblick in die Struktur der BAKS ermöglicht. Thema waren die strategischen Leitlinien und die Herausforderungen der Sicherheitspolitik Deutschlands.

Sicherheitspolitik - ein geschichtlicher Abriss

Das Ende des Kalten Krieges besiegelte einen Einschnitt in der Geschichte der Sicherheitspolitik: Zunächst hatte man die Hoffnung, dass durch die Auflösung der bilateralen Weltordnung und dem Ende des atomaren Macht-

kampfs die globale Sicherheit gestärkt wäre. Die Balkan Kriege, die Terroranschläge von 9/11 und die fragile Lage im Nahen Osten zeigen allerdings, dass die Sicherheitspolitik eine Renaissance erlebte und die Welt auf der Suche nach einer Ordnung ist. Im Vergleich zu der Ost-West Bipolarität des letzten Jahrhunderts, wird die internationale Politik im Zeitalter der Globalisierung von vielen Staaten geprägt: Neben den USA und Russland, sind China, Indien und die Europäische Union zu globalen Akteuren geworden. Durch den technologischen Wandel und den neuen Möglichkeiten in der Informations- und Kommunikationstechnologie haben sich die globalen Risiken aus der Sicht Deutschlands verändert. Entgegen früherer Zeiten besteht in Deutschland keine territoriale Bedrohung, dafür muss sich die deutsche Sicherheitspolitik auf den internationalen Terrorismus und die Herausforderung durch nukleare Massenvernichtungswaffen einstellen. So hat sich der Charakter der internationalen Konflikte seit dem Beginn des 21. Jahrhundert geändert. Bemerkenswert ist die Zunahme der Konflikte mit asymmetrischer Kriegsführung, wie sie auch im Krieg am Hindukusch oder im Irak zu sehen ist.

Leitlinien des BAKS

Die BAKS wurde vom Bundessicherheitsrat beauftragt, Führungskräfte auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik auszubilden und ist demnach eine Schnittstelle für alle Akteure aus den verschiedenen Bereichen der Sicherheitspolitik. Neben der Organisation von mehrtätigen Seminaren über einen bestimmten Themenkomplex, wie beispielsweise über das strategische Vorgehen gegenüber Internet-Attacken, steht das sechsmonatige „Seminar für Sicherheits-

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



politik“ im Zentrum der Arbeit des BAKS. Dieses Seminar bringt Führungskräfte aus Bund und Ländern sowie aus dem Bereich der Wirtschaft und Wissenschaft sowie internationale Vertreter an einen Tisch.

Das Vorgehen der BAKS lässt sich in drei Faktoren teilen: Die Sicht auf die Sicherheitspolitik muss umfassend sein. Neben militärischen Lösungen muss die Diplomatie gestärkt werden. Darüber hinaus versteht sich die BAKS als Plattform, in der sich die relevanten Akteure der Sicherheitspolitik vernetzen können. Dabei müssen sowohl Diplomaten und Polizisten als auch Experten aus den Bereichen der Ökologie und Ökonomie zusammengebracht werden. Das eigentliche Handeln muss dabei stets strategisch ausgerichtet sein. Von großer Bedeutung ist es mit Weitblick zu handeln. So muss die Sicherheitspolitik einerseits präventiv agieren um Konflikte zu vermeiden, andererseits ist es wichtig, in Gebieten, die sich wieder beruhigt haben, Nachsorge zu betreiben.

Deutsche Haltung

In Bezug auf den Bundestag und unsere Gesellschaft ist es wichtig, sich über die eigenen sicherheitspolitischen Interessen klar zu werden und ein Verständnis für Sicherheitspolitik in der Bevölkerung zu schaffen. Auch das Stolpern des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler zeigt, wie intransparent die Sicherheitspolitik Deutschlands ist. Um den oben beschriebenen Leitfaden, „umfassend – vernetzt – strategisch“, ausführen zu können, sollten sich die Akteure der Sicherheitspolitik über ihre Ziele klar werden und für ein breites Verständnis in der Bevölkerung werben.

Aktuelle Bedrohungen

Neben der Piraterie und der organisierten Kriminalität stellen derzeit Internetangriffe und die Verbreitung von Massenvernichtungs-

waffen Bedrohungen für die Bundesrepublik dar. Die wohl größte Gefahr geht jedoch vom internationalen Terrorismus aus. Auf Terroranschläge operativ zu reagieren ist meist schwierig, daher gilt es einen internationalen Informationsaustausch auf diesem Gebiet aufzubauen. In unseren Gesprächen betonte der Präsident der Akademie, dass die Gefahr des Terrorismus langfristig nur durch den Aufbau einer gerechteren Welt gesenkt werden könne. Mit der Aussicht auf Menschen- und Bürgerrechte, eine Gesundheitsversorgung und Bildungschancen, könne sichergestellt werden, dass einheimische Bevölkerungsgruppen keine Terroristengruppen unterstützen.



Schülerinnen und Schüler der Heidelberger Elisabeth-von-Thadden-Schule im Historischen Saal.

Fazit

Die Elisabeth-von-Thadden Schule dankt dem Team der BAKS für diesen persönlichen Einblick in die Strukturen der Sicherheitspolitik. Dieses Politikfeld wird in der Zukunft ein ganz entscheidender Faktor sein: Durch Erfolge können Menschenleben gerettet und Menschenrechte gestärkt werden. Wir appellieren an die Akteure der Sicherheitspolitik, der jungen Generation dieses Thema nahezubringen und sie einzubinden: Kaum ein Politikfeld ist so spannend und voller Bewegung. Daher bietet die Sicherheitspolitik auch eine gute Möglichkeit, junge Menschen für Politik zu interessieren. Außerdem werden in der nahen und weiten Zukunft sehr gute Diplomaten benötigt!

Personalwechsel 2011

Besetzungskarussell auf allen Ebenen

Björn Hawlitschka

Der Unterstützungsbereich machte im Januar den Anfang: Hauptmann Sven Kiermas verliess den Posten als Leiter Unterstützungsbereich und wurde durch Hauptmann Torsten Schmidt ersetzt.



Sven Kiermas



Torsten Schmidt

Fast zeitgleich wurde auch der „verlängerte Arm“ des Leiter Unterstützungsbereich, der Posten des Organisationsfeldwebel neu besetzt. Oberstabsfeldwebel Hermann Fester ging in den Ruhestand. Seine Nachfolge trat Oberstabsfeldwebel Heinrich Lohnherr an.



Hermann Fester



Heinrich Lohnherr

Im Februar verliessen Hauptgefreiter Daniel Kieper und Maat Christoph Prinz den Unterstützungsbereich. Zeitgleich erhielt das Sekretariat Zuwachs durch Renate Meintz. Im Mai

musste sich das Veranstaltungsmanagement von einem weiteren Soldaten verabschieden: Stabsunteroffizier Daniel Gusek.



Christel Mathiak



Manuela Lange

Anfang Juni wurde die „Mutti“ der BAKS in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet: Frau Christel Mathiak übergab das Geschäftszimmer, den Materialkeller, die Pflege der Blumen und vieles mehr an Manuela Lange.



Florian Weigt



Alexander Silhavy

Beim Sommerfest hieß es Abschied nehmen von Mitarbeitern aller drei Bereiche. Mit den beiden Stabsgefreiten Florian Weigt und Alexander Silhavy verliessen uns zwei langjährige Soldaten, die sich im Bereich Veranstaltungsmanagement verdient machten.



Im Studienbereich gingen die Studienreferenten für Entwicklungs- und Aussenpolitik, Frau Christine Meissler und Dr. Gregor Forschbach.



Christine Meissler



Julie Kolsdorf

Als Nachfolge für den Posten der Studienreferentin für Entwicklungspolitik kam Anfang Dezember Frau Julie Kolsdorf. Hans-Christian Winkler trat bereits Mitte August den Dienst als Studienreferent für Außenpolitik an.



Dr. Gregor Forschbach



Hans-Christian Winkler

Ebenfalls im Rahmen des Sommerfestes verabschiedete die Akademie ihren Vizepräsidenten Dr. Thomas Kurz. Neuer Vizepräsident wurde im Rahmen der Präsidentenübergabe (siehe Seite 10) Oberst i.G. Rainer Meyer zum Felde.

Im Bereich des Geschäftszimmers hiess es nach der Sommerpause „Willkommen und Abschied“: Zuversetzt wurde Hauptgefreiter Robert Krüger, Hauptgefreiter Marco Radunz ging dafür. Im Unterstützungsbereich brachte



Dr. Thomas Kurz



Rainer Meyer zum Felde

der Herbst noch zwei weitere Abschiede mit sich: Hauptfeldwebel Fabian Lange ging in den Berufsförderungsdienst. Die Fremdsprachenassistentin der Akademie, Martina Radtke kehrte an das Bundessprachenamt zurück.



Martina Radtke



Fabian Lange

Der letzte Wechsel fand auf dem Posten des Persönlichen Referenten und Leiter der Informationsarbeit statt. Major i.G. Dr. Boris Bovekamp verliess die BAKS zum Jahresende. Sein Nachfolger ist Major Roman Grundwald.



Dr. Boris Bovekamp



Roman Grundwald

Planungsklausur und Sommerfest

Dr. Boris Bovekamp

Rund um die Sommerpause gibt es zwei interne Veranstaltungen, die der Weiterentwicklung der Akademie dienen: die Planungsklausur für kommende Veranstaltungen und Projekte sowie das Sommerfest zu Stärkung des Teamgedankens.

Drei Tage verließ die gesamte BAKS ihre bewährte Wirkungsstätte in der Schlossanlage Schönhausen und zog sich in Räumlichkeiten der Geschäftsstelle des Deutschen Bundeswehrverbandes an der Schönhauser Allee zurück, um in Ruhe und mit dem nötigen Abstand die Zukunft zu planen. Besonders günstig lag dieses Jahr die Planungsklausur, da sich der neue Präsident, Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann, zusammen mit dem neuen Vizepräsidenten, Oberst i.G. Rainer Meyer zum Felde, in idealer Weise einen Überblick über die vergangenen und zukünftigen Herausforderungen der BAKS machen konnten. Und eines steht fest: Auch die nächsten 12 Monate werden für die „BAKSianer“ sehr kurzweilig sein und viele hochkarätige Veranstaltungen werfen bereits jetzt ihren Schatten voraus - nicht zuletzt das 20jährige Bestehen der Akademie in diesem Jahr.

Insbesondere die Möglichkeiten der weiteren inhaltlichen Entwicklung der Akademie stan-



Warten auf die nächste Welle...

den in den offenen Diskussionen im Mittelpunkt. Dabei wurden zahlreiche Ideen entwickelt.

Karibikflair und Quizfieber

Vor der verdienten Sommerpause lud die Akademie zu ihrem Sommerfest ein, dass sich auch an die Angehörigen des Team BAKS und ehemalige „BAKSianer“ richtete. Ein Kreis an Freiwilligen organisierte wieder mit viel Engagement und Phantasie einen gemeinsamen Nachmittag. Ein Spanferkel brutzelte am Grill, zahlreiche Spielmöglichkeiten wurden begeistert von den kleinen Angehörigen genutzt, und als Höhepunkt wurde mit Groß und Klein eine „Schnitzeljagd“ veranstaltet. Bei diesem Spiel fanden sich spontan Kleingruppen zusammen, um durch geschickte Fragenstellungen quer durch die BAKS auf Erkundung zu gehen. Dabei wurden Orte entdeckt, die bisher noch kaum einer kannte! Wer wusste schon, wo der höchste Punkt der Akademie liegt? Am Ende stand für alle Mitspieler fest: Wir wissen jetzt mehr über unseren Arbeitsplatz, an dem wir tagtäglich ein- und ausgehen.

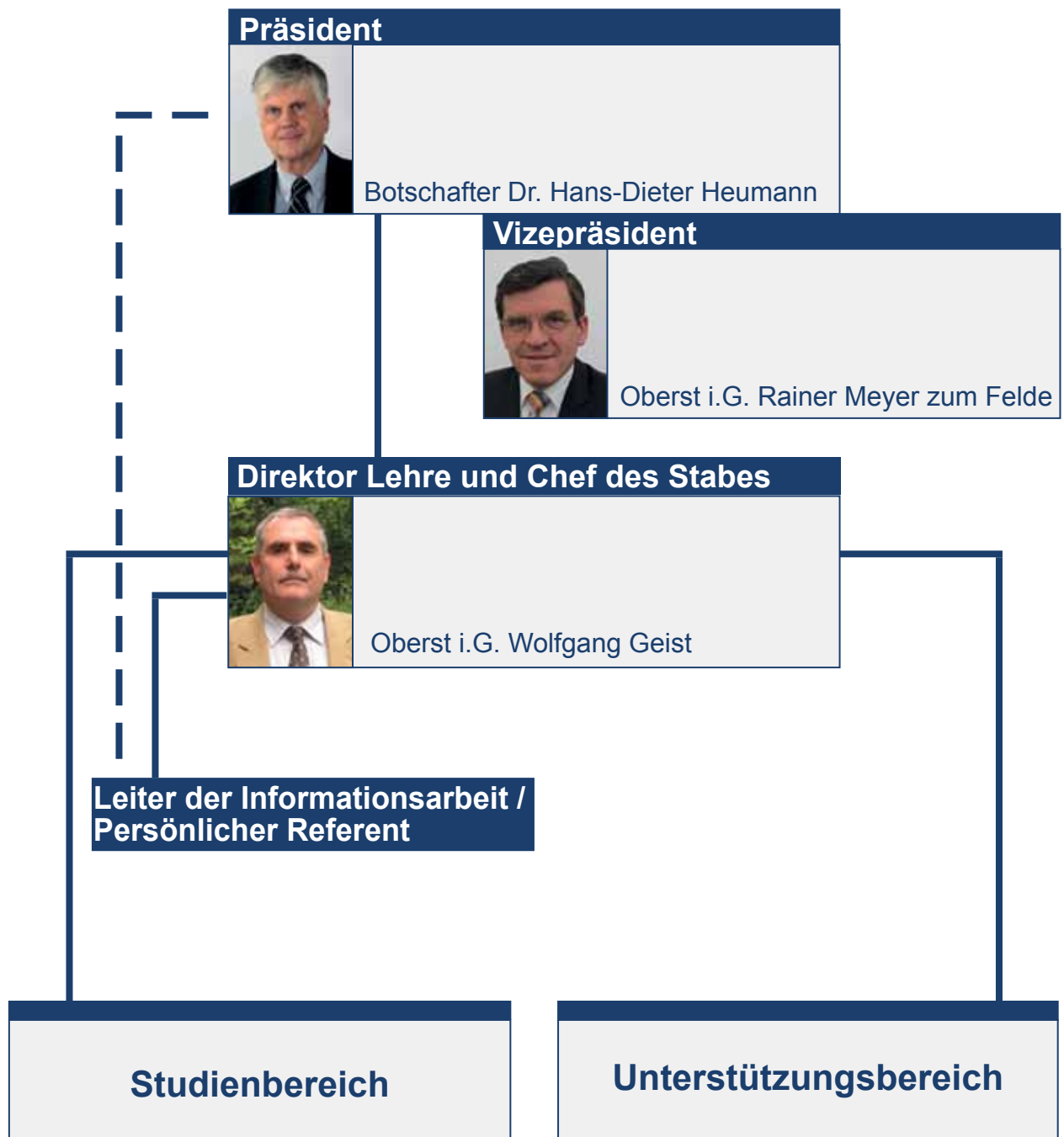


Das Team BAKS an der Spree



Akademiestruktur

Stand: 01.01.2012



Ansprechpartner

Leitung

Präsident

Botschafter

Dr. Hans-Dieter Heumann

Tel. 030 400 46 201

E-Mail: roman.grunwald@baks.bund.de

Vizepräsident

Oberst i.G.

Rainer Meyer zum Felde

Tel. 030 400 46 210

E-Mail: vizepraesident@baks.bund.de

Direktor Lehre u. Chef des Stabes

Oberst i. G.

Wolfgang Geist

Tel. 030 400 46 300

E-Mail: wolfgang.geist@baks.bund.de

Persönlicher Referent / Sekretär des Beirates

Major i.G.

Roman Grunwald

Tel. 030 400 46 230

E-Mail: roman.grunwald@baks.bund.de

Vorzimmer des Präsidenten

Frau

Gerlinde Paech

Tel. 030 400 46 201

E-Mail: gerlinde.paech@baks.bund.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Leiter der Informationsarbeit

Major i.G.

Roman Grunwald

Tel. 030 400 46 230

E-Mail: roman.grunwald@baks.bund.de

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Helmut-Schmidt-Universität

Herr

Björn Hawlitschka

Tel. 030 400 46 423

E-Mail: bjoern.hawlitschka@baks.bund.de



Studienbereich

Studienleiter

Oberst i. G. Gerhard Bahr Tel. 030 400 46 301
E-Mail: gerhard.bahr@baks.bund.de

Studienleiter

Oberst i. G. Walter Schweizer Tel. 030 400 46 302
E-Mail: walter.schweizer@baks.bund.de

Studienleiter

Direktor bei der BAKöV Dr. Wolfgang-Christian Fuchs Tel. 030 400 46 303
E-Mail: wolfgang-christian.fuchs@baks.bund.de

Studienreferent Außenpolitik

Legationsrat I. Klasse Hans Christian Winkler Tel. 030 400 46 312
E-Mail: hanschristian.winkler@baks.bund.de

Studienreferent Finanzpolitik

Regierungsdirektor Dr. Gerd Föhrenbach Tel. 030 400 46 316
E-Mail: gerd.foehrenbach@baks.bund.de

Studienreferentin Innenpolitik

Oberregierungsrätin Ursula Blanke Tel. 030 400 46 313
E-Mail: ursula.blanke@baks.bund.de

Studienreferent Staats- u. Völkerrecht

Regierungsdirektor Dr. Roman Schmidt-Radefeldt Tel. 030 400 46 314
E-Mail: roman.schmidt-radefeldt@baks.bund.de

Studienreferent Verteidigungspolitik

Oberstleutnant i. G. Andreas von Hacht Tel. 030 400 46 311
E-Mail: andreas.vonhacht@baks.bund.de

Studienreferent Wirtschaftspolitik

Wissensch. Oberrat Manfred Bohr Tel. 030 400 46 315
E-Mail: manfred.bohr@baks.bund.de

Studienreferentin Entwicklungspolitik

Frau Juliane Kolsdorf Tel. 030 400 46 317
E-Mail: juliane.kolsdorf@baks.bund.de

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Helmut-Schmidt-Universität

Herr Björn Hawlitschka Tel. 030 400 46 423
E-Mail: bjoern.hawlitschka@baks.bund.de

Büro Studienbereich

Frau Cornelia Roßmann Tel. 030 400 46 305
E-Mail: cornelia.rossmann@baks.bund.de

Unterstützungsbereich

Leiter Unterstützungsbereich

| | | |
|-----------|-----------------|---|
| Hauptmann | Torsten Schmidt | Tel. 030 400 46 400 E-Mail: torsten.schmidt@baks.bund.de |
|-----------|-----------------|---|

Geschäftszimmer

| | | |
|----------------|---------------|--|
| Frau | Manuela Lange | Tel. 030 400 46 420 E-Mail: manuela.lange@baks.bund.de |
| Hauptgefreiter | Robert Krüger | Tel. 030 400 46 420 E-Mail: robert.krueger@baks.bund.de |

Personal

| | | |
|----------------|-------------------|---|
| Stabsfeldwebel | Christian Martens | Tel. 030 400 46 410 E-Mail: christian.martens@baks.bund.de |
|----------------|-------------------|---|

Sicherheit und Dokumentation

| | | |
|---------------|--------------------|--|
| Oberbootsmann | Martin Troelenberg | Tel. 030 400 46 424 E-Mail: martin.troelenberg@baks.bund.de |
|---------------|--------------------|--|

Veranstaltungsmanagement

| | | |
|--------------------|-------------------|---|
| Oberstabsfeldwebel | Heinrich Lohnherr | Tel. 030 400 46 401 E-Mail: heinrich.lohnherr@baks.bund.de |
| Hauptfeldwebel | Mario Gabler | Tel. 030 400 46 445 E-Mail: mario.gabler@baks.bund.de |

Logistik

| | | |
|----------------|-------------|---|
| Hauptfeldwebel | René Herbst | Tel. 030 400 46 420 E-Mail: rene.herbst@baks.bund.de |
|----------------|-------------|---|

Datenverarbeitung

| | | |
|----------------|--------------|--|
| Hauptfeldwebel | Michael Kruk | Tel. 030 400 46 444 E-Mail: michael.kruk@baks.bund.de |
| Hauptbootsmann | Kevin Rosin | Tel. 030 400 46 444 E-Mail: kevin.rosin@baks.bund.de |

Finanzen

| | | |
|------|-------------------|--|
| Frau | Meriko Großjohann | Tel. 030 400 46 416 E-Mail: meriko.grossjohann@baks.bund.de |
|------|-------------------|--|

Sekretariat

| | | |
|------|------------------------|--|
| Frau | Maria-Elisabeth Becker | Tel. 030 400 46 418 E-Mail: maria-elisabeth.becker@baks.bund.de |
| Frau | Renate Meintz | Tel. 030 400 46 417 E-Mail: rene.meintz@baks.bund.de |
| Frau | Andrea Weißflog | Tel. 030 400 46 417 E-Mail: andrea.weissflog@baks.bund.de |

Sekretär des Freundeskreises der Akademie

| | | |
|------|---------------|---|
| Herr | Bernd Rathjen | Tel. 030 400 46 540 E-Mail: bernd.rathjen@baks.bund.de |
|------|---------------|---|